

E 3477

Antiziganismus – Vergangenheit und Gegenwart

Außerdem: ► Iran und die Linke ► Sankara
und die Revolution ► Migration aus dem
Senegal ► Comics aus Afrika ► EU in Mali ...

Jan/Feb 2013

Ausgabe □ 334

Einzelheft € 5,30

Abo € 31,80

iz3w



iz3w ► informationszentrum 3. welt





Titelmotiv: Gabi Jimenez:
Les camps 3 (1999)

In dieser Ausgabe

3 Editorial

Politik und Ökonomie

- 4 Nahostkonflikt I: Der arabische Frühling und der israelische Feind**
Kommentar von Abdulateef Al-Mulhim
- 5 Nahostkonflikt II: Das Ende von Bitterlemons.net**
Warum wir aufhören von Ghassan Khatib
Die Kurve des Pendels von Yossi Alpher
- 6 Iran: Ein kategorischer Imperativ**
Das iranische Regime und das Versagen vieler Linker von Stephan Grigat
- 10 Mali: Gefährliche Vereinfachungen**
Die Militarisierung europäischer Entwicklungspolitik von Stefan Brocza
- 12 Senegal: »Barcelona oder Sterben«**
Interview mit Moussa Sène Absa über seinen Film »Yoole« und die Migration von Jugendlichen
- 14 Venezuela: Kommune oder Staat?**
Zwischen regionaler Selbstverwaltung und Zentralismus von Michael Karrer



Kultur und Debatte

- 41 Burkina Faso: »Eine Revolution vom Volk für das Volk«**
Thomas Sankaras Linksregime zwischen Mythos und Wirklichkeit von Martin Bodenstein
- 44 Comic: »Es hat mir den Kopf geöffnet«**
Interview mit Pti' Luc über afrikanische Comics

Schwerpunkt: Antiziganismus

- 16 Editorial**
- 17 Europa erfindet die Zigeuner**
Die dunkle Seite der Moderne von Klaus-Michael Bogdal
- 21 Bis zum Völkermord**
Antisemitismus und Antiziganismus von Wolfgang Wippermann
- 24 »Zu Sündenböcken gemacht«**
Interview mit Romani Rose über die Aktualität des Antiziganismus
- 26 Inszenierte Wildheit**
Antiziganismus im geschlechterspezifischen Kontext von Felia Eisenmann
- 28 Als Kollektiv definiert**
Risiken und Nebenwirkungen einer Aufklärungspädagogik gegen Antiziganismus von Albert Scherr
- 30 »Nicht nur die EU-Politik ist falsch«**
Interview mit Valeriu Nicolae zu europäischen Strategien gegen Antiziganismus
- 32 Die Stille durchbrechen**
Ein biografischer Bericht zur Lage der Roma und Sinti in Italien von Paolo Finzi
- 34 Antiziganismus ist Mainstream**
Roma werden von Ungarns Rechtsregierung systematisch diskriminiert von pusztaranger
- 37 Aufgeklärte Vorurteilsforschung**
Ein Buch über die Armut der Roma in Südosteuropa von Winfried Rust
- 38 Kampf um Entschädigung**
Eine Studie über Sinti und Roma nach dem Nationalsozialismus von Tobias von Borcke
- 39 »Wir sind mehr als ausgelastet«**
Interview mit Walter Schlecht über praktische Solidarität

- 46 Rezensionen**
- 49 Szene / Tagungen**
- 50 Impressum**

In keiner Weise hinnehmbar

Für ihre deutsche Gründlichkeit sind Deutschlands Sicherheitsbehörden weltweit bekannt. Wie entschlossen deutsche PolizistInnen vorgehen können, wenn sie nur wollen, stellen sie Ende Oktober einmal mehr unter Beweis. Der »Einsatz von Übernachtungs-Utensilien« verstoße gegen geltendes Recht, lautete die Begründung dafür, warum man mitten in einer kalten Nacht den am Brandenburger Tor campierenden Flüchtlingen Decken und Isomatten abnahm.

Die Flüchtlinge hatten gegen die repressive Asylpolitik des deutschen Staates protestiert, mit Märschen, Hungerstreiks und einer friedlichen Platzbesetzung am deutschen Nationalheiligtum. Ihre Forderungen entsprächen eigentlich nur der Umsetzung humanitärer Mindeststandards im Umgang mit Flüchtlingen: Schluss mit der Illegalisierung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Abschaffung der Sammelunterkünfte, der Residenzpflicht und des Racial Profiling etwa bei Polizeikontrollen. Es sind Themen, die seit Jahrzehnten von Flüchtlingen und ihren UnterstützerInnen vorgebracht werden – bislang ohne große Resonanz.

Umso bemerkenswerter ist es, dass Flüchtlingsinitiativen wie »The Voice« nicht resigniert haben und sie im Gegenteil motivierter denn je sind, ihre Rechte zu artikulieren. »Wir sind keine Opfer. Wir sind Kämpfer_innen«, heißt es in einem der vielen Flugblätter und Aufrufe, die anlässlich der Platzbesetzung in Berlin zirkulieren.

So viel Selbstbewusstsein von Menschen, denen die Rolle zugeordnet ist, allenfalls um Gnade vor Abschiebungen zu betteln, stößt jedoch bei deutschen Behörden auf energische Abwehr. Sie nahmen die 25 AktivistInnen, die am 15. Oktober die nigerianische Botschaft in Berlin aus Protest gegen deren Kollaboration bei Abschiebungen besetzten, nicht einfach nur fest. Nein, ohne sie zu misshandeln, können deutsche PolizistInnen MigrantInnen nicht begegnen. »In der Zelle haben sie meinen Kopf gegen die Wand gestoßen«, berichtete Hatif Soltani, ein iranischer Flüchtling. »Die Berliner Polizisten haben sich ähnlich verhalten wie die im Iran, als ich dort verhaftet wurde«, stellte er den deutschen KollegInnen ein vielsagendes Zeugnis aus.

Bezeichnend war auch die Reaktion von Außenminister Guido Westerwelle, als FlüchtlingsaktivistInnen Ende November die iranische Botschaft besuchten und dort gegen die Verfolgung von Oppositionellen im Iran protestierten. Er sprach gegenüber der iranischen Regierung sein Bedauern über die »in keiner Weise hinnehmbare« Aktion aus – anstatt sich auf die Seite des Protestes gegen das Folterregime in Teheran zu stellen. Stattdessen verlangte Westerwelle nach hartem Durchgreifen der Behörden. Bei »Schutzmaßnahmen für diplomatische Einrichtungen in Berlin« bestehe »akuter Handlungsbedarf«.

Schutz durch deutsche Behörden – den hätten sich jene MigrantInnen gewünscht, die Opfer der NSU-Mordserie wurden. Doch da wurde kein Handlungsbedarf festgestellt. »Hinweise auf rechtsterroristische Aktivitäten liegen derzeit nicht vor«, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) noch im Juli 2011. Wissenschaftlich untermauert wurde diese Bankrotterklärung von einem professionellen Verharmloser rechter Gewalt, dem »Extremismusforscher« Eckhard Jesse: »Feste rechtsextremistische Strukturen fehlen«, schrieb er Anfang 2011. In einem Papier der Konrad Adenauer Stiftung behauptete Jesse 2005, rechte Gewalt sei nur das Ergebnis von spontanen Taten unter Alkoholeinfluss. Es läge ihnen zumeist »keine langfristige Planung« zugrunde. Nun ja, eine unabhängige Bestandsaufnahme ergibt, dass seit 1990 mindestens 180 Tote durch rassistische Gewalt zu beklagen sind. Alles spontan, alles ungeplant?

Die öffentliche Diskussion über den NSU konzentriert sich derzeit auf das Versagen der Behörden, insbesondere des Verfassungsschutzes. Es ist zwar in der Tat ein himmel-schreiender Skandal, dass die Morde teils sogar unter den Augen von so genannten V-Leuten verübt wurden. Aber die Kritik nimmt oft eine seltsame Stoßrichtung an: Deutsche Behörden haben nicht so effizient funktioniert, wie Deutsche es von ihren Behörden erwarten.

Weitgehend ausgeblendet bleibt hingegen das Tatmotiv der NSU-Leute, die ihre Opfer mit Kopfschüssen regelrecht exekutierten: Blanker Rassismus. Wenn er überhaupt zur Kenntnis genommen wird, wird er aufgelöst in ein allgemeines Erschauern darüber, wie schlimm die neonazistische Ideologie doch sei. Sie richte sich ja auch gegen »uns«, wie die Ermordung der deutschen Polizistin verdeutliche. Dem ist zu widersprechen, die Gewalt des NSU wie auch seines Umfeldes traf zu keinem Zeitpunkt systematisch Mehrheitsdeutsche. Beim Mord an der Polizistin liegt das Motiv noch im Dunklen.

»Wo sind die tausenden Leute, die Anfang der Neunziger, nach Mölln und Solingen, auf der Straßen waren?«, fragt ganz zu Recht Deniz Utlu, Autor eines Theaterstückes über die NSU-Morde. Das Gefühl, allein gelassen zu werden, ist einer der Gründe dafür, warum das Entsetzen über die Morde und ihre Deckung durch den Staat in weiten Teilen der migrantischen Communities großer Wut gewichen ist. Bis heute fehlt eine klare Entschuldigung seitens der Behördenverantwortlichen für die Schuldzuweisungen, die während der Mordserie gegen Minderheiten gerichtet wurden. Beispielsweise hieß es 2007 nach der Ermordung der Polizistin, die Tatwaffe stamme aus dem »Zigeunermilieu«. Die Folge: Roma und Sinti waren »grundlos massiven Polizeikontrollen« ausgesetzt, so Silvio Peritore, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Sie waren bestimmt gründlich, diese Kontrollen, glaubt

die redaktion

P.S.: Wir bitten um freundliche Beachtung der beigelegten Postkarte. Spenden und/oder ein Geschenkaboo ermöglichen uns weiterhin publizistische Unabhängigkeit.

Der arabische Frühling und der israelische Feind

Kommentar von *Abdulateef Al-Mulhim*

► Vor 39 Jahren, am 6. Oktober 1973, brach der dritte große Krieg zwischen den Arabern und Israel aus. Die beiden Seiten führten zuvor 1948 und 1967 zwei weitere große Kriege. Doch diese drei Kriege waren nicht die einzigen arabisch-israelischen Konfrontationen. Von 1948 an bis heute hat es viele davon gegeben.

Der arabisch-israelische Konflikt ist der komplizierteste Konflikt, den die Welt je erlebt hat. Am Jahrestag des 1973er Krieges haben viele Menschen in der arabischen Welt begonnen, Fragen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des arabisch-israelischen Konflikts zu stellen. Fragen wie zum Beispiel diese: Welches sind die wahren Kosten, die die arabische Welt für diese Kriege bezahlen musste? Und die heiklere Frage, die eigentlich kein Araber stellen will, lautet: Welches sind die wahren Kosten, die die arabische Seite für die Nicht-Anerkennung Israels im Jahr 1948 bezahlen musste, und warum gaben die arabischen Staaten ihr Vermögen für Kriege anstatt für Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur aus? Doch die heikelste Frage, die kein Araber hören möchte, lautet: Ist tatsächlich Israel der wahre Feind der arabischen Welt und des arabischen Volkes?

Ich entschied mich, diesen Artikel zu schreiben, nachdem ich Bilder und Berichte über ein verhungertes Kind im Jemen, einen niedergebrannten historischen Souk in der syrischen Stadt Aleppo, die unterentwickelte ägyptische Halbinsel Sinai, Autobomben im Irak und die zerstörten Gebäude in Libyen gesehen hatte. Die Bilder und Berichte wurden im Nachrichtensender Al-Arabiya gezeigt. Eines hatten all diese Geschehnisse gemeinsam: Die Vernichtung und die Gräueltaten wurden nicht durch einen äußeren Feind verursacht. Der Hungertod, das Morden und die Zerstörung in diesen arabischen Ländern wurde von den gleichen Händen verübt, von denen man annahm, sie würden die Einheit dieser Länder aufbauen und die Menschen beschützen. Und so lautet die Frage nun: Wer ist der wahre Feind der arabischen Welt?

Die arabische Welt vergeudete Milliarden von Dollar und verlor Zehntausende unschuldige Menschenleben in ihrem Kampf gegen Israel, das sie als ihren Todfeind betrachtet – ein Feind, dessen Existenz sie niemals anerkannt hat. Die arabische Welt hat viele Feinde, und Israel sollte eigentlich ganz unten auf der

Liste stehen. Denn die wahren Feinde der arabischen Welt sind Korruption, Mangel an guter Bildung und Gesundheitsfürsorge, Mangel an Freiheit, Mangel an Achtung vor Menschenleben. Und es gab in der arabischen Welt viele Diktatoren, die den arabisch-israelischen Konflikt benutzten, um ihr eigenes Volk zu unterdrücken. Diese Gräueltaten der Diktatoren gegen ihr eigenes Volk sind viel schlimmer als all die arabisch-israelischen Kriege.

In der Vergangenheit haben wir darüber gesprochen, warum israelische Soldaten Palästinenser angreifen und misshandeln. Wir sahen die Angriffe israelischer Flugzeuge und Panzer auf verschiedene arabische Länder. Doch gleichen diese Angriffe den gegenwärtigen Gräueltaten, die in einigen arabischen Staaten gegen das eigene Volk begangen werden? In Syrien sind diese Abscheulichkeiten jenseits jeglicher Vorstellungskraft. Und sind es nicht

die Iraker, die ihr eigenes Land zerstören? War es nicht der tunesische Diktator, der 13 Milliarden Dollar von den armen Tunesiern stahl? Und wie kann ein Kind im Jemen an Hunger sterben, wenn dieses Land das fruchtbarste der Welt ist? Warum verlassen irakische Geistesgrößen den Irak, wenn das Land 110 Milliarden Dollar durch den Öllexport verdient? Warum gelingt es den Libanesen nicht, eines der kleinsten Länder der Welt zu regieren? Und wie kam es dazu, dass die arabischen Staaten begannen, im Chaos zu versinken?

Am 14. Mai 1948 erklärte der Staat Israel seine Unabhängigkeit. Und nur einen Tag später erklärten die Araber Israel den Krieg, um Palästina zurückzugewinnen. Die Araber verloren den Krieg und nannten ihn Nakba (Katastrophe). Die Araber gewannen gar nichts, und Tausende von Palästinensern wurden zu Flüchtlingen. 1967 zogen die Araber unter der Führung von Ägypten, das von Gamal Abdul Nasser regiert wurde, in den Krieg mit Israel und verloren noch mehr palästinensisches Land und machten noch mehr Palästinenser zu Flüchtlingen. Diese palästinensischen Flüchtlinge sind nun auf die Gnade ihrer Gastländer angewiesen. Die Araber nannten diesen Krieg Naksa (Rückschlag).

Nach keinem der Kriege gaben die Araber ihre Niederlage zu, und die palästinensische

Sache wurde komplizierter. Nun hat die arabische Welt durch den endlosen arabischen Frühling keine Zeit mehr für die palästinensischen Flüchtlinge oder die palästinensische Sache, denn viele Araber sind selbst Flüchtlinge und leiden unter den ständigen Angriffen ihrer eigenen Truppen. Die Syrer verlassen ihr Land – und das nicht wegen israelischer Flugzeuge, sondern wegen der syrischen Luftwaffe, die Bomben auf sie wirft. Die intelligentesten irakisch-arabischen Moslems verlassen den Irak. Im Jemen wird die traurigste menschliche Tragödie von den Jemeniten selbst geschrieben. In Ägypten sind die Menschen im Sinai vergessen.

Abschließend sei gefragt: Wenn viele der arabischen Staaten in solch einem Chaos leben, was wurde dann aus Israel, dem Todfeind der Araber? Israel hat heute die modernsten Forschungseinrichtungen, Spitzenuniversitäten und die fortschrittlichste Infrastruktur. Viele Araber wissen nicht, dass die Lebenserwartung der Palästinenser, die in Israel leben, viel höher ist als diejenige der Menschen in vielen arabischen Ländern. Und die Palästinenser in Israel erfreuen sich viel größerer politischer und sozialer Freiheit als viele ihrer arabischen Brüder. Selbst die Palästinenser, die unter israelischer Besatzung im Westjordanland und Gazastreifen leben, haben mehr politische und soziale Rechte, als es sie in vielen Teilen der arabischen Welt gibt. War nicht einer der Richter, der einen früheren israelischen Präsidenten zu einer Gefängnisstrafe verurteilte, ein israelischer Palästinenser?

Wie kam es dazu, dass arabische Staaten im Chaos versinken?

Der arabische Frühling zeigte der Welt, dass die Palästinenser glücklicher sind und dass ihre Situation besser ist als diejenige

ihrer arabischen Brüder, die für ihre Befreiung von den Israelis gekämpft haben. Nun ist es an der Zeit, den Hass und die Kriege zu beenden und bessere Lebensbedingungen für die zukünftigen arabischen Generationen zu schaffen.

► **Abdulateef Al-Mulhim** ist Autor der saudi-arabischen Webplattform Arabnews.com. Die ungekürzte Fassung seines Kommentars erschien unter <http://arabnews.com/arab-spring-and-israeli-enemy>.

Übersetzung aus dem Englischen: Daniela Marcus (www.juedische.at)

Das Ende von Bitterlemons.net

► Das Internetmagazin Bitterlemons.net stellte eines der ungewöhnlichsten Medienprojekte zum israelisch-palästinensischen Konflikt dar. Paritätisch besetzt diskutierten hier Israelis und PalästinenserInnen über aktuelle Themen rund um den Nahostkonflikt. Beide Seiten schonten sich dabei nicht, doch entstand über weite Strecken so etwas wie eine Diskussion und ein Dialog. Ungewöhnlich war auch, dass hier nicht nur minoritäre Friedensbewegte publizierten, sondern oftmals Repräsentanten des politischen Mainstreams (im Falle der Palästinenser allerdings nur seitens der Fatah). Finanziell unterstützt wurde das Projekt hauptsächlich von der EU.

Ende August gaben der israelische Redakteur Yossi Alpher und sein palästinensischer Kollege Ghassan Khatib das Ende von Bitterlemons bekannt. Wir präsentieren Auszüge aus ihren Abschiedserklärungen, die einen Eindruck geben vom traurigen Stand der Dinge. Übersetzung aus dem Englischen: Frederik Skorzynski

Warum wir aufhören

von Yossi Alpher

► Es war nie unser Ziel, einen »virtuellen« Frieden zu schaffen und wir präsentierten nie einen Bitterlemons-Plan. Stattdessen wollten wir über alle Differenzen hinweg diskutieren und den Dialog auf eine neue Ebene heben. Über die Jahre überstanden wir eine Intifada, Selbstmordattentate und einen israelischen Einmarsch in palästinensisches Staatsgebiet.

Wir geben das Magazin auf, weil wir erschöpft sind – aus einer Vielzahl von Gründen. Da wäre zunächst die Gebermüdigkeit. Die Geldgeber fragen sich, warum sie weiterhin ein Dialogprojekt im Mittleren Osten unterstützen sollen, das noch keinen Frieden geschaffen hat. Und das außerdem nicht in der Lage ist, ihnen insbesondere in einer Zeit der Revolution und Gewalt in der gesamten Region zu ihrer Zufriedenheit zu »beweisen«, dass es tatsächlich das Niveau zivilisierter Diskussion angehoben hat.

Diese negativen Entwicklungen spiegeln die lokal verorteten Gründe für unsere Erschöpfung wider. Es ist kein Friedensprozess zu erkennen und auch kein Streben danach. Informelle »Track 2«-Dialoge, die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive heraus Frieden

schaffen sollen, werden immer weniger. Autoren aus der Region, die uns mit ihren Ideen und Artikeln bereichert haben, ziehen sich inzwischen zurück. Sie sind zweifellos durch den revolutionären Aufstieg von intoleranten politischen Kräften in ihren Ländern und in ihrer Umgebung eingeschüchtert.

Außerdem ist der globale wirtschaftliche Rückgang nicht zu vernachlässigen. Selbst Länder und humanitäre Einrichtungen, die nicht so stark von Spendenmüdigkeit betroffen sind, sind mit schwindenden Budgets für Projektförderung konfrontiert. Natürlich haben die Spender jedes Recht, mit ihren begrenzten Mitteln umzugehen, wie es ihnen richtig erscheint. Aber sie verschärfen die Kontrollprozesse so sehr, dass der bürokratische Anteil die Arbeit zur Erhaltung selbst eines so transparenten Projektes wie Bitterlemons schlicht unter sich begräbt.

Es ist Zeit, Neues anzugehen. Ich persönlich tue dies mit einem Gefühl der Zufriedenheit, wenn ich die einzigartige Form eines israelisch-palästinensischen Dialogs betrachte, die wir geschaffen haben und für mehr als ein Jahrzehnt verbreiteten. Ich habe dabei unendlich viel gelernt.

Die Kurve des Pendels

von Ghassan Khatib

► Als Yossi Alpher und ich im Jahr 2000 in meinem Büro in Jerusalem saßen und unsere Ideen für das Bitterlemons-Magazin diskutierten, hätten wir uns nie träumen lassen, dass es zwölf Jahre palästinensisch-israelischen Konflikt überdauern würde. Während dieses Projektes haben wir uns als Redakteure oft glücklich geschätzt. Im Vorwort zur Zusammenstellung »The Best of Bitterlemons« im Jahr 2007 merkte ich an, dass wir selten Schwierigkeiten hatten, Autoren zu gewinnen. Trotz des bei vielen Menschen in der arabischen Welt verbreiteten Gefühls, dass der Kontakt mit Israelis einer Akzeptanz der Besatzung gleichkommt, haben Autoren nur selten von einer Veröffentlichung Abstand genommen.

In letzter Zeit mussten wir feststellen, dass sich das gewandelt hat. Sogar ehemals entgegenkommende Palästinenser sind nicht mehr im selben Maße am Austausch mit Is-

raelis interessiert. Dennoch waren wir in der Lage, Sicherheitsbeauftragte, politische Gefangene, Generäle, vom Landverlust bedrohte Landwirte, Fürsprecher bewaffneter Gruppierungen und Pazifisten auf Augenhöhe und in fairem Rahmen zu Wort kommen zu lassen – deutlich abweichend von der Situation im Land.

Nichtsdestotrotz hinterlässt das Erreichte einen faden Beigeschmack, wenn man sich vor Augen führt, wie das Geschehen um uns herum immer düsterer und ungewisser zu werden droht. Zwei Jahrzehnte nach der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung von Oslo, von der sich viele erhofften, dass sie zur Bildung eines palästinensischen Staates sowie zu Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit führen würde, sind Palästinenser und Israelis kaum noch an Gesprächen interessiert. Die durch diese Vereinbarungen geschaffenen Strukturen sind inzwischen verkümmert, ge-

schädigt durch ein wachsendes Ungleichgewicht der Beziehung zwischen Palästina und Israel. Täglich hört man Neuigkeiten über die Konfiszierung von Land, Gefangennahmen, Zerstörungen und gesetzgeberische Manöver, die dem israelischen Machterhalt dienen.

Wir sind nun, wie es scheint, am niedrigsten Punkt in der Kurve des Pendels angelangt, fern von einer zweistaatlichen Lösung. Wie diese »Ein-Staaten-Lösung« umgewandelt wird zu einer Lösung, die allen Freiheit und Sicherheit gewährt, bleibt abzuwarten. Wir von Bitterlemons sind froh, die Bemühungen für letzteres dokumentiert zu haben und hoffen, dass das von uns begründete Archiv künftig für Nachforschungen von Interesse sein wird.

► Viele Freunde hat das iranische Regime inzwischen nicht mehr. Das brutale Vorgehen gegen die Oppositionsbewegung 2009 empörte auch hierzulande viele Linke. Doch wenn es um das iranische Atomprogramm, die antiisraelische Ideologie des Regimes und die Frage nach Sanktionen geht, herrscht weitgehend Indifferenz, kritisiert Autor Stephan Grigat. Die deutsche Friedensbewegung lehnt Sanktionen sogar explizit ab, obwohl sie ein klassisches Instrument zur Verhinderung von Krieg sind.

In seinem Plädoyer für scharfe Sanktionen appelliert Grigat an die Linke, sich in aller Eindeutigkeit gegen das Regime zu stellen. Der Text wird umstritten sein, Autor und Redaktion verstehen ihn daher ausdrücklich als Diskussionsbeitrag. Repliken sind erwünscht.



Ein kategorischer Imperativ

Das iranische Regime und das Versagen vieler Linker

von **Stephan Grigat**

► Das Kapital ist blind und scharfsichtig zugleich: scharfsichtig ist es hinsichtlich internationaler Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten; blind hinsichtlich des Wohlergehens von Menschen. Lassen sich mit Folter, Krieg und Verelendung Profite erzielen, wird in Folter, Krieg und Verelendung investiert. Versprechen Rechtsstaatlichkeit, Ausweitung individueller Gestaltungsmöglichkeiten und Stärkung der Kaufkraft der abhängig Beschäftigten die besseren Renditen – auch gut.

Insofern sind die Geschäfte mit Iran, die insbesondere die EU-Staaten und die Schweiz in den letzten 30 Jahren getätigt haben und trotz aller bisherigen Sanktionsbeschlüsse auf einem etwas niedrigerem Niveau bis heute weiterhin treiben, nur folgerichtig. Die Frage ist allerdings, warum diese Geschäfte staatliche Unterstützung genossen haben und mit Einschränkungen auch weiterhin genießen. Zwar ist es die vorrangige Aufgabe des bürgerlichen Staates, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu garantieren und wo möglich zu verbessern, dennoch existiert in der Politik stets eine Art überschießendes Moment. Staatlicher Politik kann es nicht gleichgültig sein, mit wem und in welchem Umfang Außenhandelsbeziehungen gepflegt werden. Dementsprechend sind in den USA oder Israel, die als ‚großer und kleiner Satan‘ ganz oben auf der Abschlusssliste

des iranischen Regimes stehen, Geschäfte im großen Stil mit dem Iran staatlicherseits schon lange untersagt.

Gegen derartige Geschäfte und ihre staatliche Unterstützung müssten Linke und Antifaschisten gerade in Deutschland, Österreich und der Schweiz vorgehen, also in jenen Ländern, die besonders intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen zum iranischen Regime unterhalten haben. Doch der überwiegende Teil der Linken reagiert auf das iranische Regime weiterhin mit Indifferenz,

Desinteresse, Relativierungen oder gar mit antiimperialistischen Reflexen, die sie an die Seite der iranischen Machthaber treiben.

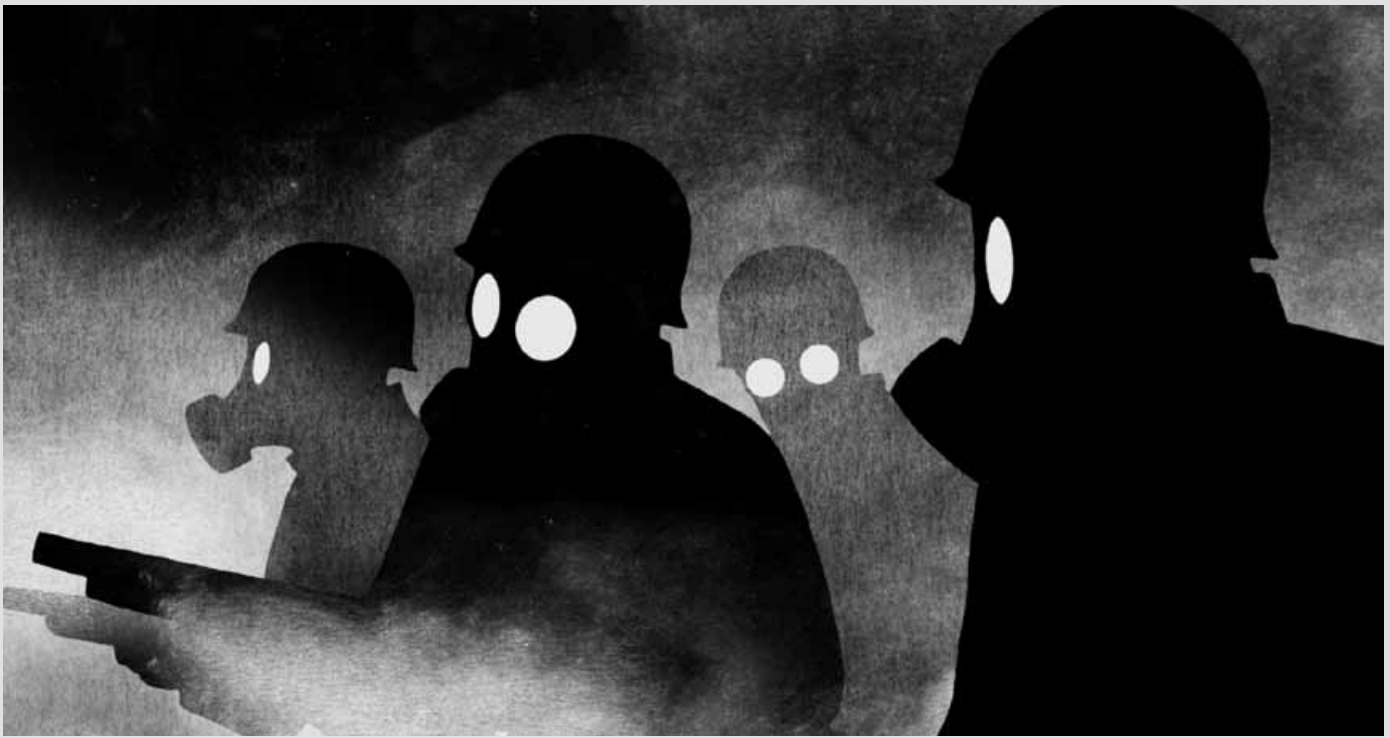
Kapital und Staat folgen zwar ihrer eigenen Logik von Verwertung und Herrschaft. Aber die jeweils unterschiedlichen Ergebnisse dieser Logik können auch einer staatskritischen und emanzipativ-antikapitalistischen Linken nicht egal sein. So wichtig eine allgemeine Kritik an Staat und Kapital ist, so entscheidend ist doch der Unterschied, ob Konzerne Geschäfte mit Island und Irland, mit Italien und Indien treiben oder aber mit dem heutigen Iran. Für dessen Regierung bedeutet jeder Geschäftserfolg einen weiteren Fortschritt in ihrem Dihad gegen Emanzipation und Aufklärung. Hier geht es nicht um den Vollzug des ge-

wöhnlichen Prozesses der Kapitalakkumulation, sondern um die Bereitstellung ökonomischer Ressourcen zur Finanzierung eines politischen Programms, das nicht nur zehntausenden Iranern und Iranerinnen das Leben gekostet und Millionen ins Exil getrieben hat. Es muss vor dem Hintergrund des Strebens nach der Atombombe in Kombination mit der Ideologie des iranischen Regimes als ein Programm der Vernichtung verstanden werden.

Wenn Linke den kategorischen Imperativ Adornos erst nehmen, dass es im Stande der Unfreiheit darum geht, »Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«, müssen sie *alles* dafür tun, dass dieses Regime an der Umsetzung seiner mörderischen Ideologie gehindert und letztlich gestürzt wird.

Eliminatorischer Antizionismus

► Im Iran herrscht nicht irgendeine Diktatur und es handelt sich auch nicht einfach um eine autoritär verfasste kapitalistische Gesellschaft. In der »Islamischen Republik« herrscht seit 1979 ein Regime, das sowohl nach außen als auch nach innen massiven Terror ausübt und seine religiös-ideologischen globalen Herrschaftsansprüche untermauert.¹ Das Regime arbeitet, nach allem was bekannt ist,² an der Entwicklung nuklearer Waffen, die für Israel eine existenzielle Bedrohung darstellen und auch Europa erreichen könnten. Gewerkschaft-



Filmstills aus »Persepolis« (2006)

ten sind im Iran verboten und Arbeitskämpfe werden ebenso brutal niedergeschlagen wie die Protestbewegungen der Studierenden. Die systematische Verfolgung von religiösen Minderheiten wie den Bahá'í, die Hinrichtungen von Homosexuellen sowie die allgegenwärtige Repression gegen Frauen, die sich dem islamischen Sittenkodex nicht unterwerfen wollen, sind Wesenselemente dieses Regimes. Das Gleiche gilt für die regelmäßigen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel und die Leugnung oder Relativierung der Shoah.³

Was dieses Regime von anderen islamisch geprägten Despotien unterscheidet, ist die Kombination aus einer messianistisch-apokalyptischen islamischen Ideologie, Antisemitismus und dem Streben nach der Technologie der Massenvernichtung. Trotz aller gravierenden Unterschiede hinsichtlich des historischen Kontexts, der ökonomischen und politischen Struktur sowie der militärischen Schlagkraft, ähnelt die *Feindbestimmung* dieses Regimes mit seinem Hass auf Kommunismus und Materialismus, Liberalität und westlicher »Plutokratie«, Emanzipation und Zionismus jener des Nationalsozialismus.

Der iranischen Diktatur geht es hinsichtlich des Nahost-Konflikts nicht um eine Verbesserung der Situation der palästinensischen Bevölkerung und einen wie auch immer gearteten Kompromiss, sondern erklärtermaßen um die Vernichtung Israels. Diese Position ist weder neu, noch auf den Präsidenten Ahmadinejad beschränkt. Die Zerstörung Israels ist seit 1979 offizielle Politik der »Islamischen Republik«. Sie wird von den Anhängern Ahmadinejads ebenso propagiert wie von Konser-

vativen und den im Westen als »Pragmatiker« oder »Reformer« gehandelten Mullahs und Ajatollahs.

Zu den Klassikern aus dem Repertoire der Verharmlosung des iranischen Regimes gehört die Behauptung, der iranische Präsident habe doch gar nicht zur Vernichtung Israels aufgerufen, es handle sich lediglich um einen »Übersetzungsfehler«. Ahmadinejad hat allerdings selbst auf seiner englischsprachigen

Homepage www.president.ir Auszüge aus der entsprechenden Rede mit der umstrittenen Formulierung »wipe Israel off the map« veröffentlicht. Es gibt zahlreiche weitere Reden des iranischen

Präsidenten und einer ganzen Reihe anderer Vertreter des Regimes, die genau in die gleiche Richtung zielen.

Im Iran ist es kein Staatsgeheimnis, dass das Regime einen jüdischen Staat im Nahen Osten nie und nimmer akzeptieren wird. Die Parole »Tod Israel« gehört seit 1979 zum Kernbestand der islamistischen staatlichen Propaganda und prangt bei Militärparaden auf den Raketen, die schon heute Tel Aviv erreichen können. Ende Mai 2012 wurde das nochmals in aller Deutlichkeit vom iranischen Regime klargestellt: Laut einer im Original auf Englisch verbreiteten Meldung von *Fars News*, einer vom Regime kontrollierten und den Revolutionswächtern nahestehenden Nachrichtenagentur, hat der Generalstabschef der iranischen Armee, Hassan Firouzabadi, »the full annihilation of the Zionist regime of Israel« abermals als Ziel der »Islamischen Republik« proklamiert. Der Oberste Geistliche Führer Ali Khamenei hat, ebenfalls laut *Fars News*, das »zionistische Regime« zum wiederholten Male

als »cancerous tumor that should be cut and will be cut« bezeichnet.⁴ Im August 2012 verkündete ein Abgeordneter der Hisbollah, der ehemalige General Walid Sakariya, im Fernsehsender *Al Manar* zum Atomprogramm seiner iranischen Verbündeten: »This nuclear weapon is meant [...] to finish off the Zionist enterprise.«

Wahied Wahdat-Hagh hat die Programmatik des iranischen Regimes angesichts solcher Äußerungen als »eliminatorischen Antizionismus« beschrieben.⁵ Vor diesem Hintergrund ist es alles andere als verwunderlich, dass sich insbesondere die internationale Neonazi-Szene begeistert vom iranischen Regime zeigt.⁶ Eine ganze Reihe antizionistischer Linker lässt sich selbst davon nicht abhalten, sich ebenfalls schützend vor das iranische Regime zu stellen und im schlimmsten Fall Irans »Recht« auf Nuklearwaffen zu verteidigen – wie einige trotzkistische Gruppen.⁷

Islamistische Rackett-Herrschaft

► Der Außenpolitik des iranischen Regimes, die durch eine Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn gekennzeichnet ist, entspricht im Innern die Organisation in Form von konkurrierenden Banden. Gerhard Scheit hat die »Islamische Republik« mit Bezug auf die Rackett-Theorie Max Horkheimers und die staatstheoretischen Überlegungen in Franz Neumanns Studie *Behemoth* als einen Unstaat analysiert. Die islamistische Revolution von 1979 ist so gesehen »das Gegenteil der bürgerlichen Revolution, die einmal in Frankreich triumphiert hat.«⁸

Das iranische Regime ist seit der Machtübernahme Khomeinis von einem permanenten Konkurrenzkampf verfeindeter Rackets

Sind scharfe Sanktionen nicht in jedem Fall die bessere Alternative?

charakterisiert, wobei der über ihnen allen thronende Oberste Geistliche Führer als vermittelnde Instanz agiert. So gesehen ist auch die iranische Verfassung nicht als Recht im bürgerlichen Sinne zu begreifen: »Das ganze komplizierte Verfassungsgebäude soll bloß Räume bereitstellen, worin diese Rackets, die per definitionem den Ausnahmezustand bevorzugen, ihre disparaten Aktivitäten koordinieren können.«⁹ Seit 1979 wurden im Iran Parallelinstitutionen zu den staatlichen Organen geschaffen. Der Einfluss der ordentlichen Gerichtshöfe ist durch zahlreiche ‚Sondergerichte‘ eingeschränkt. Neben den auch in anderen Staaten üblichen Militärgerichten existieren zudem so genannte Revolutionsgerichte, der Gerichtshof für die Gerechtigkeit der Bürokratie, das Sondergericht für den Klerus, Pressegerichte etc.¹⁰

Neben der regulären Armee wurden als revolutionäre Streitmacht die Pasdaran (Revolutionswächter) etabliert, die heute eines der einflussreichsten Rackets im Machtgefüge des Regimes darstellen. Die Pasdaran sind nicht nur die militärische Eliteeinheit des Regimes und kontrollieren das Atom- und Raketenprogramm, sie bilden auch eines der wichtigsten Wirtschaftskonglomerate im Iran, das seinen Mitgliedern enorme ökonomische und soziale Vorteile verschafft. Schon seit mehreren Jahren setzen die Pasdaran ihre militärische Macht ein, um entscheidende Wirtschaftszweige unter ihre Kontrolle zu bringen, insbesondere im Bereich des Außenhandels.

Ähnlich wie der Nationalsozialismus, aber doch in anderer Weise, ist der islamische Unstaat im Iran kapitalistisch und antikapitalistisch zugleich: »Seine Stellung zum Privateigentum an Produktionsmitteln ist insofern verändert, als es dieses Privateigentum in Gestalt industrialisierter Produktionsverhältnisse nur in geringem Maß gibt. Das allgemeine Gesetz und der Vertrag sind auch hier verschwunden, an deren Stelle willkürliche Maßnahmen der Rackets getreten.«¹¹ Ein zentraler Unterschied zum Nationalsozialismus besteht jedoch im Verhältnis zur Arbeit. Die Zugehörigkeit zur islamistischen Gemeinschaft hat mit dem Einsatz der Ware Arbeitskraft, anders als in Nazi-Deutschland, fast nichts mehr zu tun: »In solcher Gemeinschaft fühlt sich auch gebraucht und nicht überflüssig, wer keinerlei Aussicht mehr auf einen Arbeitsplatz hat und sich diesen selbst von der *umma* nicht erwartet. Was den einzelnen außerhalb der Rackets bedroht und der Überflüssigkeit preisgibt, projiziert er auf den totalen Feind, das Gegen-Volk.«¹²

Diese Projektionen kulminieren in einem Vernichtungswunsch, bei dem selbst die eigene Aufopferung mit einkalkuliert und in der Märtyreriologie und dem Messianismus der iranischen Islamisten geradezu beschworen wird.¹³ In diesem durchaus selbstmörderischen Wunsch nach der tatsächlichen Vernichtung des jüdischen Staates »trifft sich die islamistische Gemeinschaft dann doch auch im Hin-

blick auf das Kapitalverhältnis mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft. [...] Das Individuum muss jederzeit bereit sein, den von ihm dargebotenen Gebrauchswert, die Arbeitskraft, auszulöschen – als Opfer, das für Nation und *umma* zu bringen ist im Kampf mit jenem Gegen-Volk.«¹⁴

Was tun?

► Wie kann solch einem Regime adäquat begegnet werden? Laut Kapitel VII, Artikel 41 der UN-Charta wäre schon seit Jahren angesichts der Missachtung der Sicherheitsratsbeschlüsse zum sofortigen Ende der Urananreicherung seitens des iranischen Regimes vieles möglich: »die vollständige [...] Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, [...] des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, [...] der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.« Natürlich wäre im Einzelnen zu diskutieren, welche dieser Maßnahmen Sinn machen und wie auch scharfe Sanktionen sich möglichst direkt gegen das Regime richten können, ohne die Bevölkerung in Mitleidenschaft zu ziehen. Das Frapierende ist aber, dass solche Maßnahmen in den bisherigen Diskussionen über ein sinnvolles Vorgehen gegenüber den Machthabern in Teheran kaum auftauchen. Und gerade in linken Diskussionen wird die Sinnhaftigkeit von Sanktionen generell in Frage gestellt.

Selbstverständlich werden Sanktionen immer auch die iranische Bevölkerung bis zu einem gewissen Grad treffen. Erstens aber fordert niemand Sanktionen für Nahrungsmittel, Medikamente etc., sondern es geht in erster Linie um Sanktionen gegen den Erdgas- und Erdöllexport und gegen Finanztransaktionen, die den Lebensnerv des Regimes darstellen. Und es geht um Sanktionen gegen den Import von Hochtechnologieprodukten, die insbesondere von deutschen Mittelstandsbetrieben geliefert werden. Zweitens hat die iranische Bevölkerung in den letzten Jahren bewiesen, dass sie für die Sanktionen mehrheitlich nicht ‚den Westen‘ verantwortlich macht, sondern die aggressive Politik des eigenen Regimes. Drittens: Alles, was dem Regime finanzielle Mittel raubt, nützt der iranischen Opposition. Und viertens: Sind scharfe Sanktionen nicht in jedem Fall die bessere Alternative gegenüber einer militärischen Auseinandersetzung mit dem iranischen Regime (das bereits seit über 30 Jahren Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt)? Warum werden sie insbesondere von jenen Linken

abgelehnt, die jedes militärische Vorgehen gegen das iranische Antisemiten-Regime ablehnen?¹⁵

Es gibt keine Garantie, dass die dringend notwendigen *crippling sanctions*, die noch deutlich über die bisherigen, durch zahlreiche Ausnahmeregelungen wieder konterkarierten Beschlüsse hinaus gehen müssten, überhaupt noch rechtzeitig und in den entscheidenden Ländern verabschiedet werden. Auch ist fraglich, ob sie hinsichtlich des Nuklearprogramms die gewünschte Wirkung zeigen. Aber allein die deutliche Schwächung des Regimes, die durch ein Handelsembargo mit humanitären Ausnahmeregelungen in jedem Fall erreicht würde, verdeutlicht dessen Notwendigkeit.

Deutlich schärfere Sanktionen dürften freilich nicht als Beitrag verstanden werden, das Regime zu weiteren Verhandlungen zu überreden und ihm dadurch womöglich einen Weg aus der Krise zu weisen. Sie müssten als



Filmstill aus »Persepolis« (2006)

entscheidender Beitrag zu seiner Schwächung konzipiert sein, um dieses Regime perspektivisch in den Orkus der Weltgeschichte zu befördern. Sanktionen können angesichts des Charakters des Regimes auch nicht darauf vertrauen, dass sich Ali Khamenei oder die Pasdaran vor ihren Folgen dermaßen fürchten, dass sie *von sich aus* von der militärischen Aufrüstung und Eskalation ablassen, sondern sie müssten darauf abzielen, es dem Regime zu *verunmöglichen*, seine Projekte weiter voranzutreiben – sei es das Atomprogramm oder die Unterdrückung der iranischen Bevölkerung.

Solange neue Sanktionen das Regime nicht an die Grenze seiner Überlebensfähigkeit führen, kann Teheran weiterhin versuchen, mit einem Zickzackkurs auf die bisherigen Verhandlungsaufforderungen und Sanktions-

drohungen zu reagieren. Das Regime in Teheran könnte versuchen, die bewährte Strategie des hinhaltenden Taktierens der letzten zehn Jahre fortzusetzen. Diese soll es den iranischen Machthabern ermöglichen, weiter ungestört Uran anzureichern, Sprengköpfe zu entwickeln und Zündvorrichtungen zu bauen.

Solidarität – mit wem?

► Seit über 30 Jahren wird im Iran offiziell die Vernichtung Israels proklamiert. Man braucht sich nicht über die Widersprüche der israelischen Gesellschaft hinwegtäuschen oder sich hinsichtlich des konkreten Agierens der israelischen Staatsgewalt blind machen, um die Solidarität mit diesem Land für eine politisch-moralische Verpflichtung und zwingende Notwendigkeit zu halten. Sie ist zugleich die bestmögliche Distanzierung vom iranischen Regime. Dessen Antisemitismus ent-



springt ebenso wie der Hass auf Homosexuelle und emanzipierte Frauen jenem anti-westlichen, anti-liberalen und anti-kommunistischen Furor, der das islamische Regime in Teheran wesentlich kennzeichnet. Es darf unter den Gegnern des iranischen Regimes daher keine Neutralität hinsichtlich der Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel geben. Deshalb ist der Kampf für die Freiheit der Menschen im Iran nicht vom Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus zu trennen.

Nach anfänglicher Skepsis gegenüber der heterogenen Protestbewegung im Iran hat sich diese Einschätzung auch in Israel durchgesetzt. Israelische Gesandte versuchen seit Jahren, Europa, die USA, Russland und China von der Notwendigkeit scharfer Sanktionen gegen das Regime zu überzeugen, um ein militärisches Vorgehen, das auch für Israel

selbst ausgesprochen riskant wäre, möglichst zu vermeiden. Israelische Politiker bis hin zum Premierminister haben den Westen auch wiederholt aufgefordert, die iranische Freiheitsbewegung zu unterstützen, und iranische Oppositionelle wurden vom israelischen Präsidenten offiziell empfangen. In Israel ist es Konsens, dass Militärschläge gegen die iranischen Nuklearanlagen eine sehr schlechte und riskante Option sind. Aber sie sind eine Option. Wie umfassend das Bewusstsein über die iranische Bedrohung und notwendige Gegenmaßnahmen in der israelischen Gesellschaft ist, die sich ansonsten auf so gut wie gar nichts einigen kann, demonstriert ein Linksliberaler wie der ehemalige *Meretz*-Vorsitzende Yossi Beilin. Ähnlich wie Vertreter und Vertreterinnen anderer Parteien hat er klargestellt: »Die Militäroption ist der letzte Ausweg, man soll sie nicht vom Tisch nehmen.«

Emanzipation ist universal

► Die Linke sollte an vorderster Front gegen das Regime im Iran kämpfen. Und wenn die westliche Staatenwelt etwas gegen dieses Regime unternimmt, sollte die Linke sich nicht in einem schlechten antiimperialistischen Reflex dagegen stellen, sondern ein solches Vorgehen begrüßen und unterstützen – ohne sich auch nur eine Sekunde lang Illusionen über die Verfasstheit und die Interessen dieser westlichen Staaten hinzugeben.

Ein Sturz des Regimes im Iran hätte keineswegs nur nationale oder regionale Auswirkungen. Es ist zu hoffen, dass er der Startschuss sein wird, um dem globalen Vormarsch des Djihadismus Einhalt zu gebieten. Ein Sturz des Regimes würde die iranische Bevölkerung nicht nur von der Tyrannei der Scharia befreien und Möglichkeiten eröffnen, jene Stillstellung des geschichtlichen Prozesses zu überwinden, den die »Islamische Republik« dem Land für drei Dekaden beschert hat. Ein Ende des Regimes würde auch seinen Verbündeten wie Hisbollah und Islamic Jihad einen wichtigen Förderer und Kooperationspartner nehmen und schon dadurch neue Möglichkeiten für eine Entspannung der Situation im Nahen Osten eröffnen. Der Sturz des Regimes würde jene Parole wieder in Erinnerung rufen, unter der 1979 zehntausende iranische Frauen tagelang gegen die Einführung der Zwangsverschleierung demonstriert haben: »Emanzipation ist nicht westlich, Emanzipation ist nicht östlich, sondern universal!«

Anmerkungen

- 1 Zum Nachweis des Weltherrschaftsanspruchs des djihadistischen Islams und der iranischen Ajatollahs bedarf es keiner ideologiekritischen Finesse. Ein Blick in Khomeinis Schriften reicht vollkommen aus – beispielsweise in: Das islamische Regiment, eine Sammlung von Vorlesungen aus dem Jahr 1970. Siehe Ajatollah Chomeini: Der islamische Staat. In: Islamkundliche Materialien 9, Berlin/Freiburg im Breisgau 1983.

- 2 Vgl. beispielsweise Emanuele Ottolenghi: Under a Mushroom Cloud. Europe, Iran and the Bomb. London 2009.
- 3 Die Holocaustleugner-Konferenz im Dezember 2006 in Teheran, zu der sich das internationale Who is Who der Holocaustleugner einfand, wurde vom damaligen Außenminister des Iran, Manuscher Mottaki, feierlich eröffnet. Für einen Überblick siehe Wahied Wahdat-Hagh: Iran: Islamist Holocaust Denial. <http://antisemitism.org.il/article/71621/iran-islamist-holocaust-denial>, 16.4.2012
- 4 <http://english.farsnews.com/newstext.php?nn=9102112759>, 20.5.2012 (Zugriff: 29.8.2012).
- 5 Wahied Wahdat-Hagh: Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur. In: Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 44ff.
- 6 Vgl. u.a. Stephan Grigat: Mein Feind und Freund. Rechte Parteien in Europa entdecken das iranische Regime als Partner. In: DIE ZEIT, 29.3.2012, Nr. 14
- 7 Michael Pröbsting: Zu den Waffen! USA und Israel drohen mit neuen Krieg gegen den Iran, <http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/> (Zugriff: 27. 8. 2007). In einem neueren Text heißt es: »Für den militärischen Sieg des Iran!« <http://www.rkob.net/international/nordafrika-und-der-arabische-raum/kein-angriff-auf-iran/>, 9.11.2011
- 8 Gerhard Scheit: Der neue Vernichtungswahn und seine internationalen Voraussetzungen. Wodurch sich Ahmadinejads Islamische Republik von Hitlerdeutschland unterscheidet. In: Grigat/Hartmann: Der Iran, S. 60.
- 9 Ebd., S. 63.
- 10 Vgl. Wahied Wahdat-Hagh: Die Islamische Republik Iran. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus. Münster 2003.
- 11 Scheit, S. 68.
- 12 Ebd., S. 70.
- 13 Vgl. Matthias Küntzel: Deutschland, Iran und die Bombe. Eine Entgegnung – auch auf Günter Grass. Berlin 2012, S. 21-33; Wahied Wahdat-Hagh: Der islamistische Totalitarismus. Über Antisemitismus, Anti-Bahá'ismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der »Islamischen Republik Iran«. Frankfurt am Main 2012, S. 49-75. Wahdat-Haghs Arbeiten gehören zu den wichtigsten deutschsprachigen Analysen der iranischen Herrschaftsstruktur und der islamistischen Ideologie. Seine Charakterisierung des »khomeinistischen Islamismus« als einen »pseudoreligiösen Totalitarismus« und des Islamismus insgesamt als »dritte Spielart totalitärer Herrschaft« birgt allerdings zahlreiche Probleme.
- 14 Scheit, S. 70.
- 15 Siehe beispielsweise die Petition »Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt. Sanktionen und Kriegsdrohungen sofort beenden. Eine Erklärung aus der Friedensbewegung und der Friedensforschung« vom Februar 2012, die von prominenten linken Akademikern unterzeichnet wurde. www.koop-frieden.de/dokumente/iran-erklaerung.pdf

► **Stephan Grigat** ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Mitbegründer des Bündnisses STOP THE BOMB und Mitherausgeber des Buches »Iran im Weltsystem« (Studienverlag 2010). Eine Langfassung dieses Beitrags erscheint im März 2013 in der Zeitschrift »Zwischenwelt«.



Foto: iz3w-Archiv

Gefährliche Vereinfachungen

Die Militarisierung europäischer Entwicklungspolitik in Mali

Jahrzehntelang galt Mali der EU als verlässlicher Partner und als Referenzland für entwicklungspolitisches Engagement im Sahel. In den letzten Jahren veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen. Seit den kriegesischen Auseinandersetzungen ab Frühjahr 2012 wird gar über militärische Interventionen diskutiert.

von **Stefan Brocza**

► Im März 2012 fand in Mali ein Militärputsch statt. Als Grund nannten die Putschisten die Unfähigkeit des malischen Präsidenten Amadou Touré, den Aufstand der Tuareg-Rebellen im Norden des Landes (Azawad) unter Kontrolle zu bekommen. Während man sich nach wenigen Wochen auf einen Übergangspräsidenten und eine Rückkehr zu geordneten politischen Verhältnissen einigte, nahmen die Kämpfer der »Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad« (MNLA) weitere Städte ein und die malischen Streitkräfte zogen sich aus dem Norden zurück. Am 6. April erklärte die MNLA einseitig die Unabhängigkeit des Azawad. Unklar scheinen die Verbindungen zwischen Tuareg und radikalen islamischen Gruppen in der Region. Zu Beginn des Aufstands soll die MNLA noch gegen diese Gruppierungen gekämpft haben, in der Folge wurde aber immer wieder von gemeinsamen Operationen berichtet. Die Islamisten haben die Tuareg aus einigen Städten vertrieben und teilweise die Sharia ausgerufen.

Die Sahelregion, in deren Zentrum Mali liegt, geriet jedoch schon vor den aktuellen

Ereignissen und der de facto-Teilung des Landes ins Blickfeld der EU. Seit gut fünf Jahren befassen sich die europäischen Gremien immer stärker mit sicherheitspolitischen Fragestellungen. Ergebnis war im Frühjahr 2011 die Verabschiedung der »Strategie für Sicherheit und Entwicklung im Sahel«. Sie bezieht sich auf Mauretanien, Mali und Niger, soll aber auch deren Nachbarstaaten Algerien, Libyen und Marokko mit einbeziehen. Auswirkungen werden auch auf Burkina Faso, Nigeria und Tschad angenommen.

Europäische Interessen schützen

► Die Grundprobleme des Sahel werden in der Strategie so identifiziert: »...extreme Armut, regelmäßige Hungersnöte, schnelles Bevölkerungswachstum, fragile Regierungstätigkeit, ungeklärte innere Spannungen, die Gefahr islamistischer Rekrutierung, illegaler Handel und Gefährdungen in Verbindung mit Terrorismus«. Diese Probleme würden »zunehmend den Interessen europäischer Bürger entgegenstehen«. Als vorrangiges Ziel der

Strategie wird festgeschrieben: »Ein dringendes und unmittelbares Ziel ist der Schutz europäischer Bürger und Interessen, die Prävention von Anschlägen der ‚Al-Qaida im Islamischen Maghreb‘ (AQIM) auf dem Territorium der EU, die Reduzierung und Eindämmung des Handels mit Drogen und anderer Formen illegalen Handels, der für Europa bestimmt ist, die Sicherung des rechtmäßigen Handels, der Verbindungswege durch den Sahel (Straßen, Pipelines) und existierender ökonomischer Interessen sowie die Schaffung einer Grundlage für Handel und Investitionen aus der EU.«

Mit dieser strategischen Festschreibung hat die EU ihren bisherigen Weg der Entwicklungszusammenarbeit verlassen und ihre Interessen in der Sahelregion in drei Kategorien neu festgeschrieben: Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Abwehr illegaler Einwanderung und Energiesicherheit. Die Bedeutung der ersten Kategorie hat mit den Ereignissen seit Januar 2012 massiv zugenommen. Der Norden Malis (wie auch der Norden von Mauretanien und Niger) war zwar schon in der Vergangenheit immer wieder der zentralstaatlichen Kontrolle entzogen. Nach dem Putschversuch ist diese Region nun aber vollständig in der Hand milizartiger Bewegungen, von denen nicht alle, aber einige Al Qaida und dem Dschihadismus zuzurechnen sind. In Brüssel besteht die Befürchtung, dass ein riesiges Rückzugs- und Trainingsgebiet für islamistische Terroristen entsteht.

KritikerInnen der neuen EU- Sahelstrategie – wie die Informationsstelle Militarisation in Tübingen und die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung in Bonn – wenden ein, dass diese Problembeschreibung zu kurz greift. Die Sahelstrategie hat es versäumt, das über Jahrzehnte ungelöste Problem der Tuareg auch nur im Ansatz zu thematisieren. Die jetzige unreflektierte Subsumierung aller Aufständischen in der Region als »Al Qaida im Islamischen Maghreb« ist eine gefährliche Vereinfachung und trägt schon alleine durch den kollektiven Terrorvorwurf zur Eskalation der Situation bei.

Als tatsächlicher Auslöser des Konflikts in Mali ist vielmehr der Tuareg-Aufstand seit Januar 2012 anzusehen. Er wurde zu einem großen Teil von Kämpfern begonnen, die vorher im Solde Gadaffis im libyschen Bürgerkrieg gekämpft hatten. Algerien und Mauretanien befürchten, in den Konflikt hineingezogen zu werden, da die von den Tuareg angestrebte Unabhängigkeit ihre eigenen Grenzgebiete berühren könnte. Betroffen wäre im Osten Nigers möglicherweise auch der von Frankreich genutzte Uranabbau.

Militärische Lösungen...

► In der EU-Sichtweise eng mit der Terrorbedrohung verbunden ist das Problem des Drogenhandels. Mancher der neuen Machthaber im Norden Malis ist sowohl Dschihadist als auch Drogenhändler. Bereits seit mehreren Jahren ist die Sahelregion ein wichtiger Knotenpunkt für Drogen aus Lateinamerika. Die Route für Kokain führt von Lateinamerika per Schiff nach Guinea-Bissau, Guinea, Ghana und Benin und von dort durch die Sahelzone nach Europa. Die Haschischroute verläuft von Marokko über die Sahel-Staaten nach Libyen auf den Balkan. Gleichzeitig hat auch der illegale Waffenhandel in der Region zugenommen. Angesichts dieser Entwicklung versucht Europol seit einiger Zeit, in der Region Verbindungsbüros zu errichten und den Aufbau eigener Drogenbekämpfungskapazitäten zu unterstützen.

Seit Beginn der Krise in Mali beteuert die EU, die Regierung im Süden Malis bei ihren Versuchen zur Wiederherstellung der vollständigen regionalen Integrität des Landes uneingeschränkt zu unterstützen. Die EU setzt dabei sowohl auf regionale als auch internationale Lösungsansätze. Im Juli 2012 brachte die EU ihre Mission *EUCAP SAHEL* Niger auf den Weg. Dabei werden europäische Militärberater und -ausbilder in die Sahelregion entsendet. Ihre Aufgabe: Ausbau der Kapazitäten zur Bekämpfung von Terrorismus. Fürs erste werden knapp hundert Mitarbeiter »Beratung und Unterstützung« leisten. Ihr Hauptquartier schlagen sie im Niger auf, mit Außenstellen in Mali und Mauretanien.

Ein weiterer Schritt erfolgte Mitte November, als eine weitere EU-Mission mit Militärberatern und -ausbildern für Mali selbst beschlossen wurde. Inwieweit diese Mission in den geplanten Militäreinsatz der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS eingebunden wird, ist unklar. Der UN-Sicherheitsrat hatte ECOWAS zur Ausarbeitung eines Interventionsplanes zur Rückeroberung des Nordens Malis von islamistischen Milizen aufgefordert. Diese Pläne liegen nun vor, der UN-Sicherheitsrat soll Ende November darüber entscheiden.

... finanziert durch Entwicklungshilfe

► Bislang sind für die Umsetzung der Sahel-Strategie rund 650 Millionen Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und dem Instrument für Stabilität (IfS) bereitgestellt worden. Weitere 150 Millionen Euro aus dem EEF stammen aus den Budgetposten für Mali, Mauretanien, Niger und einem generellen Topf für die Region Westafrika. Hinzu kommen Mittel und Personal aus den EU-

Mitgliedsstaaten sowie aus der Finanzierung von künftig stattfindenden EU-(Militär-)Missionen.

Weitere rund 200 Millionen Euro werden aus bestehenden Budgetlinien für Algerien, Libyen und Marokko umgewidmet. Bereits im Sommer wurden 100 Millionen Euro aus dem EEF umgewandelt, um die Afrikanische

Union und ECOWAS bei der Bewältigung von Sicherheitsaufgaben und künftigen Militäraktionen zu unterstützen. KritikerInnen wiesen darauf hin, dass damit eine systematische Zweckentfremdung von

Entwicklungsgeldern droht. Mittel, die bisher für »klassische« Entwicklungsprojekte reserviert waren, werden nun kurzerhand für militärische Aktionen verwendet.

Die aktuelle EU Sahel-Strategie verfolgt stärker denn je europäische Interessen und stellt damit einen grundlegenden Paradigmenwechsel dar. War die Kooperation mit Entwicklungsländern bisher als partnerschaftliches Projekt zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung konzipiert, gewinnen sicherheitspolitische Interessen nun ganz offen die Oberhand. In der wissenschaftlichen Debatte wird das als Versicherheitlichung der Entwicklungspolitik beschrieben: Entwicklungspolitik wird dem Primat der Außen- und Verteidigungspolitik untergeordnet.

Die klassischen Instrumentarien der europäischen Entwicklungspolitik verlieren damit an Bedeutung. Der EEF – das vormals mächtigste Instrument – dient im Bedarfsfall als Finanzierungsquelle für militärische Aktivitäten. Das hat nur noch wenig mit den Zielen und Instrumenten von Yaoundé und Lomé zu tun. Im Sahel stehen damit alle Zeichen auf Eskalation.

► **Stefan Brocza** ist freier Autor zu EU-Themen. Er unterrichtet an den Universitäten Wien und Salzburg.

EU-Entwicklungspolitik in Mali

► Schon vor Erlangung der Unabhängigkeit von Frankreich wurde 1958 in Mali eine Vertretung der damaligen EG errichtet. Nach der Unabhängigkeit 1960 war Mali einer der ersten Staaten, die in die Zusammenarbeit der EG mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) aufgenommen wurde. Diese formalisierte Entwicklungskooperation fand im Rahmen der Abkommen von Yaoundé ab 1963 statt. Auch im großen entwicklungspolitischen Nachfolgeprojekt der Lomé-Konventionen ab 1975 war Mali ein fester Bestandteil. Der seit 2000 zur Anwendung kommenden Nachfolgekonvention von Cotonou trat Mali umgehend bei. Das Land nahm somit an allen entwicklungs-

politischen Maßnahmen der EG/EU teil. Dies umfasste einen einseitigen freien Marktzugang in die EU (keine Einfuhrbeschränkungen für Waren aus den AKP-Staaten) sowie zahlreiche sektorspezifische Maßnahmen zur Verbesserung von Umwelt, Gesundheit und Bildung. Die so über Jahrzehnte etablierte enge entwicklungspolitische Kooperation findet ihren Ausdruck in der aktuellen Länderstrategie der EU: Für den Zeitraum 2008-2013 werden darin im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) rund 550 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung gestellt. Der Großteil der Mittel soll für »Wachstum und Armutsbekämpfung« eingesetzt werden. Es werden

aber auch Regierungsprojekte im Bereich Dezentralisierung und Migration unterstützt. Besonderes Augenmerk soll der Entwicklung der nördlichen Landesteile sowie des Niger-Delta zukommen.

Die starke wirtschaftliche Anbindung Malis an Europa (KritikerInnen sprechen eher von Abhängigkeit) zeigt sich auch darin, dass die Landeswährung, der CFA-Franc BCEAO, durch einen festen Wechselkurs an den Euro gebunden ist. Diese Bindung wird durch die Banque de France bilateral garantiert. Die engen Kontakte mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich finden auch in einem eigenen militärischen Kooperationsabkommen ihren Niederschlag.

»Barcelona oder Sterben«

*Interview mit Moussa Sène Absa über seinen Film »Yoole«
und die Migration von Jugendlichen aus dem Senegal*

Foto: M. S. Absa



Moussa Sène Absa

► »Yoole (Le Sacrifice)« ist der aktuelle Dokumentarfilm des senegalesischen Regisseurs Moussa Sène Absa, der die sozialen Ursachen für die lebensgefährliche Migration junger Erwachsener aus dem Senegal nach Europa behandelt. Ausgehend von einer Tragödie im Jahr 2006, bei der 53 junge Senegalesen auf dem Meer den Tod fanden, verknüpft der Filmmacher die individuellen Schicksale mit der korrupten Politik des ehemaligen Staatspräsidenten Abdoulaye Wade. Seine politischen Versprechungen werden in zahlreichen Interviews der harten Realität gegenübergestellt.

Moussa Sène Absa wurde 1958 in Dakar geboren, absolvierte in Paris ein Filmstudium und debütierte im Jahre 1988 als Regisseur mit dem Kurzfilm »Le Prix du Mensonge«. Es folgten weitere Produktionen, einige davon preisgekrönt, wie »Ça Twist à Popon-guine«, »Das Leben hat keinen Preis«, »Das ungewöhnliche Schicksal der Madame Brouette«. Neben seinen fiktionalen Werken drehte Absa, der sich selbst als Schüler Ousmane Sembènes bezeichnet, auch zahlreiche Dokumentationen über den Senegal. Wie bei den meisten seiner Filme übernahm er bei »Yoole« neben der Regie auch Drehbuch, Schnitt, Produktion sowie die Filmmusik. Die Vielzahl und Qualität seiner Filme hat Moussa Sène Absa zu einem der bedeutendsten westafrikanischen Filmschaffenden werden lassen. Darüber hinaus ist er auch als Verleger, Dozent, Liedermacher und Künstler aktiv.

iz3w: *Wie kamen Sie dazu, einen Film über die Flucht von Jugendlichen aus dem Senegal zu drehen?*

► **Moussa Sène Absa:** Der Film kam zu mir. Andere suchen oft nach Themen, aber dieser Film kam zu mir. Ich war zu jener Zeit in Barbados und unterrichtete an der Universität. Eines Nachts erhielt ich einen Anruf: Im Hafen hatte man ein Boot voller Leichen gefunden. Man vermutete, dass es sich um Senegalesen handelt. Ich eilte zum Hafen und sah die leblosen Körper. Durch einen Brief, den man im Boot fand, wurde festgestellt, dass die Verunglückten tatsächlich aus dem Senegal kamen. Danach fragten mich viele Leute, ob es in unserem Land einen Bürgerkrieg oder Völkermord gäbe oder ob etwas anderes schreckliches vor sich ging. Aber ich konnte nicht antworten, denn eine Antwort hätte ein ganzes Buch gefüllt. Ich beschloss, eine Kamera zu nehmen und das Ganze zu dokumentieren.

Ist der Brief, der im Film zitiert wird, echt oder fiktional?

► Er ist fiktional. Im echten Brief stand nur der Satz »Wir befinden uns mitten auf dem Ozean, wir wissen, dass wir sterben werden. Wenn jemand diesen Brief findet, benachrichtigen Sie bitte meine Familie, die Adresse lautet ...«

53 junge Erwachsene verließen den Senegal, wir fanden aber nur elf leblose Körper. Sie müssen einer nach dem anderen gestorben sein. Wahrscheinlich sprachen sie für jeden Toten ein Gebet und warfen ihn ins Meer. Ich schrieb diesen Brief, weil ich Anteil nehmen und mich in ihre Lage hineinversetzen wollte. Was würde ich zu meiner Mutter sagen, wenn mir das zustoßen würde? Damit ist der Brief nicht zu hundert Prozent fiktional, denn es könnte sich um einen echten Brief handeln.

Was fanden Sie bei Ihren Nachforschungen über die Ursachen im Senegal heraus?

► Die jungen Menschen im Senegal wurden betrogen. Sie waren es, die für den Wandel gekämpft und den ehemaligen Präsidenten Abdoulaye Wade an die Macht gebracht haben. Es gleicht einer tragischen Liebesaffäre. Sie waren in den alten Mann verliebt und sicher, dass er sie nie betrügen würde. Sie dachten, er ist über 80 Jahre alt, er könnte

unser Großvater sein und wird uns behandeln wie Großväter ihre Enkel. Doch sie mussten erkennen, dass dieser Großvater ein Monster war und die Regierung zunehmend einer Mafia glich. Früher waren die Regierungsmitglieder sehr arm, inzwischen besitzen sie Häuser im Millionenwert und führen ein königliches Leben. Die jungen Menschen fragten sich: Haben wir so hart für den Wandel gekämpft, um das hier zu bekommen? Haben wir das verdient? Und sie entschieden sich, das Land unter allen Umständen zu verlassen. Im Senegal gibt es dafür ein Sprichwort: Barca ou Barsakh, es bedeutet: Barcelona oder Sterben.

»Die jungen Leute im Senegal wurden betrogen«

Wie erklären Sie sich, dass es im Senegal nicht zu Revolten oder Demonstrationen gekommen ist, wie in anderen Ländern mit vergleichbaren Zuständen?

► Ich halte die senegalesische Bevölkerung für sehr friedliebend. Konflikte führen die Menschen häufig auf Gott zurück. Sie bringen die Gewalt nicht in die Gesellschaft, sondern richten sie gegen sich selbst. In dem Bewusstsein eines möglichen Todes aufzubrechen und fortzugehen, ist für mich die schlimmste Gewalt.

Ein anderer Aspekt ist die Machtlosigkeit der Eltern. Im Senegal ist der Einzelne von Geburt an bis zum Tod stark in die Familie eingebunden. Das Leben spielt sich im Rahmen der Gemeinschaft ab. Diese integrative Funktion geht wegen wirtschaftlicher und sozialer Zwänge zunehmend verloren. Die Väter haben keine Zeit für ihre Kinder, die Mütter sind damit beschäftigt, über die Run-den zu kommen. Auch das führt dazu, dass die Kinder fortgehen, statt zu rebellieren. Ich glaube, in anderen Ländern könnten die gleichen Umstände zu Bürgerkrieg und Toten führen.

Der Fokus Ihres Filmes liegt auf dem politischen System im Senegal, externe Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit, wie die Politik der Europäischen Union, werden kaum thematisiert.

► Natürlich spielt die internationale Politik eine wichtige Rolle. Abdoulaye Wades System funktionierte nur, weil er von anderer Seite geschützt wurde. Die EU-Länder standen hinter ihm, weil sie unser Meer, unser Land und unsere Ressourcen brauchen. Sie hatten Angst, dass ein potenzieller Nachfolger es Thomas



Foto: M.S.Absa

Sankara gleichtun würde und unsere Rohstoffe im Land behält. Daher unterstützen sie Wade. Ich habe die Verantwortung der EU hinter die Darstellung des politischen Systems im Senegal gestellt, weil für mich vor allem die senegalesische Politik zu den ganzen Problemen im Land geführt hat.

Als Wade an die Macht kam, versprach er den jungen Leuten ein eigenes Grundstück mit Wasserzugang. Sie hätten das Land bearbeiten, Lebensmittel anbauen und die Ernten verkaufen können. Alle wollten mitmachen. Aber Wade unternahm nichts – außer seine Macht zu sichern. Er verkaufte das Land Stück für Stück und korrumpierte seine Umgebung.

Wade sagte immer: »Jeder Senegalese hat einen Preis. Du musst nur den Betrag kennen.«

Er war sicher, solange er Geld hat, würde er an der Macht bleiben. Aber er kannte eine senegalesische Besonderheit nicht: Xippi. Das heißt, wenn man eine Person beobachtet, die sich schlecht verhält, dann reagiert man nicht sofort, sondern wartet den richtigen Moment ab. Und so kam es dann auch.

Während der letzten Wahl rief mich Wade an und wir trafen uns zweimal. Als Filmemacher kenne ich mich mit Körpersprache aus, wenn ich meinem Gegenüber in die Augen sehe, weiß ich, worauf er aus ist. Wade wollte mich auf seiner Seite. Bei unserem letzten Treffen fragte er mich: »Moussa, alles in Ordnung?«, und ich antwortete: »Klar, alles in Ordnung«. Er sah mich fragend an, denn er weiß, dass ich Filme drehen will, aber kein Geld habe. Er wollte von mir hören: »Nein, es geht mir schlecht, ich brauche eine Million Dollar.« Hätte ich das gesagt, er hätte mir das Geld gegeben. Aber ich konnte es nicht an-

nehmen. Viele halten mich deswegen für dumm. Korruption ist jedoch für mich inakzeptabel. Niemand kann mich kaufen.

Wie fielen die Reaktionen auf den Film aus?

► Nach der Fertigstellung habe ich den Film an alle geschickt: an Wade, an oppositionelle Führer, Botschafter, die UN, an Obama und Sarkozy, jeder hat ihn bekommen. Auch wenn es keine Reaktionen von ihnen gab, weiß ich, dass sie ihn gesehen haben. Sie kennen meine Rolle als Meinungsführer und wissen, dass die Leute mir zuhören; schließlich musste ich deswegen auch das Land verlassen. In allen Zeitungen stand meine Kritik an Wades System und seinem Sohn, der unserem Land schadet, und dass ich nicht akzeptiere, dass Franzosen den Senegal regieren.

Man sagte mir: Moussa, pass auf, diese Leute sind sehr gefährlich. Da war mir klar, dass ich nicht den Mund halte, sondern stattdessen nach Barbados gehe. Denn ich bin stark mit meiner Community verbunden und bin mir meiner Verantwortung sehr bewusst und bereit, für mein Land alles aufzugeben. Aber dieser Film ist nicht einfach nur gegen Wade und seine Verbündeten gerichtet. Er ist ein politisches, soziales, philosophisches Statement über das, was um mich herum geschieht.

Man sagte mir: Moussa, pass auf, diese Leute sind sehr gefährlich. Da war mir klar, dass ich nicht den Mund halte, sondern stattdessen nach Barbados gehe. Denn ich bin stark mit meiner Community verbunden und bin mir meiner Verantwortung sehr bewusst und bereit, für mein Land alles aufzugeben. Aber dieser Film ist nicht einfach nur gegen Wade und seine Verbündeten gerichtet. Er ist ein politisches, soziales, philosophisches Statement über das, was um mich herum geschieht.

Welche Veränderungen erhoffen Sie sich von dem neuen Präsidenten?

► Es geht mir vor allem um zwei Fragen: Was passiert mit denen, die das Land bestohlen haben? Dieses Geld will ich wieder. Es kann nicht sein, dass Abdoulaye Wades Familie weiter mit ihrem privaten Jet um die Welt fliegt. Auch mit allen anderen, die sich berei-

chert und das Geld in Steuerparadiese auf der ganzen Welt gebracht haben, muss etwas passieren.

Die zweite Frage lautet: Was ist die Vision des neuen Präsidenten für die Jugend und die Frauen? Die Jugendlichen brauchen Bildung, Jobs und Förderung. Für die Frauen müssen Gesundheitseinrichtungen verbessert und ihre gesellschaftliche Position gestärkt werden. Sie müssen in der Lage sein, Kredite aufzunehmen und ihr eigenes Stück Land oder eigenes Geschäft zu haben. Ich beobachte Macky Salls Politik und erwarte, dass er diese Punkte angeht. Wenn nicht ... mein neuer Film ist bereits zu 90 Prozent gedreht. Ich habe Sall während des Wahlkampfes begleitet und wenn im April 2013 keine Fortschritte zu sehen sind, dann wird dieser Film gezeigt. Ich finanziere ihn allein und bin daher momentan völlig verschuldet – aber mir bleibt keine Wahl.

Wie kamen Sie zum Filmemachen?

► Ich war zwölf Jahre alt und mein Onkel, ein filmbegeisterter Mann, nahm mich eines Tages mit ins Kino. Dort sah ich meinen ersten Film, »David und Goliath«, und war zutiefst beeindruckt. Mein erster Film entstand 1986 und erzählt die Geschichte zweier Brüder, die in Paris auf sehr unterschiedliche Weise leben. Ein 20-minütiger Film voller Kraft; alle fragten mich: Was kommt als nächstes? In meiner Produktion »Ça Twiste A Ponguine« aus dem Jahr 1993 wird meine Liebe zum Film und wie ich zum Filmemachen kam dargestellt.

► Das Interview führte Katrin Dietrich.
Übersetzung aus dem Englischen:
Frederik Skorzynski.



Barrio Adentro stellt soziale Infrastruktur zur Verfügung und organisiert sich über Basisversammlungen

Kommune oder Staat?

Venezuela zwischen regionaler Selbstverwaltung und Zentralismus

Die »Kommunalisierung des Staates« ist ein umstrittenes Projekt der venezolanischen Innenpolitik. Sie schwankt zwischen der Stärkung lokaler Selbstverwaltungsstrukturen und zentralistischen Tendenzen. Dabei kann die Vorstellung vom Kommunalen Staat nicht mit der Regierung Chávez in eins gesetzt werden.

von **Michael Karrer**

► Am 7. Oktober wurde der venezolanische Präsident Hugo Chávez zum vierten Mal in seinem Amt bestätigt. Wenige Wochen später sorgt die Vorstellung des sogenannten »Zweiten Sozialistischen Plans für die Nation« für Furore. Im Zentrum der Debatte steht die Forderung, den Umbau des venezolanischen Staates hin zum Kommunalen Staat (estado comunal) voranzutreiben. Ziel sei es, so Chávez, bis zum Ende der nächsten Amtsperiode die Ausbreitung der im Jahr 2006 konstitutionell verankerten Kommunalen Räte (consejos comunales) weiter zu befördern. Eine »Art Konföderation regionaler, lokaler und nationaler Räte« sei dazu bestimmt, »das Erbe des bürgerlichen Staates, der sich noch mit seinen alten und unheilvollen Praktiken am Leben hält, vollständig auszulöschen, um der Erfindung neuer politischer Formen Kontinuität zu

verleihen«. Damit soll der Hebel für eine weit reichende Staatstransformation gefunden worden sein, die vorgeblich auf die Vertiefung der mit der Verfassung von 1999 begründeten partizipativen Demokratie zielt.

Der vergangene Wahlkampf zeigte erneut, wie eng die kommunalen Initiativen mit den Interessen der Regierung verflochten sind. Weite Teile der venezolanischen Basisbewegung setzten auf die Wiederwahl von Chávez. Nicht nur an der lokalen Basis der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) und deren Jugendorganisationen wurde an der »Mission 7. Oktober« gearbeitet. Stadtteilorganisationen, kleine Medienprojekte, die im Laufe des letzten Jahrzehnts dank staatlicher Unterstützung stark angewachsen sind, diverse politische Parteien oder regionale und überregionale Zusammenhänge unterstützten den Wahlkampf des Präsidenten. In Teilen haben sich diese Basisorganisationen zum »Großen Patriotischen Pol« mit dem Ziel der »demokratischen Radikalisierung des bolivarianischen Prozesses« zusammengeschlossen. Das linke Wahlbündnis, das sich auf Vorschlag des Präsidenten gegründet hat, stellt das bislang größte Basisnetzwerk dar. Über 30.000 verschiedene Organisationen haben sich eingeschrieben.

Befürchtet wird eine Machtverschiebung zugunsten des Präsidenten

Die politische-juridische Figur der Kommune, die in Venezuela 2010 Gesetzeskraft erlangte, setzt eine Reihe außergewöhnlicher Dezentralisierungsmaßnahmen fort. Maßgebliche Verwaltungs- und Entscheidungskompetenzen werden auf die Ebene der organisierten Gemeinden und Nachbarschaften übertragen. Es wird eine staatliche Parallelstruktur aufgebaut, um die Verteilung von öffentlichen Mitteln in die Hände der in den Stadtteilen und ländlichen Gemeinden organisierten Bevölkerung zu legen. Bereits jetzt führen die Kommunalen Räte die für die Gemeinde relevanten Projekte vom Antrag bis zur Ausführung in Eigenregie durch.

Finanzielle Mittel werden von der staatlichen Stiftung Fundacomunal genehmigt und direkt von Kommunalen Banken (bancos comunales) verwaltet. Deren Aktivitäten sowie die planmäßige Ausführung der Projekte werden wiederum von internen Kontrollinstanzen (contraloría social) geprüft.

Föderal oder kommunal?

► Höchstes Gremium ist die Vollversammlung aller NachbarInnen (asamblea). Es handelt sich um lokale Selbstverwaltungen zur partizipativen Haushaltsplanung, die potentiell die gesamten Nachbarschaften und Gemeinden einschließen. Mit dem Zusammenschluss der

Kommunalen Räte in Sozialistischen Kommunen soll die Transformation des Staatsapparates weiter vorangetrieben werden. Deren Aufgaben bestehen in der Ausarbeitung eines großflächigen kommunalen Entwicklungsplanes sowie in der Umsetzung und Kontrolle kommunaler Projekte. Hinzu kommt der Anspruch, die Kommunen mit den lokalen Produktionssektoren zu verbinden.

Oppositionskandidat Henrique Capriles Radonski vom Bündnis »Tisch der Demokratischen Einheit« (MUD) wirft der wiedergewählten Regierung vor, mit der Institutionalisierung des Kommunalen Staates an der Abschaffung der geltenden Verfassung zu arbeiten. Letztlich zielen der Aufbau der Kommunen darauf ab, die föderale Struktur faktisch auszuhebeln und einer Zentralisierung des Staates Vorschub zu leisten. Derzeit bieten die föderalen und bürokratischen Strukturen der Opposition das wichtigste Feld für politische Einflussnahme.

Auch die Sozialwissenschaftlerin Margarita López Maya sieht in der Figur der Kommune die Umwandlung hin zu einem Staat, der mit der Bolivarianischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Die Kommune stehe in einer Reihe sozialistischer Gesetze, die in den letzten 14 Jahren schrittweise durchgesetzt wurden, um die politische Territorialität grundlegend zu verändern. Befürchtet wird eine Machtverschiebung zugunsten des Präsidentenamtes in dem Maße, wie die föderale Struktur zugunsten der Aufwertung der kommunalen Entscheidungskompetenzen eingeschränkt wird.

Nachbarschaftsbewegung und Gegenmacht

► Selten hingegen findet in der aktuellen Diskussion um den Kommunalen Staat Erwähnung, dass dieser tief in der venezolanischen Geschichte verankert ist. Die Geschichte der Stadtteilorganisation reicht bis in die 1930er Jahre zurück. So erhalten die staatstransformatrischen Anstrengungen der Regierung Chávez einen historischen Sinn, der mit der Pariser Kommune, den Münchner Arbeiterräten oder den Sowjets weniger gemein hat als mit venezolanischen Vorläufern. Über Jahrzehnte fanden solche Organisationsinitiativen bereits in Städten, ländlichen Gemeinden, Nachbarschaften und informellen Siedlungen statt. Ihre historische Rekonstruktion ist notwendig, um die aktuellen Entwicklungen zu verstehen.

Die ersten nachbarschaftlichen Zusammenschlüsse entstanden in der Folge der Neuausrichtung der venezolanischen Ökonomie Mitte der 1930er Jahre. Mit der Durchsetzung des Handels- und Finanzkapitals gegenüber

den Interessen des agrarindustriellen Sektors wurde die Weichenstellung der politisch-ökonomischen Entwicklung des Erdölstaates gelegt. Die Struktur des städtischen Raumes, in dem Stadtteilorganisationen spätestens seit den 1970er Jahren eine große Rolle spielen, wurde von der Dynamik des Rentiers-Kapitalismus beeinflusst.

Massive Landflucht, drastischer Abbau des Agrarsektors und die Tertiärisierung der Lohnarbeit führten zu einem rasanten Wachstum der Städte. Das verband sich mit der Unfähigkeit der Regierungsstellen, die Versorgung der neuen Wohngebiete (barrios) zu gewährleisten. Binnen kürzester Zeit kam es zu einer Verknappung von Wohnraum. Allorts mangelte es an Wasserleitungen, Kanalisation, Stromnetzen, Nahverkehr und Bildungsein-



Was braucht es da das Volk?

Foto: Chr. Ditsch/version-foto.de

richtungen. Hinzu kam, dass viele Siedlungen ohne legale Titel entstanden und daher nicht in die Stadtplanung einbezogen wurden. Das bildete den Ausgangspunkt einer Nachbarschaftsbewegung, die in den Jahren der demokratischen Konsolidierung in verschiedenen Ausprägungen – von kommunistischen Stadtteilgruppen bis zu staatlich anerkannten Nachbarschaftsvereinigungen – Form annahm.

Die gängige Praxis der informellen Aneignung von Land bildete im Falle Venezuelas die Rahmenbedingung für eine klientelistische Politiktradition. Angesichts des akuten Mangels an Infrastruktur war es ein Leichtes, mit materiellen Versprechen Wählerstimmen zu erkaufen. Ein halbes Jahrhundert stützt sich die hegemoniale Stellung der großen Parteien Acción Democrática und COPEI unter anderem auf eine assistenzialistische Einhegung der organisierten Nachbarschaften. Die sozialdemokratische Regierung Rómulo Betancourts verband in den frühen 1960er Jahren repressive Maßnahmen gegen autonome Stadtteilorganisationen mit dem Versuch, die Nachbarschaftsorganisationen an den Staatsapparat zu binden, um sie der Regierungspartei zu unterwerfen. Im Zuge landesweiter Programme zur Gemeindeentwicklung wurden eine Reihe staatlicher Institutionen ge-

gründet, die auf Einbindung der organisierten Stadtteile zielten.

Trotz der Anstrengungen, die nachbarschaftlichen Basisorganisationen der Parteienhegemonie zu unterwerfen, bildete die Nachbarschaftsbewegung einen zentralen Motor der politischen Umwälzungen zum Ende des letzten Jahrhunderts. 1986 war bereits jede/r dreizehnte VenezolanerIn in Nachbarschaftsvereinigungen aktiv. Zu dieser Zeit lehnte über die Hälfte der Bevölkerung die politischen Parteien ab. »Gegenüber der immensen Machtnetze des Staates und der Parteien«, stellte der venezolanische Politologe Luis Salamanca in den späten 1980er Jahren fest, »konstruieren sich multiple Haarnetze der alltäglichen Gegenmacht. In den verbleibenden Jahren des Jahrtausends wird die Rolle der Nachbarn und ihre Bewegung grundlegend für die nationale politische Agenda sein«. Das sollte sich bewahrheiten.

Alle Macht den Räten?

► Die Idee der nachbarschaftlichen Organisation ist demnach nicht der präsidialen Autorität geschuldet, sondern ein Produkt sozialer Kämpfe. Der kommunale Staat, dessen Gespenst die Gemüter in Venezuela erhitzt, ist in diesem Kontext zu untersuchen. Dabei lassen sich Kontinuitäten im Guten wie im Schlechten aufzeigen. Am problematischsten erscheint das Verhältnis von nachbarschaftlicher Basisorganisation und Nationalregierung. Die Kommunalen Räte laufen Gefahr, die über Jahrzehnte hinweg geübten Muster klientelistischer und assistenzialistischer Politik zu reproduzieren. Wenn der Staat sowohl als Eigentümer eines großen Teils des gesellschaftlichen Reichtums zentralisierte Entscheidungen über die Umverteilung desselben trifft, oder wenn der Staat über die Anerkennung der lokalen Nachbarschaftsorganisationen entscheidet, kann von einer Unabhängigkeit der Kommunalen Räte keine Rede sein.

Diese Ambivalenz ist das Menetekel der nachbarschaftlichen Basisorganisation: Sie machte am Gängelband des Staatsapparates ihre ersten Schritte. Und heute noch stellt dieses Abhängigkeitsverhältnis die zentrale Hürde im Kampf um Selbstermächtigung und kommunale Selbstverwaltung dar. Letztlich kommt es darauf an, dass die Basisorganisationen in den Stadtteilen und Gemeinden eigene Standpunkte formulieren und sich auf die Geschichte ihrer sozialen Kämpfe besinnen.

► **Michael Karrer** schloss sein Studium der Politikwissenschaft und Philosophie mit einer Arbeit über die historische Entwicklung der Stadtteilselbstorganisation in Venezuela ab.

Die Aktualität des Antiziganismus

Selten haben wir bei einem Themenschwerpunkt so intensiv über das Titelbild nachgedacht und debattiert wie bei dieser Ausgabe. Fast alle BetrachterInnen fühlten sich auf Anheb bei dem Motiv zu sehr an ein Konzentrationslager erinnert, was aus verschiedenen Gründen großes Unbehagen auslöste. Die Assoziation ist in der Tat sehr stark und vom Künstler auch intendiert. Das Gemälde zeigt indes bei näherem Hinsehen kein nationalsozialistisches Vernichtungslager, sondern eine heutige Elendssiedlung irgendwo in Europa.

Gemalt hat es Gabi Jimenez, ein in Frankreich lebender Roma-Künstler. Seine ausdrucksstarken Bilder erzählen in Reihen wie »Discrimination« oder »Porraimos / Genocide« von einem tief sitzenden, existenziellen Trauma: Von der Ermordung einer halben Million Roma und Sinti in Vernichtungslagern. Sie handeln von der kaltschnäuzigen Ignoranz der Mehrheitsgesellschaft, dieses Trauma auch nur zur Kenntnis zu nehmen – geschweige denn ernsthaft Entschädigung zu leisten. Und sie handeln von der Kontinuität der Diskriminierung bis in die heutige Zeit.

Das Titelbild ist ergreifend, regelrecht erschütternd. Es ist todtraurig und doch würdevoll. Je länger man es betrachtet, desto mehr nimmt es mit. Als Angehörige/r der Mehrheitsgesellschaft versteht man dann vielleicht ein klein wenig besser, warum Zoni Weisz, ein niederländischer Sinto und Überlebender des Holocaust, im Oktober bei der Einweihung des Berliner Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas sagte: »Nichts, fast nichts hat die Gesellschaft daraus gelernt, sonst würde man jetzt auf andere Art und Weise mit uns umgehen«.

Insofern ist das Bild nicht historisch, es führt vielmehr zum Kern dessen, was den Antiziganismus bis heute ausmacht: Die Verachtung einer als »Zigeuner« diffamierten Gruppe, die bis heute dafür sorgt, dass Roma und Sinti im Wortsinne ausgegrenzt werden.

Die beklemmende Aktualität des Antiziganismus geht auch aus dem Ende Oktober veröffentlichten Bericht des UN-Menschenrechtsausschusses hervor. Der Ausschuss beklagte ausdrücklich die anhaltende Diskriminierung von Sinti und Roma in der Bundesrepublik. Deutschland müsse Sinti und Roma den Zugang zu Bildung, Wohnraum, Arbeitsplätzen und zum Gesundheitswesen erleichtern. Antiziganismus äußert sich jedoch nicht nur in Marginalisierung, sondern europaweit wieder immer öfter in offener Gewalt. Die Tickermeldungen am oberen Seitenrand dieses Themenschwerpunktes dokumentieren exemplarisch die alltäglichen Übergriffe gegen Roma. Die Meldungen sind

entnommen aus dem Antiziganismus-Watchblog <http://antizig.blogspot.de>

Trotz seiner offenkundigen Virulenz wurde Antiziganismus weder im gesellschaftlichen Mainstream noch in der Linken als relevantes gesellschaftliches Problem aufgefasst. Bestenfalls war er ein Nischenthema für einige wenige spezialisierte WissenschaftlerInnen. Roma-AktivistInnen standen jahrzehntelang weitgehend allein mit ihren Forderungen. Unterstützung gab es nur durch andere Opfergruppen, insbesondere der jüdischen. Das hat sich in den letzten Jahren etwas geändert: Die Aufmerksamkeit für Diskriminierungen ist gestiegen, in einigen Städten gibt es Initiativen zur Verhinderung von Abschiebungen. Nicht zuletzt ist auch dieser Themenschwerpunkt ein Ergebnis dieser Entwicklung: Nachdem die **iz3w** jahrzehntelang geschwiegen hat zum antiziganistischen Rassismus, müssen wir selbstkritisch zugestehen, dass die Befassung damit überfällig war.

Dieser Themenschwerpunkt ist keiner über Roma, Sinti, Jenische oder Travellers. Es geht nicht darum, wie »sie« leben, wie sie »wirklich« sind. Ohnehin gibt es nicht »die« Roma und »die« Sinti, mit diesen Bezeichnungen werden sozial, politisch und kulturell heterogene Gruppen zusammengefasst. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wird nicht müde zu betonen, dass viele Roma und Sinti ein völlig »normales« Leben führen und sie nicht ständig auf ihre Zugehörigkeit zu einer »Problembevölkerung« reduziert werden möchten. Über Fragen von Identität und zum Umgang mit Diskriminierung gibt es unter Roma und Sinti durchaus Kontroversen. All das ist hier aber ausdrücklich nicht Thema.

Der Themenschwerpunkt handelt vielmehr von der Mehrheitsgesellschaft, genauer gesagt: Vom Ressentiment der Mehrheit gegenüber einer Minderheit. (Ob die Minderheit erst durch Fremdzuschreibungen zur Minderheit gemacht wird, oder ob sie sich *auch* selbst eine Identität als Minderheit zuschreibt, ist dabei nicht entscheidend.) Anders gesagt: In diesem Themenschwerpunkt erfahren wir etwas über »uns«, nicht über »sie«. Es ist ein erschreckender Blick in den Spiegel. Und so gesehen ermöglicht auch das Titelmotiv einen abgrundtiefen Blick in die Verfasstheit der heutigen Mehrheitsgesellschaft.

die redaktion

P.S.: Wir bedanken uns herzlich bei Gabi Jimenez und allen anderen KünstlerInnen, die uns ihre Motive für die Bebilderung dieses Themenschwerpunktes zu Verfügung stellten.

Mit freundlicher Unterstützung von





Dachau, Landfahrerplatz. Aus einer Fotoserie von Alfred Ullrich (2011)

Europa erfindet die Zigeuner

Die dunkle Seite der Moderne

Zigeunerromantik und Diskriminierung von Roma und Sinti schließen sich bis heute nicht gegenseitig aus. Beides ist Ausdruck ein und desselben Ressentiments gegen die ausgesonderten Anderen. Die Bilder von den »Zigeunern« verraten eine Menge über Identitätsbildung, Überlegenheitsgefühle und eliminatorische Phantasien in Europa.

von **Klaus-Michael Bogdal**

► Die Großen der europäischen Geistesgeschichte von Max Weber bis Norbert Elias haben Europa in immer neuen Anläufen als Geburtsstätte der Moderne beschrieben. Nicht als »Herz der Finsternis« wie die anderen Kontinente, sondern als Zentrum zivilisatorischen Fortschritts. Für meine Forschungen über die »Erfindung« der Zigeuner ist eine andere Ausgangsüberlegung leitend: Lassen sich wesentliche Einsichten über die Entwicklungen »langer Dauer« nicht von der anderen Seite her, der Betrachtung des Marginalisierten gewinnen?

Wenn wir die Romvölker wie bisher erst mit dem nationalsozialistischen Genozid in die europäische Geschichte eintreten lassen, wird eine einmalige sechshundertjährige Geschichte verdeckt. Allerdings haben die Romvölker, die über lange Zeiträume nomadisch lebten und über keine eigene Schriftkultur verfügen, so gut wie keine historischen Selbst-

zeugnisse überlassen. Die Überlieferungen und Dokumente erlauben es daher nicht, eine Geschichte der Romvölker zu schreiben, die sich beispielsweise mit jener der verfolgten und vertriebenen französischen Hugenotten vergleichen ließe.

Was uns vor allen Dingen in Gestalt der Literatur und Kunst zur Verfügung steht, sind die Grunderfahrungen der ständischen und bodenständigen europäischen Bevölkerung mit einer fremden, als bedrohlich empfundenen Lebensweise. Ihr können wir jedoch nur in den Geschichten und Bildern der Abwehr, das heißt in Form einer »Entstellung« habhaft werden. Untersucht wird also eine kulturelle Bemächtigung, die durch eine Abspaltung gekennzeichnet ist. Die kulturellen Fremdpräsentationen der Romvölker – die unter den Namen Zigeuner, Gypsies, Tatern, Cigany, Çingeneler usw. zirkulieren – bilden demnach heterogene Einheiten »durchgestrichener«

Identität und kultureller Zuschreibungen. Die Erfindung der Zigeuner stellt die Kehrseite der Selbsterschaffung des europäischen Kultursubjekts dar.

Verachtung und Faszination

► Die Zigeuner nehmen von Anfang an eine einzigartige Position ein. Sie gehören zu denen, die nicht von Anfang an da waren, die man nicht erwartet hat und die deshalb wieder verschwinden müssen. Sie gelten als unheimlich, weil sie »überall lauern« und nach undurchschaubaren Regeln »kommen und gehen«. Daraus erwächst ein konstantes Moment der Wahrnehmung und Begegnung: die Ambivalenz von Verachtung und Faszination. Schon früh, auf der Schwelle zwischen Mittelalter und Neuzeit, entsteht ein Grundbestand an Stereotypen, Bildern, Motiven, Handlungsmustern und Legenden. Und immer wieder schlagen eliminatorische Imaginationen in eine eliminatorische politische Praxis um.

Landesverweise bedeuten ständige Verfolgung und Vertreibung. Sie verhindern jegliche Lebensplanung und bedeuten de facto eine Verkürzung der Lebenserwartung durch Armut, Unterernährung und gesundheitliche Schädigungen. Im 18. Jahrhundert versuchen

einige Staaten wie Spanien und Österreich das Territorialprinzip durch Zwangsansiedlung durchzusetzen. Durch diese Maßnahme soll die nomadische Lebensweise unterbunden werden. Sie schließt zugleich die Annahme der katholischen Religion und die Aufgabe der eigenen Sprache, des Romanes, ein.

Als Gegenort zur »Heimat« verdichtet sich das Bild des Zigeunerlagers. Es reicht vom Räuberneist im Wald über den »Kral« der süd-osteuropäischen Roma der Steppe und die Höhlenwohnungen der spanischen Gitanos bis zum in Auschwitz-Birkenau separat errichteten »Zigeunerlager«. Die Wohnstätte der Romvölker gilt weder als eine zu respektierende Privatsphäre noch als schützenswertes Kulturgut. Im Gegenteil brüstet man sich in zahlreichen literarischen Werken mit der Zerstörung als zivilisatorischem Akt.

Zu den wirksamsten Bildern zählt zweifellos in allen europäischen Kulturen die Figur der »schönen Zigeunerin«. Sie ist nicht, wie oft angenommen, den Imaginationen der europäischen Romantik und der viktorianischen englischen Literatur entsprungen, auch wenn die Semfiras, Esmeraldas und Carmens sich am nachhaltigsten dem kulturellen Gedächtnis eingeprägt haben. Schon Cervantes' 1613 erschienene Novelle *La gitanilla* vermittelt die spätere »spanische« Kostümierung, die Gesangs- und Tanzkunst ebenso wie die Anmut ungebändigter, »wilder« Weiblichkeit.

Entscheidend ist in den Geschichten über die Begegnung mit ihnen etwas anderes: Weder wird ihnen eine familiäre Beziehung zu den männlichen Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung gestattet, noch geben sie auf Dauer ihre nomadische Lebensweise auf. Die narrativen Lebensentwürfe zielen in der Regel auf ihren frühen Tod. Entweder sterben sie durch die Hand ihrer eifersüchtigen Liebhaber oder sie vergehen in der Zivilisation, die sie als Gefangenschaft erleben. Wie in den exotistischen und orientalistischen Diskursen, mit denen es symptomatische Überschneidungen gibt, dient die »schöne Zigeunerin« vor allen Dingen als Objekt männlichen sexuellen Behrens. Auf sie werden nichtbürgerliches Rollenverhalten, »natürliche« Weiblichkeit, gefährliche Wildheit, die Bereitschaft zur Promiskuität und schließlich immer wieder pädophile Phantasien projiziert.

In August Strindbergs Erzählung *Tschandala* (1889) kommentiert der Protagonist die sexuelle Vereinigung mit einer jungen, kaum dem Kindesalter entwachsenen »Zigeunerin«: »Er hatte ein Tier umarmt, und nach der Umarmung hatte das Tier ihn geküsst wie eine Katze, und er hatte sich weggedreht, als fürchtete er, seine Seele werde auf diesen Lippen einer Tierseele begegnen, als fürchtete er, un-

reine Atemluft einzusatmen.« »Schöne Zigeunerinnen« befremden durch eine geheimnisvolle Unzugänglichkeit selbst in Augenblicken intimer Nähe und die Entrückung in eine andere verborgene, nicht-zivilisatorische Ordnung oder animalische Sphäre.

Soziale Devianz und Kriminalität

► Die Verortung der Romvölker im Sozialgefüge der frühneuzeitlichen europäischen Gesellschaften gelingt unter einer folgenreichen Voraussetzung. Man muss ihnen absprechen, dass sie ein, wenn auch kleines, Volk bilden. Und sind sie kein Volk, dann vermag man sie den außerhalb und unterhalb der Ständeordnung befindlichen Massen der »Herrenlosen« zuzuordnen, die durch Gelegenheitsarbeiten, Betteln und Kriminalität zu überleben suchen. Degradiert zu einer Rotte, die im Armenheer der Vaganten, dem »zusammenlaufenden Pöbel« und »herrenlosen Gesindel« aufgeht, von denen die zeitgenössischen Quellen sprechen, verlieren sie die Sonder-

stellung einer ethnischen Gruppe. Ihre Lebensweise wird nun innerhalb des Diskurses über soziale Devianz und Kriminalität und damit im Kontext eines anderen Wissens als dem der Völkergenealogie und -typologie

gedeutet. Eine breite Spur führt von der Konstruktion von »Gaunergesellschaften« und Bettlerorden im *Liber Vagatorum* über die »Gaunerlisten« und Steckbriefe des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die sich auf das Räuber- und Bandenwesen beziehen, und die seelenkundlichen Verbrecherdossiers des frühen 19. Jahrhunderts bis zu den Degenerationstheorien und zur Kriminalbiologie um 1900.

In diesem Diskursraum werden anthropologische Merkmale und ethnische Eigenheiten zum Gesamtbild einer verbrecherischen und parasitären Gruppe umgedeutet, so dass sie schließlich als rechtlose Rechtsbrecher von Geburt an gelten. Für jedes Mitglied einer Romfamilie wird gewissermaßen ein Verbrechensprofil erstellt: für die alten Frauen ebenso wie für die Männer, die Frauen und sogar die Kinder. Neben dem Diebstahl und dem Betrug gehört der Kindesraub, das heißt der hinterhältige Eingriff in die Familiengenealogie der Mehrheitsbevölkerung, zu den notorischen Anschuldigungen bis heute.

Die Gewalt der Wissenschaft

► Eher nebenbei fördern die aufklärerische Anthropologie und die historischen Sprachwissenschaften im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts neue Erkenntnisse über die Romvölker zu Tage, die die frühneuzeitlichen Spekulationen über Herkunft und Sprache wie eine Seifenblase zerplatzen lassen. Geradezu

sensationell mutet die Entdeckung einer genuinen »Zigeunersprache« an, die dem Sanskrit zuzuordnen ist und damit eindeutig auf eine indische Herkunft hinweist. Mit sprachwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden lassen sich anhand der Sprachstufen und der Aufnahme von Wörtern anderer Sprachen die Migrationswege nach Europa geographisch grob nachzeichnen. Das wissenschaftliche Werk, das diese Ergebnisse zusammenfasst, Heinrich Grellmanns »Historischer Versuch über die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksale dieses Volkes in Europa, nebst ihrem Ursprunge« (1783), stößt sofort in anderen europäischen Ländern auf breites Interesse.

Aus Sicht der aufgeklärten Anthropologie müsste den »Zigeunern« als indischen Abkömmlingen der »indo-germanischen« Völker- und Sprachfamilie in der Hierarchie der Völker ein höherer Rang zustehen als der einer rechtlosen Bande. Vor allem der Besitz einer über Jahrhunderte bewahrten eigenen Sprache stellt aus anthropologischer Perspektive ein erhebliches kulturelles Kapital dar. Für den kurzen Zeitraum weniger Jahrzehnte deutet sich in den wissenschaftlichen Diskussionen und in einzelnen Werken der Romantik die Möglichkeit einer »aufgeklärten« Wahrnehmung und Verortung der Romvölker an, die in den avanciertesten Varianten von vagen Gleichheitsvorstellungen begleitet wird.

Diese Tendenzen setzen sich jedoch historisch nicht durch. In den anthropologischen Konzepten der Zeit wird der Zivilisationsgrad eines Volkes nach seiner Fähigkeit zur dauerhaften Sicherung und Bewirtschaftung eines Territoriums, zur Schaffung einer institutionalisierten staatlichen Ordnung und der Höhe seiner (Schrift-)Kultur gemessen. Während in diesem Zeitraum etwa die Basken ihre »Identitätspolitik« durch die Schaffung einer eigenen Schriftsprache auf eine neue Ebene heben, existieren unter den Romvölkern keinerlei Bestrebungen in diese Richtung.

Die ebenfalls durch die Aufklärer angeregten wenigen, brachial durchgeführten Ansiedlungsprojekte, die eine »Anhebung« der Lebensweise der Romvölker auf das Niveau der europäischen Unterschichten und nicht eine gleichberechtigte Integration anstreben, scheitern aus unterschiedlichen Gründen. Zum Hauptgrund zählt der Versuch, die mündlich tradierte Sprache der »Zigeuner« auszulöschen, um auf diese Weise die Kommunikation mit den nomadisierenden Gruppen zu unterbinden. Aus der Sicht der philanthropischen Reformer bestehen die Romvölker die Zivilisationsprüfung nicht und erweisen sich ein weiteres Mal als kulturlos und entwicklungsunfähig. Danach setzt sich die Abwertung und Umdeutung des anthropologischen Wissens rasch durch.

Das gilt auch für die Sprache. Zwar sei sie den unsrigen verwandt, aber, wie es der deut-



Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti Europas (2012)

Foto: A. Gerhäuser /version

sche Philologe und Schriftsteller Gustav Freytag formuliert, eben nur »eine verkommene Tochter des vornehmen Sanskrit«. Und in ihrer indischen Heimat hätten sie allenfalls zur untersten Kaste der Unreinen und Unberührbaren gehört. Erneut gelten sie als *natio infamata*, als ehrloses, verachtungswürdiges Volk, das auf eine Stufe mit den »Hottentotten«, »Papuanegern« und »Feuerländern« gestellt wird, die die Anthropologie besonders tief platziert hatte.

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts weichen Fremdheit und Unvertrautheit einem wachsenden Wissen über Herkunft, Gebräuche, Sitten und die Sprache der Romvölker. Dieses von Ungenauigkeiten befreite Wissen vergrößert jedoch den Abstand, anstatt ihn zu verringern. Er hebt das Anderssein hervor und versucht, es auf fundamentale zivilisatorische Differenzen zurückzuführen. Die zivilisatorische Entwicklung wird nun am Abstand zu den Romvölkern gemessen.

Verklärende Zigeunerromantik

► Die Literatur der europäischen Romantik hat wie später die nachromantische Musik und Malerei zur Popularisierung des viel besungenen »lustigen Zigeunerlebens« beigetragen. Nikolaus Lenau's vielfach vertontes Gedicht »Die drei Zigeuner« (1838), dessen Protagonisten rauchend, schlafend und geigend in den Tag hinein leben, avancierte rasch zum Sinnbild ihrer Existenzweise. Die Romantiker haben die Ergebnisse der aufklärerischen Anthropologie und der historischen Sprach-

wissenschaft rezipiert und einige von ihnen sogar darum gerungen, sich das Romanes anzueignen, um den Objekten ihrer Sehnsüchte »auf freier Wildbahn« unbefangen begegnen und ihre Geheimnisse entschlüsseln zu können.

Motiviert durch ein eigenes Interesse an Archaik, an Volksmythologien, am Unheimlichen und Antibürgerlichen, haben sie in auffälliger Häufigkeit und großer Variationsbreite Zigeunerfiguren geschaffen. Zu den bekanntesten zählen Isabella von Ägypten in Achim von Arnims gleichnamiger Novelle (1812), Meg Merrilies in Walter Scotts Roman »Guy Mannerling oder: Der Sternendeuter« (1815), Semfira in Alexander Puschkins Poem »Die Zigeuner« (1827), Esmeralda in Victor Hugos »Der Glöckner von Notre-Dame« (1831) und Prosper Mérimées »Carmen« (1845). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts geht es um einen geheimnisvollen Raum, den die Zigeuner zu verbergen scheinen: eine unsichtbare Welt irgendwo draußen in der Natur oder im Inneren ihrer »schwarzen« Seelen – vielleicht auch um das verlorene Paradies der modernen Industriegesellschaft: eine Insel selbstbestimmten Lebens.

Es fällt nicht schwer, in dem Verhältnis von Realem und Imaginärem, Banalem und Wunderbarem und von Hässlichem und Schönerm eine Affinität zum künstlerischen Selbstverständnis romantischer Dichter zu sehen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts werden sich jene Künstler, die sich mit dem Zigeunerleben oder dem, was sie dafür halten, identifizieren, La Bohème oder Bohémiens nennen. Für ihre

idealisierende, verklärende Darstellung setzt sich schon bald der Begriff Zigeunerromantik durch. Die romantischen Schriftsteller nehmen ihre Zigeuner nicht mit in die moderne Gegenwart industrialisierter Nationalstaaten, sondern lassen sie in einer vormodernen Kulisse zurück wie Walter Scotts Figur Meg Merrilies in den Ruinen einer alten schottischen Buranlage.

Künstlerisch scheint dieser Widerspruch produktiv gewesen zu sein, denn die Romantik bewirkt den größten Schub der Ästhetisierung und Medialisierung der Zigeuner. Sie liefert in nahezu allen europäischen Kulturen eine Unzahl von Geschichten und Bildern einer archaischen, freien und manchmal gefährlichen und bedrohlichen Gruppe an den Rändern der modernen Disziplargesellschaft. Zigeuner werden im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem Gegenstand der Unterhaltung. Sie werden so inflationär »in Gebrauch genommen« und abgenutzt, dass die Trivialisierung der Bilder und Geschichten nicht ausbleibt. Begreift man diese Werke als Medien, so kommunizieren sie nicht das geringste Wissen über Romvölker, sondern immer etwas anderes. Zum Beispiel ist die Zigeunerromantik häufig ein Medium der Kommunikation über weibliche Erotik und Sexualität, über die man sonst nur in Andeutung reden darf oder schweigen muss.

Die Medialisierung befreit die Kunstwerke allerdings von aktuellen diskriminierenden Zuschreibungen. Erfolgreiche Stilisierung und Typisierung sind wichtiger als der Realitätsgehalt. Auf der einen Seite entstehen in diesem

Zusammenhang wenige eigensinnige Darstellungen von hohem ästhetischem Anspruch, auf der anderen Seite beherrscht eine banale pseudofolkloristische Zigeunerromantik mit dem ungarischen Geiger als männlicher und der andalusischen Flamencotänzerin als weiblicher Ikone bald das Feld. Die ständige Wiederholung produziert Erwartbares und erzeugt eine semantische Leere. Triviale Zigeunerromantik überschreibt die Lebenswirklichkeit der Romvölker bis zur Unkenntlichkeit. Nimmt man die Realität als Bezugspunkt, kann man die Zigeunerromantik als Ausdruck der Missachtung der Romvölker mit künstlerischen Mitteln betrachten.

Enteuropäisierung der Anderen

► Für die im 19. Jahrhundert aufblühende europäische Ethnologie stellen die Romvölker ein aufschlussreiches Untersuchungsobjekt dar. Eine nicht-literale Gemeinschaft, die sich den Modernisierungen erfolgreich widersetzt, erlaubt die Erprobung ethnographischer Methoden in unmittelbarer räumlicher Nähe. Die Aktivitäten der Amateurforscher und akademischen Wissenschaftler sind beträchtlich. Ein Verbund von »Zigeunerfreunden« in Europa entsteht, ein reger Austausch findet über Zeitschriften und Korrespondenzen statt. Den Höhepunkt bildet die Gründung einer Gesellschaft zur Erforschung der Lebensweise der Zigeuner, der englischen Gypsy Lore Society, die – bis heute – ein eigenes Jahrbuch herausgibt.

Ethnologen dokumentieren systematisch Zeugnisse materieller Kultur und zeichnen mündliche Erzähltraditionen wie Witze, Märchen und Sagen auf. In dieses Umfeld gehört die viel diskutierte Studie von Franz Liszt über Zigeunermusik und Zigeunervirtuosen. Die Reiseliteratur, in der das gesammelte Material literarisch ausgearbeitet wird, nimmt deutlich zu. Auch die Anzahl ethnographischer Fotografien steigt an. Die Ethnologie des 19. Jahrhunderts stuft den »Wert« der einzelnen Völker nach dem Grad ihrer sozialen Organisation ein: in aufsteigender Linie von der Familie über die Horde und den Stamm bis zu Volk, Nation und Staat. Im Übergang von der anthropologischen zur ethnologischen Betrachtung fallen die Romvölker von der Stufe »Volk« auf die niedrigere Stufe eines »Stamms« herab. Sie erscheinen nun als eine tribalistische Gesellschaft, nicht mehr als ein vormodernes, sondern als ein vorzivilisatorisches Naturvolk, das mit nordamerikanischen »Indianern« und Afrikanern verglichen wird. Die ethnologischen Beschreibungen legen sie wie die Anthropologie auf den Status elementarer, stationärer, das heißt entwicklungsunfähiger Gesellschaften fest, deren parasitäre Existenz die »Wirtsvölker« bedrohe.

Das ethnographische Wissen nimmt den Romvölkern einen Teil ihrer Fremdheit, selbst wenn es unzureichend und unzutreffend ist.

Die Distanz zu ihnen wird damit nicht verringert, denn der entscheidende Maßstab, der eigene, höher gewertete Zivilisationsgrad bleibt bestehen. Abschätzige Beurteilungen wie die folgende sind gängig und weit verbreitet: »Der Zigeuner besitzt ohne Zweifel einen hohen Grad natürlicher Verständigkeit und Gewandtheit; daher stammt seine Findigkeit und die List, mit welcher er seine Zwecke zu erreichen sucht. [...] Ehrlichkeit gilt eben nicht als die Glanzseite dieses Volkes, das man seit seinem ersten

Auftreten als lügenhaft und diebisch bezeichnet. [...] Freilich verrät er dabei zuweilen auch kindliche Naivität oder sucht durch Frechheit und Unverschämtheit zu imponieren. Überhaupt besitzt dieses Volk eine große Dosis von Hochmuth und Selbstüberschätzung.« (J.H. Schwicker: Die Zigeuner in Ungarn und Siebenbürgen. 1883).

Je mehr sich die Ethnographie elementaren Verrichtungen wie der Körperhygiene, den Heilverfahren und den Essgewohnheiten nähert, desto größer wird der Abstand zur eigenen Kultur. Diese Verrichtungen bilden das eigentliche Erprobungsfeld basaler ethnischer Fremdkonstruktionen. Mit den Zigeunern schafft die Ethnographie an der Peripherie der europäischen Hochkultur Randvölker, die sich mit dem zufrieden geben müssen, was die »Kulturvölker« ihnen überlassen. Noch sind dies nicht die Müllhalden, verseuchten Industriebrachen oder die nutzlosen Flächen unter Autobahnbrücken wie heute überall in Europa, sondern die unerschlossenen ländlichen Randgebiete, in die sie verdrängt werden sollen. Diese Phase der Wahrnehmung und Verortung möchte ich als zweite Enteuropäisierung – nach der ersten in der aufgeklärten Anthropologie – bezeichnen. Körper, Denken und Handeln der Romvölker werden hier so präsentiert, dass ihr Anderssein erneut eine fremde, bedrohliche Gestalt annimmt, für die es innerhalb Europas keinen Raum zum Leben geben darf. Die ethnische Säuberung findet vorerst auf dem Papier statt.

Rassismus und Biopolitik

► Mit den Rassentheorien verschwinden keineswegs die etablierten Vorstellungen über Zigeuner aus beinahe sechshundert Jahren aus dem Gedächtnis. Aber sie erfahren eine Neuordnung und Verschärfung bisheriger Entwertung und Verachtung. Diese Veränderungen vollziehen sich nicht in allen europäischen Ländern gleichermaßen. Ihr Zentrum ist unzweifelhaft Deutschland. Es gibt jedoch kaum ein westeuropäisches Land, das die polizeiliche und behördliche Verfolgung vor dem Hintergrund der neuen, biologisch argumentierenden Verbrechenstheorien nicht deutlich verschärfen würde.

Eliminatorische Imaginationen schlagen in eliminatorische politische Praxis um

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts rückt das Bild einer kriminellen Bande von Betrügnern, Dieben und Kinderräubern wieder stärker in den Vordergrund. Zigeuner gelten aus kriminalwissenschaftlicher Sicht als »geborene« Verbrecher, die ihre kriminellen Eigenschaften vererben. Als Ethnie insgesamt, nicht als einzelner Familienverband, werden sie zu den »Asozialen«, den »Gemeinschaftsunfähigen« und »Arbeitsscheuen« mit pathologischem Wandertrieb gezählt. Beide Sichtweisen werden wäh-

rend der Nazi Herrschaft miteinander verbunden und planmäßig zur Rechtfertigung der Massenvernichtung der Romvölker verbreitet. Es ist also nicht das Wissen über die Zigeuner, das bestimmte staatliche Gewaltmaßnahmen erforderlich erscheinen lässt, sondern umgekehrt ist nach 1933 die Macht vorhanden, ein bestimmtes Wissen in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen weitgehend durchzusetzen. Auch in anderen europäischen Ländern und in den USA gewinnen seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts rassebiologisch argumentierende Verbrechens- und Sozialtheorien an Einfluss.

Im Zuge dieses Prozesses rigider Überwachung, Verfolgung und Ausgrenzung, zu dem die Faszination an der Ursprünglichkeit und Natürlichkeit kein dauerhaftes Gegengewicht bildet, darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass erst der Rassismus mit seinem wissenschaftlichen Selbstverständnis und seine gewöhnlichen Verbreiter die eliminatorischen Phantasien in systematisches biopolitisches Handeln umsetzen. Dabei erlangt die alte Vorstellung, dass die Zigeuner Nicht-Europäer sind, wieder einen zentralen Stellenwert, obwohl sie nach einem halben Jahrtausend kontinuierlichen Aufenthalts keine Plausibilität mehr beanspruchen kann.

Die Geschichte der Romvölker im 20. Jahrhundert nimmt in Zentral- und Osteuropa die Gestalt unentrinnbaren Leidens an. Die Mehrzahl der Werke der Literatur hat sie in den Jahrzehnten vor dem Holocaust geschwätzig als Bedrohung erscheinen lassen: als eine Bedrohung der Familien, denen sie die Kinder rauben, des Eigentums, das sie stehlen, der Männer, die sie verderben und der Zivilisation, zu der sie unfähig sind. In der geschichtlichen Realität steht am Ende dieser Repräsentationen im Imaginären der Genozid.

► **Klaus-Michael Bogdal** ist Professor für Germanistische Literaturwissenschaft an der Universität Bielefeld. Sein Buch »Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung« (Suhkamp 2011) gilt bereits als Standardwerk. Der Beitrag beruht auf einem Artikel für das Internetmagazin *Eurozine*, dem wir für die Abdruckgenehmigung danken.



Ceija Stojka:
Arbeit aus dem Zyklus:
»Sogar der Tod hat Angst
vor Auschwitz«
Quelle: Reconsidering
Roma

Bis zum Völkermord

Antisemitismus und Antiziganismus

Anders als der Antisemitismus ist der Antiziganismus noch nicht intensiv erforscht worden. Dabei weisen beide Ideologien viele Ähnlichkeiten auf. Und sowohl an Juden als auch an Sinti und Roma ist während des Nationalsozialismus ein intendierter und rassistisch motivierter Völkermord begangen worden. Doch die Vergleichbarkeit der Ideologien und des Völkermordes ist in Forschung und Öffentlichkeit umstritten.

von **Wolfgang Wippermann**

► Der vermutlich vom Hamburger Journalisten Wilhelm Marr im Jahr 1878 erfundene Begriff des »Antisemitismus« bedeutet eigentlich anti-Semitismus, beziehungsweise anti-Semitentum. Doch das gibt es ebenso wenig wie »die Semiten.« Die nach einem Sohn Noahs so genannten Semiten sind kein Volk. Sie unterscheiden sich sowohl in ethnischer wie kultureller und religiöser Hinsicht voneinander. Nur ihre Sprachen weisen einige Gemeinsamkeiten auf. LinguistInnen sprechen daher von einer »semitischen Sprachfamilie.« Zu ihr gehören neben dem Hebräischen das Arabische, Aramäische und verschiedene weitere Sprachen, die im vorderasiatischen

Raum gesprochen wurden und zum Teil noch werden. Mit dem Hinweis auf diese semitische Sprachfamilie wurde die Existenz eines »Semitentums« oder gar einer »semitischen Rasse« konstruiert.

Die so konstruierte »semitische« wurde gleichzeitig von der »arischen Rasse« abgegrenzt, die wiederum mit dem Hinweis auf eine weitere Sprachfamilie konstruiert wurde: die indoeuropäische. Zur »indoeuropäischen Sprachfamilie« werden neben dem altindischen Sanskrit und dem modernen Hindi die in Europa gesprochenen germanischen, romanischen und slawischen Sprachen gezählt. Nicht zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehören das Baskische, Estnische, Finnische und Ungarische. Unnötig zu erwähnen ist, dass die Angehörigen dieser europäischen Sprachfamilien bis auf die christliche Religion kaum etwas miteinander gemein haben. Auf jeden Fall nicht die Zugehörigkeit zu einer »Rasse«.

Formen des Antisemitismus ...

► Insgesamt handelt es sich beim Begriff »Antisemitismus« um ein völlig falsches, ideologisches Konstrukt. Dennoch ist der Begriff von der internationalen Forschung übernommen und zur Bezeichnung der Judenfeindschaft verwandt worden. Sie besteht aus religiösen,

sozialen, politischen und rassistischen Feindbildern, Ideologien und Vorurteilen. Die ersten und bis heute wirkungsvollsten waren die religiösen, vor allem die christlichen. Der christliche Antisemitismus ist von Paulus und den Evangelisten (vor allem von Johannes) erfunden, von den Kirchenvätern, Päpsten und mittelalterlichen Theologen weiter entwickelt und vom Kirchenvolk geglaubt worden. Er besteht aus folgenden Elementen und Vorwürfen, die zum überwiegenden Teil bereits im Neuen Testament enthalten sind, das so etwas wie die 'Bibel des christlichen Antisemitismus' ist: »Die Juden« haben Jesus nicht als Messias anerkannt, sich gegen ihn verschworen und nach dem Leben getrachtet, um ihn schließlich zu ermorden, worauf sie auch noch stolz waren. Dennoch haben sie »verstockt« das Angebot der Bekehrung (Ölbaumgleichnis) nicht angenommen. Sie sind »Teufelskinder« (Johannes 8, 44), begehen weitere teuflische Taten wie Hostienschändung, Ritualmord und Brunnenvergiftung, weshalb man sie zum Teufel schicken kann, ja muss.

Der christliche Antisemitismus ist von Martin Luther nicht reformiert, sondern radikalisiert worden. Luther sah in den Juden nur noch »Teufelskinder« und »Wucherer«, weshalb er sie nicht bekehren, sondern entrechten, die Ausübung ihrer Religion verbieten, sie ihres Eigentums berauben, versklaven, vertreiben

Ceija Stojka und ihr Bruder Karl Stojka überlebten als Kinder einer österreichischen Rom-Familie mehrere Konzentrations- und Vernichtungslager. Karl Stojka hat seine Erinnerung an die Zeit im KZ mit expressivem Malgestus in dem Zyklus »Die zwölf Kreuzwege der Roma und Sinti« verarbeitet. Ceija hat die tägliche Angst vor Ermordung, Hunger und Trostlosigkeit in überwiegend schwarz-weißen Aquarellen festgehalten, insbesondere im Zyklus »Sogar der Tod hat Angst vor Auschwitz«.

und ermorden wollte. Der christliche Antisemitismus ist bis heute nicht ganz überwunden und nur unzureichend aufgearbeitet worden. Es handelt sich um einen ‚nicht bewältigten Antisemitismus‘.

Der soziale Antisemitismus besteht aus zwei Elementen, die sich noch dazu widersprechen. Wurde »den Juden« noch in der frühen Neuzeit vorgeworfen, zu arm und zu unangepasst zu sein, weshalb sie einer »bürgerlichen Verbesserung« (so der Preuße Christian Wilhelm Dohm 1781) zu unterwerfen seien, war es im 19. und 20. Jahrhundert genau umgekehrt. Jetzt wurde »den Juden« vorgeworfen, zu reich geworden zu sein und sich zu sehr der Mehrheitsgesellschaft angepasst zu haben.

Hinzu kam das, was man als politischen Antisemitismus bezeichnen kann: Die offene Bekämpfung der Jüdinnen und Juden, die mit antisemitischen Verschwörungsideologien begründet wurde. Sie basierten auf den »Protokollen der Weisen von Zion« und führten zur faschistischen Ideologie von der »jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung.« Mit ihr sowie mit dem Rassenantisemitismus wurde schließlich die Vernichtung der Jüdinnen und Juden begründet, die zu Angehörigen einer »minderwertigen« und zugleich gefährlichen »Rasse« gestempelt wurden.

Nach 1945 ist zum religiösen, sozialen, politischen (verschwörungsideologischen) und rassistischen Antisemitismus der »sekundäre Antisemitismus« gekommen. Er ist ein Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen des Holocaust – wird »den Juden« doch vorgeworfen, ihn für finanzielle und politische Zwecke instrumentalisiert zu haben. Schließlich ist auf den Antizionismus zu verweisen, der von einigen ForscherInnen und PublizistInnen als eine weitere Variante des Antisemitismus angesehen wird. Das ist jedoch umstritten, viele KritikerInnen Israels und des Zionismus weisen dies scharf zurück.

... und ihre Erforschung

► Die Antisemitismusforschung war lange Zeit eine Domäne der IdeenhistorikerInnen,



Karl Stojka: »Deutschland 1992« Quelle: Reconsidering Roma

welche die Herkunft, Verbreitung und Akzeptanz der religiösen, sozialen, politischen und rassistischen Ideologeme und Motive des Antisemitismus sowohl in der modernen wie vormodernen Zeit analysiert haben. SozialhistorikerInnen haben sich dagegen auf den so genannten modernen Antisemitismus konzentriert und ihn vom christlichen Antisemitismus beziehungsweise Antijudaismus differenziert, weil er erstmals rassistisch motiviert gewesen sei und eine Sündenbockfunktion in der ersten Krise des Kapitalismus (in den 1870er Jahren) gehabt haben soll.

KulturhistorikerInnen sehen im Antisemitismus einen sozio-kulturellen Code der Verhaltensweisen der bürgerlichen und modernen Gesellschaft und analysieren ihn mit Hilfe von Diskursanalysen, wobei das Geschriebene, Gesagte und Bebilderte im Kontext (zwischen den Zeilen) und von der Semantik getrennt gelesen und interpretiert wird. Biblische Begriffe wie »alttestamentarisch«, »Auge um Auge«, »auserwähltes Volk«, »talmudistisch«, Redewendungen wie »jüdische Hast« und Codes wie »Ausbluten«, »Heuschrecken«, »Krebsschaden«, »Mammonismus«, »Spekulanten« oder »Wallstreet« werden als Beweis für das Vorhandensein von antijüdischen Einstellungen und Vorurteilen interpretiert.

Fast alle Antisemitismusforscher sind nur Antisemitismusforscher. Sie verzichten meist auf einen Vergleich mit anderen Ideologien, Feindbildern und Vorurteilen. Doch kein Mensch ist nur Antisemit. Er hat meist auch

Vorurteile gegenüber den Angehörigen anderer Religionen, imaginierter »Rassen« und Gesellschaftssysteme. Es fehlen vergleichende Forschungen über Antisemitismus und Antikommunismus, Antisemitismus und Anti-Islamismus; Antisemitismus und Antislavismus. Zumindest eine Monographie gibt es aber über »Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich« (Wippermann 1997).

Der Begriff des Antiziganismus

► Der Begriff »Antiziganismus« ist sehr jung. Er wurde erst in den 1980er Jahren geprägt, hundert Jahre nach der Erfindung des Terminus Antisemitismus. Nachweisbar ist er zunächst in Frankreich. Das französische Wort »l'antitsiganisme« wurde dann ins deutsche »Antiziganismus« übersetzt. Übersetzungen in andere europäische Sprachen folgten. Im Englischen hat sich dagegen der Begriff »anti-gypsism« eingebürgert.

Der Begriff ist aus zwei Gründen problematisch. Einmal, weil Antiziganismus an die deutsche pejorative Fremdbezeichnung »Zigeuner« erinnert. Zum anderen, weil es gar keinen »Ziganismus« gibt. Die Angehörigen des Volkes der Roma verfügen zwar über eine gemeinsame Sprache – das Romanes – und Kultur, gehören aber unterschiedlichen Religionen an und leben als ethnische Minderheiten in unterschiedlichen Staaten. Ihr Minderheitenstatus ist aber längst nicht in allen Staaten anerkannt worden.

Überall waren und sind die Roma starken Anfeindungen ausgesetzt. Die Feindschaft gegenüber den Roma war und ist in allen europäischen Ländern weit verbreitet. Sie war so etwas wie der kulturelle Code europäischer Gesellschaften, der niemals hinterfragt, geschweige denn überwunden worden ist.

Zu diesem Zweck und Ziel ist der Begriff des Antiziganismus erfunden und von der gänzlich neuen Antiziganismus-Forschung übernommen worden. Bei ihr handelt es sich genau genommen um eine anti-Antiziganismus-Forschung, zielt sie doch auf eine Überwindung der Roma-feindlichen Feindbilder, Ideologien und Vorurteile ab, die (wie beim Antisemitismus) mit religiösen, sozialen, politischen und rassistischen Ideologemen und Motiven begründet wurden und werden.

Formen des Antiziganismus

► Religiös motiviert sind die folgenden Vorurteile und Vorurteile: Bei den »Zigeunern« handele es sich um Kinder und Kindeskind der in der Bibel erwähnten Brudermörder Kain. »Zigeuner« hätten die Heilige Familie auf ihrer Flucht nach Ägypten nicht beherbergt. »Zigeuner« hätten die Nägel für das Kreuz Christi geschmiedet oder den vierten Nagel gestohlen. Am wichtigsten und folgenreichsten (und zwar bis heute) war der Verdacht, die »Zigeuner« stünden mit dem Teufel im Bunde, von dem sie ihre angeblichen magischen Fähigkeiten gelernt und mit dem sie ihre angeblich schwarze Hautfarbe gemein hätten.

Sozial motiviert sind die offensichtlich unausrottbaren Vorurteile, wonach Roma nicht gezwungen, sondern freiwillig ständig herumzögen, (weshalb sie auch »Zigeuner« hießen, was von »Zieh-Gauner« abgeleitet wurde), sich dabei statt von ehrlicher Arbeit vom Stehlen und anderen Gaunereien ernähren würden – kurz eine »Zigeunerplage« oder zumindest eine »soziale Frage« darstellten.

Wenn diese angeblichen »asozialen« Eigenschaften der »Zigeuner« als erblich und »rassisch« bedingt angesehen werden (was schon im ausgehenden 18. Jahrhundert geschah), kann von Rassenantiziganismus gesprochen werden. Er war radikaler noch als der Rassenantisemitismus, wurden doch die »Zigeunermischlinge« als noch »minderwertiger« und »gefährlicher« angesehen als die »reinrassigen Zigeuner«, weil sie neben ihrem »zigeunerischen Blut« auch noch das von »Asozialen« und »Kriminellen« hätten, mit denen sich ihre Vorfahren nach der Meinung der »Zigeunerforscher« vermischt hätten. Obwohl all dies blanker Unsinn ist, wurde es dennoch oder sogar deshalb geglaubt. Meinten doch Kriminalbiologen nachgewiesen zu haben, dass »asoziale« und »kriminelle« Eigenschaften vererbbar seien.

Der Rassenantiziganismus besteht aus zwei Teilen. Zum anthropologischen kommt der soziale Rassismus. Darin unterscheidet er sich vom Rassenantisemitismus. Dennoch kann man sowohl den rassistischen wie den sozialen und religiösen Antiziganismus mit dem ebenfalls rassistisch, religiös und sozial motivierten Antisemitismus vergleichen. Einen bedeutenden Unterschied gibt es jedoch: Es fehlt ein Pendant zum »sekundären Antisemitismus.« Denn noch ist den Roma nicht vorgeworfen worden, den an ihnen begangenen Völkermord, der im Romanes als »Porrajmos« (das Verschlungene) bezeichnet wird, für finanzielle und politische Zwecke ausgenutzt und instrumentalisiert zu haben. Da die Roma bisher im Unterschied zu den Jüdinnen und Juden über keinen Staat und bisher nur über eine äußerst schwache Nationalbewegung verfügen, gibt es auch nichts, was man mit dem (Anti-)Zionismus vergleichen könnte.

Was zu erforschen wäre

► All das herauszufinden, wäre die Aufgabe der vergleichenden Antiziganismusforschung. Sie ist aber nur in Ansätzen entwickelt worden. Die kritische Antiziganismusforschung wird bislang von HistorikerInnen und GesellschaftswissenschaftlerInnen betrieben. HistorikerInnen haben vor allem die Genese und Funktion sowie die TrägerInnen und AdressatInnen der antiziganistischen Feindbilder, Ideologien und Vorurteile analysiert. Dies geschah nicht ausschließlich, aber vornehmlich in Deutschland. GesellschaftswissenschaftlerInnen konzentrieren sich auf den gegenwärtigen Antiziganismus als Ideologie und kulturellem Code in den gegenwärtigen Mehrheitsgesellschaften – wiederum vornehmlich in der deutschen. Hier dient die Ideologie des Antiziganismus der Begründung der Diskriminierung und Verfolgung der Roma. Als kultureller Code dient Antiziganismus sowohl der Verständigung der Mehrheitsgesellschaft untereinander als auch ihrer Abgrenzung von den verachteten und bewusst falsch als »Zigeuner« bezeichneten Roma. Folglich war und ist der Antiziganismus in allen sozialen Schichten, allen Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern in offensichtlich gleicher Weise anzutreffen. Nach den letzten Umfragen sind zwischen 64 (Allensbach) und 68 Prozent (Emnid) der deutschen Mehrheitsgesellschaft antiziganistisch eingestellt.

In inhaltlicher Sicht ist es zu leichten Veränderungen und Ergänzungen des Antiziganismus gekommen. Der Rassenantiziganismus wird heute weniger vertreten, zumindest öffentlich. Eine erstaunliche Konsistenz und weite Verbreitung weisen hingegen die sozialen Vorurteile gegenüber den Sinti und Roma auf. Hier hat sich kaum etwas verändert. Man weiß eben, dass »Zigeuner« ständig herumziehen-

de »Gauner« seien. Beispiele und Beweise für diese diskriminierende Sichtweise sind der täglichen Zeitungslektüre und den sonstigen Medien zu entnehmen. Keineswegs verschwunden, sondern ganz im Gegenteil immer noch weit verbreitet, ja geradezu radikalisiert ist der religiös motivierte Antiziganismus. Die »Zigeuner« gelten immer noch als irgendwie teuflisch und mit dem Teufel verbündet.

Die religiöse – genauer gesagt diabolische – Prägung des heutigen Antiziganismus ist meines Erachtens auch der Hauptgrund, dass sich trotz aller Versuche, den Antiziganismus zu bekämpfen, hierzulande so wenig getan und verändert hat. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft konstituiert sich nach wie vor durch die Abgrenzung von und die Feindschaft gegenüber den als »fremd«, »gefährlich«, »unheimlich« und »teuflisch« angesehenen Roma.

Die Bekämpfung des Antiziganismus muss daher bei der Mehrheitsgesellschaft und keineswegs bei der Minderheit der Roma ansetzen. Dabei sind die unterschiedlichen Varianten des Antiziganismus zu berücksichtigen. Es ist zu fragen, ob und wie sie in den einzelnen Mehrheitsgesellschaften und bei den verschiedenen sozialen Schichten und Altersgruppen in welcher Form vertreten sind. All dies ist bisher nicht oder kaum geschehen. Über die heutige Verbreitung des Antiziganismus und seine Ursachen wissen wir kaum etwas. Es fehlt an nahezu allem: An neueren wissenschaftlich vorbereiteten und ausgewerteten Umfragen, an Forschungsinstituten zur Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus und vor allem an der Verankerung des Themas in den Lehrplänen und der Lehrpraxis der Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Zum Weiterlesen:

- Wippermann, Wolfgang: Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit II. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung. Darstellung – Dokumente – Didaktische Hinweise, Frankfurt/M. 1986
- Wippermann, Wolfgang: Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland. Darstellung und Dokumente, Berlin 1993
- Wippermann, Wolfgang: »Wie die Zigeuner«. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997
- Wippermann, Wolfgang: »Wie mit den Juden«? Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma in Politik, Rechtsprechung und Wissenschaft, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung H. 15, 2000, S. 3-29
- Wippermann, Wolfgang: »Auserwählte Opfer«? Shohah und Porrajmos im Vergleich. Eine Kontroverse, Berlin 2005
- Wippermann, Wolfgang: Verweigerter Wiedergutmachung. Die Deutschen und der Völkermord an den Sinti und Roma, in: Standpunkte 14/2012

► **Wolfgang Wippermann** ist Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin und Verfasser zahlreicher Aufsätze und Bücher über Bonapartismus, Faschismus, Totalitarismus sowie Antisemitismus und Antiziganismus.



Fotos: A. Gerhäuser / version

Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti Europas (2012)

»Zu Sündenböcken gemacht«

Interview mit Romani Rose über die Aktualität des Antiziganismus

iz3w: Das »Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas« ist nicht zuletzt dank ihres langjährigen Einsatzes am 24. Oktober eingeweiht worden. Welches vorläufige Fazit ziehen Sie?

► **Romani Rose:** Wir sind mit der Entwicklung, die das Denkmal mit der Übergabe durch die Bundeskanzlerin und den Regierenden Bürgermeister ausgelöst hat, sehr zufrieden. Es wurde breit darüber berichtet, selbst international von der New York Times. Die Übergabe war ein Anstoß, sich mit diesem Kapitel europäischer Geschichte, dem Holocaust an den Sinti und Roma in den Jahren 1939 bis 45, verstärkt auseinanderzusetzen. Er war kein Anhängsel der Shoah, sondern hatte seine eigene Dimension und seine eigene Bürokratie in Bezug auf den Vernichtungswillen der Nazis gegenüber unserer Minderheit. Das Denkmal ist für uns aber auch Symbol der Verantwortung für die Gegenwart, dem Taten in Hinblick auf den aktuellen Antiziganismus und den verheerenden Rechtsterrorismus in Europa folgen müssen.

Die Einweihung war also ein Meilenstein?

► Ja, für unsere Minderheit natürlich. Gleichzeitig war sie ein positives und anerkennendes Signal, das die Bundesregierung ausgesendet hat. Sie bekennt sich auch zu diesem Teil der Geschichte und hat für dieses Denkmal nicht einen Ort ausgewählt, der irgendwo außerhalb Berlins liegt, sondern direkt im Herzen Berlins vor dem Hohen Haus des Bundestages und dem Brandenburger Tor.

Bundeskanzlerin Merkel sagte bei der Einweihung: »Menschlichkeit – das bedeutet Anteilnahme, die Fähigkeit und die Bereitschaft, auch mit den Augen des anderen zu sehen.« Sie verlor in ihrer Rede aber kein Wort über heutige humanitäre Verpflichtungen gegenüber Roma-Flüchtlingen oder über Abschiebungen aus Deutschland. Sind das nicht inhaltsleere Sonntagsreden?

► Zwischen Theoretischem und Praktischem besteht natürlich immer ein Unterschied. Aber ich glaube, dass die Bundeskanzlerin diese Aussagen in fester Überzeugung gemacht hat

und die Situation unserer Minderheit in Europa zur Kenntnis nimmt. In Osteuropa werden Teile der Minderheit ausgegrenzt. Sie leben in menschenunwürdigen Wohnsituationen, die für europäische Länder nicht akzeptabel sind. Man glaubt, man sei in Bangladesch, wo es keine Infrastruktur, keinen Strom, kein Wasser, keine Kanalisation gibt. Diese Menschen waren nach dem Wegfall des Eisernen

Vorhangs und dem Zusammenwachsen Europas die ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren. 86 Prozent waren davor in den jeweiligen Heimatländern in

Arbeit gewesen. Mit der Arbeit haben sie auch ihre Wohnungen verloren, wurden aus der Gesellschaft gedrängt. Dadurch sind unwürdige Ghettos entstanden, und das ist nicht zu akzeptieren.

Hinzu kommt ein erstarkender Rassismus, der sich wieder gegen Minderheiten richtet, gegen Sinti und Roma, und ein neuer Antisemitismus. Das sind Erfahrungen, die wir aus der Geschichte kennen. In Krisenzeiten be-

»Dieses Ignorieren gibt den Rechten Auftrieb«

kommen die Minderheiten die Schuldzuweisung. Wir sind schuld, dass es die Arbeitslosigkeit gibt, den wirtschaftlichen Niedergang und wir sind natürlich auch an der Kriminalität schuld. Und damit haben Gesellschaft und Politik einen Sündenbock, den sie absondern können. Aber das entspricht nicht den Werten, die wir uns nach der Erfahrung des Nationalsozialismus aufgebaut haben, die uns 70 Jahre Frieden in Europa beschert haben, an denen wir auch in Zukunft festhalten sollten. Hier stehen nicht nur jeder Einzelne und die Zivilgesellschaft in der Pflicht, sondern auch die Bundesregierung und die anderen Regierungen Europas.

Diese Einschätzung ist nicht unbedingt mehrheitsfähig, auch in der Politik nicht. Der deutsche Innenminister Hans Peter Friedrich hat jüngst in Bezug auf Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien gesagt: »Das ist ein Ausnutzen des Systems und ich nenne es Missbrauch«.

► Jede Form von Missbrauch darf nicht geduldet werden. Nur, wenn man ‚Asylmissbrauch‘ zum Merkmal einer Minderheit macht, dann ist das mehr als eine Diskriminierung, dann ist das gefährlich vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der NSU, als Menschen rechtsextremer Gewalt ausgesetzt waren. Diese Täter glauben, Abhilfe schaffen zu müssen gegen Missstände, die die demokratische Politik wieder Minderheiten zuschiebt. Umgekehrt müssen jetzt endlich die Lebensbedingungen von Roma in diesen Ländern durch Strukturprogramme verbessert werden, die Voraussetzung sind für gleichberechtigten gesellschaftlichen Zugang der Minderheit. Hier ist die Bundesregierung aufgefordert, durch Partnerschaftsprogramme mit den jeweiligen Ländern und in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union eine aktive Rolle zu übernehmen. Wir verurteilen populistische Stimmungsmache. In einem Rechtsstaat hat sich nur der Einzelne für sein Fehlverhalten zu verantworten. Es darf keine kollektiven Zuordnungen zu Religionsgemeinschaften, Volksgruppen oder Geschlechtern geben.

Das ist allerdings offensichtlich der Fall. Es gibt laut Meinungsumfragen bei 60 bis 70 Prozent der mehrheitsdeutschen Bevölkerung ein stark verankertes Ressentiment gegenüber der Gruppe, die als »Zigeuner« tituliert wird.

► In einer Image-Umfrage von 2005 lehnten 68 Prozent der Bevölkerung Sinti und Roma als Nachbarn und Arbeitskollegen ab. Das sind meistens Leute, die gar nicht wissen, dass sie Nachbarn oder Arbeitskollegen haben, die Angehörige der Minderheit sind, aber ihre Zugehörigkeit nicht nach außen hin bekennen, aufgrund von Klischees und Vorurteilen. Die Zahlen sind rückläufig, es sind aktuell 58

Prozent. Natürlich bin ich damit keineswegs zufrieden. Es gab in Bezug auf unsere Minderheit über Jahrzehnte viele Versäumnisse. Sinti und Roma wurden stigmatisiert selbst an Orten, wo sie gar nicht existent waren. Die Vorurteile eilten voraus, weil sie tief in der europäischen Gesellschaft verankert sind. Das ist genau so wie der Antisemitismus: Der ist selbst dort vorhanden, wo es gar keine Juden gibt, weil diesen beiden Minderheiten in der europäischen Geschichte immer die Sündenbockfunktion zugeordnet wurde.

Bei der Einweihung des Denkmals sagte Zoni Weisz, ein Überlebender des Holocaust, die Gesellschaft habe »fast nichts gelernt aus den nationalsozialistischen Verbrechen«. Teilen Sie seine Einschätzung?

► Ja. Die menschenverachtende Ideologie der Nazis wird heute wieder von Parteien getragen, die sich in Ungarn Jobbik nennen, in Frankreich ist es Le Pen, in Italien Lega Nord, in Deutschland die NPD, und so weiter. Das sind Vertreter dieser faschistischen Ideologie, die Europa und auch Deutschland in den Abgrund gerissen hat. Wer sich daran erinnert, der muss aufstehen gegen über diesen Parteien. Der darf nicht zulassen, dass diese Ideologie nur einen Fußbreit unseres demokratischen Rechtsstaats erobert. Ich verstehe die deutsche Politik nicht, wenn es in Ostdeutschland bestimmte No Go-Areas gibt, die akzeptiert werden. Dieses Ignorieren gibt den Rechten Auftrieb.

Gibt es so etwas wie einen ‚neuen Antiziganismus‘, der weniger auf Geschichtliches rekurriert als auf Asylsuchende aus Südosteuropa? Analog zum neuen Antisemitismus, der sich ja auch weniger auf die nationalsozialistische Verfolgung und den alten Antisemitismus bezieht, sondern auf den Israel-Palästina-Konflikt?

► Der Antisemitismus hat eine sehr lange Geschichte, genau so wie der Antiziganismus. Diese Formen von Klischeebildern sind immer in der europäischen Gesellschaft abrufbar und mit gegenwärtigen Problemen assoziierbar, im Falle unserer Minderheit wieder mit Asyl. Es ist sehr einfach, eine Minderheit in den Fokus zu rücken, die nicht über einen eigenen Staat verfügt, der in der UNO, in der Weltgemeinschaft gegen den Rassismus intervenieren kann.

Unsere Minderheit wird von Seiten der Europäischen Union in Europa auf 10 bis 12 Millionen Menschen geschätzt, innerhalb der Europäischen Union leben etwa 7 Millionen. Wir leben in Deutschland seit fast 700 Jahren. Wir sind Bürger dieses Staates. Dieser Staat ist auch unser Staat. Wir sind genau so betroffen von Entwicklungen, die sich in unserem Land abzeichnen, wie Arbeitslosigkeit, Ängs-

te in Bezug auf zukünftige Entwicklungen, ob unser Staat die nächsten zwanzig Jahre bewältigt, mit den Schwierigkeiten, die wir hinsichtlich unserer Demokratie haben. Denken Sie an die rechtsterroristische NSU. Die hat über zehn Jahre ein Netz von Sympathisanten aufgebaut – vor den Augen der Sicherheitsbehörden. Da müssen wir Aufklärung betreiben und diesen Skandal lückenlos aufdecken. Er hat unsere Demokratie erschüttert, er hat Vertrauen kaputt gemacht.

Der Zentralrat der Juden hat bei der Erinnerungs- und Vergangenheitspolitik sehr ähnliche Positionen wie Sie. Gibt es Bereiche, wo sie andere Positionen haben?

► Der Zentralrat der Juden, insbesondere Herr Bubis, hat mich sehr unterstützt in Bezug auf die Erinnerungskultur. Bubis ist für das Denkmal stark eingetreten, und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat von vielen jüdischen Persönlichkeiten Unterstützung bekommen. Gemeinsam ist uns, dass wir unsere Geschichte kennen. Ich meine nicht nur die von 1933 bis 1945, auch die davor und danach.

Bubis war ein sehr verdienstvoller Vorsitzender des Zentralrats der Juden. Er wurde dennoch sehr angefeindet, Stichwort Walser-Debatte. Bubis war an seinem Lebensende enttäuscht, er hatte fast schon resigniert. Erleben Sie ähnliche Anfeindungen wie Bubis?

► Nun, die Hoffnung stirbt zuletzt. Das gilt auch für mich. Ich hoffe, dass es nie zu ernsthaften Anfeindungen kommt, denn das würde bedeuten, dass wir wirklich nicht aus der Geschichte gelernt haben.

Bekommen Sie keine Hass-E-mails?

► Natürlich. Aber man erfährt auch positiven Zuspruch. Wir haben in Deutschland ein großes zivilgesellschaftliches Engagement. Die Politik braucht Anstöße. Das Denkmal in Berlin macht dem Parlament deutlich, dass deutsche Politik eben auch eine Politik der Verantwortung sein muss. Es kann nicht sein, dass wir Politikern aus europäischen Mitgliedsstaaten den roten Teppich ausbreiten, wenn sie gleichzeitig populistische und rassistische Sprüche gegenüber der Minderheit in die Öffentlichkeit tragen. Damit tragen sie Verantwortung für die Gewalt, die sich in verschiedenen Ländern Europas zeigt und der wir entschlossen entgegen treten müssen.

► **Romani Oskar Rose**, geboren 1946 in Heidelberg, ist seit 1982 Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma. 13 Mitglieder seiner Familie wurden in Konzentrationslagern ermordet. Sein Vater Vinzenz Rose war in den 1970er Jahren einer der ersten Roma-/Sinti-Bürgerrechtsaktivisten.

Das Interview führte Christian Stock, Mitarbeiter des iz3w.

Inszenierte Wildheit

Antiziganismus im geschlechterspezifischen Kontext

»Die Zigeunerin« ist die weibliche Ausführung des Stereotyps vom »Zigeuner«. Mehr noch: In der Zuschreibung von Eigenschaften wie »Zügellosigkeit« oder »Naturhaftigkeit« wird eine noch größere Ferne zur Norm konstruiert, als es bei der männlichen Variante der Fall ist.

von Felia Eisenmann

► ‚Gut!‘ sagte ich zu mir: ‚Vorige Woche habe ich mit einem Straßenräuber zu Abend gespeist; gehen wir heute mit einer Dienerin des Teufels Eis essen!‘. Dies sind die Worte des Protagonisten aus der Novelle »Carmen« von Prosper Mérimée (1847), als er erfährt, dass seine Angebetete eine »Zigeunerin« ist. Mérimées Werk ist zweifelsohne ein Beispiel dafür, dass mit »Zigeunerinnen« bestimmte Bilder und Projektionen verbunden sind. Durch die Aussage wird deutlich, dass Carmen sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch ihrer ethnischen Zugehörigkeit abgewertet wird. Wie sind diese Abwertungen miteinander verwoben? Wie stellt sich die Doppelkonstruktion von Ethnie und Geschlecht dar und welche Wirkungen entfaltet sie?

Geschlecht & Stereotyp

► Bereits das Wort »Zigeuner« bezeichnet keine Volksgruppe, sondern steht für Bilder und Vorurteile, die Sinti, Roma und anderen Gruppen zugeschrieben werden. Durch diese Zuschreibungen werden Betroffene als eine minderwertige Gruppe konstruiert. Antiziganismus meint den Rassismus und die Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma.¹ Der damit verbundene kritische Ansatz sieht die Ursachen des Antiziganismus in den sozialen und ideologischen Verhältnissen der Mehrheitsgesellschaften und nicht in den vermeintlichen Eigenschaften von »Zigeunern« begründet. Es gibt wenig bis keine schriftlichen Überlieferungen von Roma und Sinti selbst. Es wurde also stets aus einer hegemonialen Sicht über Roma und Sinti geschrieben und dabei wurden entsprechende antiziganistische Bilder entworfen und Ressentiments erhalten, die sich je nach Geschlecht unterscheiden.²

Es gibt geschlechterspezifische Stereotypen und Vorurteile über die »Zigeunerinnen«. Das deutlichste Stereotyp betrifft ihre Körperlichkeit und Sexualität. Ihre Erotik zeigt »die »Zigeunerin« durch öffentliches Tanzen und

verführerisches Auftreten. Die Schönheit der »Zigeunerinnen« wurde oftmals ambivalent dargestellt, zum Beispiel in der oben zitierten Novelle »Carmen«. Im Roman »Der Waldbrunnen« von Adalbert Stifter wird eine »Zigeunerin« als »edles Tier« und »als zu begehrendes Wesen« beschrieben. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es im Zusammenhang mit »Zigeunerinnen« keine Tabus gibt, sondern offen über deren Sexualität gesprochen werden darf. Vor allem ihre dargestellte Körperinszenierung und ihr scheinbar selbstbestimmtes Begehren wird als Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung empfunden. Die Figur der Carmen, die ihre Sexualität selbstbestimmt lebt, steht im Gegensatz zur ehelichen Monogamie. Ihr fehlt außerdem die bürgerlich-christliche Moral. Bei Carmen steht »männliches« Besitzdenken dem »weiblichen« Freiheitsdrang gegenüber. Die Liebe bleibt im »Zigeunerdiskurs« auf körperliche Liebe beschränkt und das Weibliche wird als Wildheit dämonisiert. Zu einer engen emotionalen Beziehung seien »Zigeunerinnen« nicht fähig, behauptet das Stereotyp.

Zwei weitere Beispiele für das unterstellte nonkonforme Verhalten sind das Bild der »magischen Zigeunerin« und der »klauenden Zigeunerin«. Bereits in der frühen Neuzeit wurden »Zigeunerinnen« magische Fähigkeiten und eine heidnische Religiosität zugeschrieben. Die klauende »Zigeunerin« tauchte in Schriften des 18. Jahrhunderts, beispielsweise im Standardwerk über die »Zigeuner« des Historikers Heinrich Moritz Grellmann auf. Demnach verdienen »Zigeunerinnen« durch Stehlen den Lebensunterhalt der Familie. Ihre Männer hindern sie keineswegs daran, ihnen wird vielmehr »die Beute« zugetragen. Auch in der Gegenwart sind solche Bilder wirkungsmächtig. Heute findet man beispielsweise die magische »Zigeunerin« auf

Jahrmärkten als Wahrsagerin oder im klimpernden Kostüm auf Faschingpartys.

Doing gender, doing gypsy

► Mit dem Begriff Ethnizität beschreibt die Religionswissenschaftlerin Raphaela Eulberg, wie die Differenz zwischen Kulturen genutzt wird, um Gemeinschaft zu stiften. Durch Selbst- und Fremdzuschreibungen haben diese Unterschiede besondere Konsequenzen in der sozialen Realität. Gruppen von Menschen erhalten eine Vorstellung von gemeinsamer Herkunft und entwickeln eine kollektive Identität. Dabei werden auch ethnische Minderheiten und Mehrheiten konstruiert. Diese Konstruktion ist ebenfalls dafür anfällig, Hierarchien zwischen diesen Gruppen zu schaffen, auch innerhalb eines Nationalstaats. Die Konstruktion des sozialen Geschlechtes (Gender) wird bei Eulberg entsprechend als eine durch die gesellschaftliche Situation erzeugte Unterscheidung zwischen Männern und Frauen betrachtet.

Bei der Konstruktion der »Zigeunerin« kommen diese zwei Dimensionen sozialer Differenz zusammen: Ethnie und Geschlecht. Ein Unterschied besteht jedoch bei der jeweiligen Identitätskonstruktion. Die Geschlechterdifferenz ist binär, ethnische Identitäten sind vielfältig.

Die Lebensweise der »Zigeuner« kann als Gegenbild zur bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden. Nimmt man als Kategorien dieser Gesellschaft das dichotome Geschlechterverhältnis, territoriale Nationalstaaten und die kapitalistische Ökonomie, so verkörpert der »Zigeuner« das genaue Gegenteil. Das sexuell und ökonomisch disziplinierte bürgerliche Subjekt spaltet unerwünschte Wesenszüge ab und dämonisiert sie zum Beispiel als Zügellosigkeit. Diese Anteile werden dann auf »Zigeuner« projiziert. »Doing gypsy« nennt Eulberg dieses Konstrukt, um die Nähe zum »doing gender«, der sozialen Konstruktion von Geschlecht, aufzuzeigen.

So behauptete bereits Heinrich Moritz Grellmann, dass »Zigeuner« gegen die gesellschaftlich normierten Verhaltensweisen der Geschlechter verstoßen. Innerhalb der bipolaren Geschlechtermatrix ordnet sich die

Der »Zigeunerin« fehlt die bürgerlich-christliche Moral



Das Roma-Mädchen Crystal auf einer Zeitreise in das 16. Jahrhundert. Szene aus dem Theaterstück »Crystal's Vardo« von Suzanna King

Foto: S. King

»Zigeunerin« nicht klar ein. Beispielsweise hält sie sich nicht an eine geschlechtsspezifische Kleiderordnung und Verhaltensweise. Es gibt sowohl das Bild der hosentragenden und rauchenden »Zigeunerin« und der verführerisch tanzenden »Zigeunerin« im weiten Rock. Damit entspricht sie dem männlichen und/oder dem weiblichen Geschlechterstereotyp. In der vermeintlich matriarchalischen Gesellschaftsordnung der »Zigeuner« bleiben Frauen nicht im verborgenen, häuslichen Sektor, wie es vom patriarchalischen Rollenverständnis erwartet wird.

Naturnahe Unreinheit

► Für Rafaela Eulberg finden sich auch Parallelen zwischen der Konstruktion einer weiblichen Identität und einer spezifischen Zigeuneridentität. Frauen und »Zigeunern« wird gleichermaßen Naturnähe zugeschrieben, beide gelten als schmutzig. So werden Frauen gerade in der Phase ihrer Menstruation als »unrein« angesehen und ein Ekel vor weiblichen Körperflüssigkeiten ist nicht selten. Zudem werden sowohl Frauen als auch »Zigeunern« Emotionalität, Irrationalität und übersinnliche Kräfte zugeschrieben.

Heute findet man die magische »Zigeunerin« auf Faschingpartys

Die Sozialwissenschaftlerin Elizabeta Jonuz schreibt über Roma-Frauen: »Sie wurden als Angehörige ihres Volkes verfolgt, fielen der Hexenverfolgung zum Opfer und galten als sexuell attraktive Frauen, wodurch sie sowohl für den Nichtromamann als auch für dessen Frau eine Bedrohung darstellten«. Eine geschichtliche Aufarbeitung der Verfolgung von Sinti und Roma ist somit auch aus geschlechtspolitischer Perspektive vonnöten, so Jonuz: »Eine genauere historische Erforschung der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gegenüber meinem Volk und besonders gegenüber Romafrauen steht bislang zum größten Teil noch aus«.

Können die Ansätze des »doing gender« und »doing gypsy« helfen, antiziganistische Ressentiments zu entlarven? Solange die Popsängerin Shakira weiter fröhlich trällert »Cause I'm a gypsy, are you coming with me? I might steal your clothes and wear them if they fit me. Never made agreements just like a gypsy«, bleibt auf jeden Fall noch einiges zu tun. Nur wenn die perfide Logik hinter solchen Konstruktionen verstanden wird, ist es auch möglich, gegen die daraus resultierende Diskriminierung vorzugehen.

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden wird »Zigeuner« dennoch verwendet und in Anführungszeichen gesetzt, weil das Wort nicht für eine Volksgruppe, sondern für die mit ihm verbundenen Klischees und Vorurteile steht. Es wird bewusst die männliche Pluralform verwendet, weil es absurd wäre, eine diskriminierende Konstruktion geschlechtergerecht zu formulieren.
- 2 Es gibt bisher sehr wenige wissenschaftliche Veröffentlichungen, die sich mit den geschlechtsspezifischen Aspekten des Antiziganismus beschäftigen (siehe Literaturhinweise).

Literatur

- Eulberg, Rafaela (2009): Doing Gender and Doing Gypsy. Zum Verhältnis der Konstruktion von Geschlecht und Ethnie, in End, Markus u.a. (Hrsg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster: 41-66
- Jonuz, Elizabeta (1996): Romnja – »rassig« und »rassisch minderwertig«, in Fuchs, Brigitte u.a. (Hrsg.): Rassismen&Feminismen. Differenzen Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien: 171-179
- Wippermann, Wolfgang (2000): Doch allermeist die Weiber. Antiziganismus in geschlechtergeschichtlicher Sicht, in: Kramer, Helgard (Hrsg.): Die Gegenwart der NS-Vergangenheit. Berlin: 278-295

► Felia Eisenmann ist Sozialarbeiterin und studiert Gender Studies an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.



NOT ALLOWED IN:

Shop for knitting and textile goods –
Brno, Czech Republic,
Disco Alfa – Plzeň, Czech Republic,
Diablo dance club – Ostrava, Czech Republic,
Restaurant Sport – Náchod, Czech Republic,
Misicland Imperium – Louny, Czech Republic,
Taxi – Prague, Czech Republic.

Als Kollektiv definiert

Risiken und Nebenwirkungen einer Aufklärungspädagogik gegen Antiziganismus

Mit Aufklärung und Wissensvermittlung will die deutsche Bildungspolitik nun endlich auch gegen Antiziganismus vorgehen. Doch wo in guter Absicht verallgemeinernde Aussagen über kollektive Diskriminierungserfahrungen gemacht werden, besteht die Gefahr, Vorurteile ungewollt zu festigen. Aufgeklärte Bildungskonzepte müssen sich der Fallen bewusst sein, die eine Anti-Vorurteilspädagogik birgt.

von **Albert Scherr**

► Ablehnende Einstellungen gegen Sinti und Roma sind in Europa und auch in Deutschland verbreitet. Umfragen aus den 1990er Jahren stellten ablehnende Haltungen bei zirka 60 Prozent der Bevölkerung fest. Nach aktuellen Daten des GMF-Survey (Heitmeyer 2012: 39) stimmen 44,2 Prozent der Befragten der Aussage zu »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität«. Gut 40 Prozent äußern, dass sie Probleme damit hätten, »wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten«. Und 27,7 Prozent bejahen die Forderung »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden«. Solche Zahlen verweisen auf die Tradierung von Diskursen und Vorurteilen, die gewöhnlich latent bleiben, aber jederzeit abgerufen werden können. Dies zeigt sich gegenwärtig exemplarisch an den Konflikten, welche die Zuwanderung bulgarischer Roma in die Dortmunder Nordstadt ausgelöst haben: Die – keineswegs unproblematischen – Überlebensstrategien von Roma führten dort, wie auch in anderen Städten, zu lokalen Konflik-

ten, in denen massive antiziganistische Ressentiments offenkundig wurden. (siehe www.faz.net/aktuell/feuilleton/einwanderer-in-dortmund-nordstadt-11732954.html)

Die erhebliche Verbreitung antiziganistischer Ressentiments ist durch empirische Studien wiederholt nachgewiesen worden. Gleichzeitig ist die Entwicklung einer Strategie gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma erklärtes Programm der Europäischen Union. Hierin ist auch ein Versuch zu sehen, die Ursachen für die verstärkte Wanderung von Roma innerhalb der EU von Ost- nach Westeuropa zu verringern. Die Ziele der EU werden seitens der Bundesregierung zwar befürwortet, die Etablierung einer eigenständigen nationalen Strategie zur Integration von Sinti und Roma wird jedoch abgelehnt (Bundesregierung 2011).

Vor diesem Hintergrund wird die Auseinandersetzung mit Antiziganismus inzwischen auch als eine Aufgabe für die politische Bildung gesehen. Deutlich wird dies etwa in der Forderung des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, »eine große Allianz gegen Antiziganismus und Ausgrenzung aufzubauen« (Krüger 2011) sowie in der Herausgabe eines Schwerpunktheftes »Sinti und Roma« der einflussreichen Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Nr. 22-23/2011). Auch in den Bildungsaktivitäten von Roma-Verbänden zeichnet sich dies ab.

Fatale Auslassungen

► Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma wird in Geschichtsbüchern für die schulische Bildung – wenn überhaupt – nur am Rande thematisiert (Stachwitz 2006). Auch in der interkulturellen und rassismuskri-

tischen Bildungsarbeit war und ist die Auseinandersetzung mit Antiziganismus bislang recht randständig. Eine eigenständige Diskussion zu der Frage, was die spezifischen Ausgangsbedingungen, Ansatzpunkte und Schwierigkeiten einschlägiger Bildungskonzepte zum Thema Antiziganismus sind, kommt erst allmählich in Gang (Hamburger 1998; Luttmer 2009; Alte Feuerwache/Jugendbildungsstätte 2012). Eine solche Diskussion ist jedoch aus folgenden Gründen nicht verzichtbar:

Erstens gilt – nicht nur, aber auch im Hinblick auf Antiziganismus – dass die gute Absicht, gegen Vorurteile durch Aufklärung wirksam zu werden, keineswegs den Erfolg entsprechender Bemühungen garantiert. Vielmehr stehen alle Varianten einer Anti-Vorurteils-Pädagogik vor dem Dilemma, dass sie zunächst einmal Vorurteile zur Sprache bringen oder aber überhaupt erst das Wissen über Vorurteile zugänglich machen müssen, um dann in einem zweiten Schritt aufzuzeigen, dass und warum es sich um Vorurteile handelt, die sachlich falsch, moralisch verwerflich und deshalb abzulehnen sind. Entsprechend lernt man beim Lesen einschlägiger Bildungsmaterialien immer auch, was die abzulehnenden Vorurteile sind – auch dadurch werden diese weiter tradiert. Riskant ist das insbesondere dann, wenn antiziganistische Bildungsarbeit in Form kurzzeitpädagogischer Impulse erfolgt und nicht sichergestellt werden kann, dass eine hinreichende Auseinandersetzung mit den angesprochenen Stereotypen folgt, die dazu befähigt, deren Entstehung und Funktion zu durchschauen und sie dann auch aufzulösen. Diese Problematik wird in neueren Bildungskonzepten durchaus reflektiert (End 2012). Gleichwohl erweist es sich als schwierig, Vor-



»Miss Roma« – Video von Tamara Moyzes (CZ 2007). Jana Buchlova ist »Miss Roma« der Tschechischen Republik 2006. Sie wurde aufgrund ihrer Hautfarbe bei zahlreichen Orten im öffentlichen Raum nicht eingelassen:

Geschäfte, Restaurants, Discos etc. Das Video stellt die ironische Frage, ob der bloße Akt des »Farbwechsels« von dunkel zu weiß die Akzeptanz der Roma durch die Mehrheitsgesellschaft ermöglichen würde.

urteile mit realitätsgerechten Aussagen über ,die Sinti und Roma‘ zu kontrastieren. Denn jede seriöse wissenschaftliche Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass ,Sinti und Roma‘ ein Etikett für eine intern sozial und kulturell sehr heterogene Population ist, zu deren Lebenssituation, alltäglicher Lebensführung und Selbstverständnis in Deutschland zudem nur wenige verlässliche Studien vorliegen (Koch 2010). Folglich stellt sich die Frage, wie es in der politischen Bildung gelingen kann, aus dem Tradierungsprozess des Stereotyps auszusteigen, Sinti und Roma seien eine von der Mehrheitsbevölkerung ethnisch und kulturell unterschiedene, in sich sozial homogene und nach außen abgeschlossene Gruppe.

Notwendig wäre es dazu, sich mit den historischen Prozessen auseinanderzusetzen, in denen die soziale Kategorie der Nicht-Sesshaften ethnisch und später rassistisch aufgeladen wurde (siehe dazu den Beitrag von Klaus-Michael Bogdal in diesem Heft). In der Bildungsarbeit kann zudem nicht darauf verzichtet werden, die unterschiedlichen Versuche der Konstruktion einer gemeinsamen ethnischen Identität zu thematisieren, ihre Anlässe und ihre Funktionen (Koch 2005; Koch 2010) – und zwar seitens der Mehrheitsgesellschaft als auch durch Minderheitenangehörige und -organisationen. Es muss dabei um die politische, soziale und identitäre Bedeutung dieser Konstruktionen gehen sowie um die Konfliktlinien, die aus Unterschieden der Staatsangehörigkeit und des Aufenthaltsstatus, des Bildungsniveaus und der sozioökonomischen Lage resultieren.

Ein wichtiger Grundsatz für die antiziganistische Bildungsarbeit wäre entsprechend die Einsicht, dass sich jede verallgemeinernde Rede über Eigenschaften ,der Sinti und Roma‘ verbietet und es nicht ausreichend ist, das negative Etikett ,Zigeuner‘ durch das neutra-

lere ,Sinti und Roma‘ zu ersetzen. Eine Alternative hierzu kann nur sein, sich differenziert mit den sozialen Situationen Einzelner sowie von Familien und sozialen Gruppen auseinanderzusetzen, die als Sinti und Roma wahrgenommen werden und/oder sich als Sinti und Roma definieren.

Keine Plagiate

► Zweitens ist eine eigenständige Fachdiskussion zur Bildungsarbeit gegen Antiziganismus erforderlich, weil gängige Konzepte der interkulturellen, antirassistischen oder anti-antisemitischen Bildungsarbeit nicht umstandslos auf den Themenbereich ,Sinti und Roma‘ übertragbar sind. Um dies zu verdeutlichen: Antirassistische Bildungsarbeit geht davon aus, dass es keine Rassen gibt, sondern Rassenkonstruktionen selbst Bestandteil des Rassismus sind. Entsprechend besteht ein grundlegendes Lernziel rassismuskritischer Bildungsarbeit in der Einsicht, dass körperliche Unterschiede nicht eindeutig abgrenzbaren biologischen Menschengruppen entsprechen, und dass es keinen

Zusammenhang von biologischen Unterschieden zu psychischen Merkmalen und sozialen Verhältnissen gibt.

Rassismuskritik hat ihren Fokus in der Dekonstruktion der Rassenkategorie und der Kritik rassistischer

Legitimationen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die soziale Konstruktion der ,Zigeuner‘ nimmt aber nicht zentral auf biologisch-rassistische Argumente Bezug. Es handelt sich gegenwärtig im Kern um die ethnisierende Konstruktion einer durch Abstammung und gemeinsame Kultur gekennzeichneten Minderheit. Trotz aller berechtigten notwendigen Kritik ethnisierender Konstruktion als Kulturrassismus, lässt sich der Verweis auf die Bedeutung kultureller Diffe-

renzen jedoch nicht in gleicher Weise dekonstruieren wie der Verweis auf biologische Rassenkonstruktionen. Zwar kann mit guten Gründen argumentiert werden, dass die gängige Metapher der kulturellen Prägung ebenso unzutreffend ist wie die Vorstellung von in sich homogenen und abgeschlossenen Kulturen. Gezeigt werden kann auch, dass kulturelle Differenzen nicht als Ursache von Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung verstanden werden können. Gleichwohl sind kulturelle Differenzen nicht umfassend bedeutungslos und nicht als bloße ideologische Konstrukte zu begreifen, da sie ein relevanter Bezugspunkt des Selbstverständnisses und der ethnisierenden Identitätskonstruktionen sozialer Gruppen und als solche folgenreich sind (Scherr 2000).

Insofern scheint es gute Gründe für eine antiziganistische Bildungsarbeit zu geben, die darauf hinwirkt, historische und gegenwärtige Diskriminierungserfahrungen zu verstehen und darin begründete ethnisch-kulturelle Unterschiede zu akzeptieren. Allerdings fällt es einer solchen Perspektive sehr schwer, der Falle ethnisierender Gruppenkonstruktionen zu entkommen. Diese Falle besteht darin, dass sie ein gruppistisches Gesellschafts- und Menschenbild auch dann reproduzieren, wenn gesellschaftsgeschichtliche Hintergründe von ethnischen Unterschieden – wie etwa die Erfahrungen kollektiver Diskriminierung – einbezogen werden. Die Falle lauert überall da, wo nicht Einzelne, Familien und reale Gruppen mit ihren komplexen Geschichten in den Blick genommen werden. Vielmehr wird immer wieder die Vorstellung reproduziert, dass die Zugehörigkeit zum ethnisch gefassten Kollektiv von primärer Bedeutung ist, und dass soziale Verhältnisse und Konflikte zentral aus dieser ethnischen Gruppenzugehörigkeit resultieren. Bereits mit einer solchen Wahrnehmung von Individuen als Gruppenangehörige wird aber eine durchaus asymmetrische Differenz behauptet: »Wir« als moderne, auto-

Antiziganistische Bildungsarbeit in Form kurzzeitpädagogischer Impulse ist riskant

nome, selbstbestimmungsfähige Einzelne begegnen »Anderen«, die eben nicht als autonome Einzelne, sondern als ethnische Gruppenwesen gelten.

Fallen der Vorurteilsbildung

► Die Problematik besteht also darin, in guter Absicht gleichwohl die Vorstellung einer grundlegenden Differenz und einer ethnischen Determination zu verfestigen. Diese Falle können Bildungskonzepte, die als Aufklärung über die Realität ‚der Sinti und Roma‘ angelegt sind, nicht vermeiden. Dies wird etwa dann deutlich, wenn im Vorwort zu einem neueren »Methodenhandbuch zum Antiziganismus« von »dem Volk der Sinti und Roma«, vom Leben, der Kultur und Geschichte »unseres Volkes« die Rede ist (Bytyci 2012: 10), aber zugleich betont wird, dass es sich um »eines der heterogensten Völker in ganz Europa« (ebd.) handelt.

Entsprechend wird in diesen Materialien programmatisch erklärt, dass der »Eindruck einer homogenen Kulturgemeinschaft kritisch hinterfragt« werden soll (Alte Feuerwache/Jugendbildungsstätte 2012). In den konkreten methodischen Übungen werden dann aber auch wiederkehrend verallgemeinernde Aus-

sagen über Sinti und Roma reproduziert, etwa: »Sinti und Roma selbst waren bis in die 1970er Jahre nicht an der Geschichtsschreibung beteiligt« oder »Sinti und Roma geben ihre Geschichte traditionell in mündlichen Erzählungen weiter und halten diese nicht schriftlich fest« (ebd. 65). Eine andere Aussage aus dieser Publikation: »Weil Sinti und Roma diskriminiert wurden, mussten sie häufig eine nicht sesshafte Lebensweise führen und weil sie häufig nicht sesshaft lebten, wurden sie diskriminiert. Was den Anfang machte, ist nicht mehr festzustellen und für die Analyse des Antiziganismus letztlich nicht relevant.« (ebd. 29)

Eine ähnliche Problematik zeigt sich, wenn versucht wird, den Vorurteilen über Sinti und Roma mit empirischem Wissen entgegenzutreten. In der vom RomnoKher – Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung initiierten Studie zur Bildungssituation in Deutschland (Strauss 2011) wird – auf einer erklärtermaßen nicht repräsentativen Datengrundlage – das Bild einer Gruppe gezeichnet, die von massiver Bildungsbenachteiligung betroffen und dadurch von der Mehrheitsbe-

völkerung unterschieden sei: »Nur 18,8 Prozent der Befragten haben eine berufliche Ausbildung. Dagegen sind es in der Mehrheitsbevölkerung in der jüngeren Altersgruppe 83,4 Prozent. 10,7 Prozent der Befragten besuchte eine Förderschule. (...) 13 Prozent besuchen keinerlei Schule. Nur sechs von 261 Befragten besuchten ein Gymnasium, das sind 2,3 Prozent. In der Mehrheitsbevölkerung haben insgesamt 24,4 Prozent Hochschulreife, in der Altersgruppe der 20 bis 25-Jährigen über 40 Prozent.« Diese Daten werden zwar als Folgen

von Diskriminierung sowie bildungspolitischer Defizite präsentiert und zur Begründung politischer Forderungen verwendet. Sie sind aber durchaus auch dazu geeignet, das gängige Stereotyp einer sozialen

Problemgruppe, die sich gesellschaftlich nicht integriert, zu verstärken. Denn es erfolgt in dieser Studie keine hinreichend genaue Analyse der Bedingungen und Kontexte, die zu dieser Situation führen. Zudem beruht diese Studie auf Daten, die nicht repräsentativ sind.

Eine Bildungsarbeit, die gegen Diskriminierung und Rassismus wirken will, sollte anders angelegt sein. Bildungsarbeit gegen

Alle Varianten der Anti-Vorurteils-Pädagogik stehen vor einem Dilemma

»Nicht nur die EU-Politik ist falsch«

Interview mit Valeriu Nicolae zu europäischen Strategien gegen Antiziganismus

Simon Garnett: Das 2011 beschlossene EU-Rahmenprogramm für die Nationalen Strategien zur Integration von Roma bis 2020 ruft die Staaten gezielt zu Maßnahmen auf, die Ungerechtigkeiten gegenüber Roma entgegenwirken sollen. Welche Kritik haben Sie daran?

► **Valeriu Nicolae:** Es handelt sich weniger um Strategien als vielmehr um Wunschdenken. Eine Strategie benötigt ein Budget, einen Zeitrahmen, einen Bewertungs- und Überwachungsmechanismus. Noch wichtiger ist allerdings die Umsetzung. Diese fehlt auf der Ebene der Europäischen Union. Außerdem fehlt es an Fachwissen. Nach den Zahlen der Generaldirektion Ressourcen und Sicherheit gibt es 339 MitarbeiterInnen im höhergestellten Management und 1.163 im mittleren Management der Europäischen Kommission. Niemand von ihnen ist Roma oder besitzt entsprechende Fachkenntnisse.

Seit 1984 hat die Europäische Kommission in ihren Papieren ein verstärktes Vorgehen gegen den Ausschluss von Roma gefordert.

Aber bis 2009 ist von der Europäischen Union nicht ein einziger kompetenter Experte für Romafragen eingestellt worden. Ein anderes Beispiel: Die Fundamental Rights Agency – die überwachende Organisation der Europäischen Union – beschäftigt rund 80 Mitarbeiter. Sieben arbeiten in der Geschäftsführung und elf im wissenschaftlichen Komitee. Darunter ist nicht ein Roma.

Diese Institutionen rufen andere auf – seien es nationalstaatliche Regierungen, lokale Verwaltungen oder Unternehmen –, Strategien zur Einbeziehung von Roma in die Entscheidungsfindung zu entwickeln. Aber bis jetzt haben sie selbst noch keine Pläne, um Roma einzubeziehen. Auf der nationalstaatlichen Ebene ist es genauso: Viele Leute, die ansonsten durchaus kompetent sind, haben keine Erfahrung mit Roma und entwickeln die falschen Strategien, ohne eine Idee zu haben, worum es eigentlich geht.

Die Kommission hat erklärt, dass »nun die Zeit gekommen ist, gute Absichten zunehmend in

konkrete Aktionen umzusetzen«, wenn es um die Integrationspolitik gegenüber Roma geht. Wie hat sich dieser Anspruch in der Vergangenheit von der Realität unterschieden?

► In den letzten zehn Jahren investierte die EU um die 400 Millionen Euro in Romafragen. In den vergangenen sechs Jahren gab es sieben Resolutionen des europäischen Parlaments mit Fokus auf Roma – alle betonten die Probleme Diskriminierung, Missbrauch und Exklusion. Bei all diesen Veranstaltungen betonten hohe und mittlere europäische Offizielle sehr stark die Notwendigkeit der Partizipation von Roma. Dies macht die Roma zur meistdiskutierten ethnischen Gruppe innerhalb der Europäischen Union.

Doch auch wenn sich die zwischenstaatlichen Institutionen lauthals dafür stark machen, dass etwas gegen die Ausgrenzung von Roma unternommen werden muss, so haben sie ernsthafte Probleme nachzuweisen, dass dieser Rassismus in ihren eigenen Strukturen nicht existiert. Der Wandel muss doch von diesen Institutionen ausgehen. Sonst bleiben die

Antiziganismus wäre nicht als historische und gegenwartsbezogene Wissensvermittlung über gängige Vorurteile sowie die wirkliche Lebenssituation ‚der Sinti und Roma‘ anzulegen, sondern als kritische Auseinandersetzung mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die zur Diskriminierung von Sinti und Roma geführt haben und führen (Luttmer 2009). Will man etwa verständlich machen, warum Roma nach dem Kosovokrieg zum Objekt von Hass und Gewalt wurden, dann genügt es nicht, darauf zu verweisen, dass hier tradierte Feindbilder aktualisiert werden. Die relevanten Fragen sind: Was hat im Kosovokonflikt zur Entstehung aggressiver Nationalismen geführt, und was hat in der Dynamik des Krieges dazu geführt, dass sich die Nationalismen gegen Roma richten?

Die einzige Gemeinsamkeit derjenigen, die als ‚Sinti und Roma‘ bezeichnet werden, liegt darin, dass sie als Kollektiv definiert und diskriminiert wurden und werden. Die Gegenperspektive hierzu besteht nicht in dem Nachweis, dass ‚die Sinti und Roma‘ den vorurteilshaften Zuschreibungen nicht entsprechen. Eine konsequente Kritik des Antiziganismus ist vielmehr aufgefördert, über BürgerInnen und Menschen zu sprechen, denen gleiche Rechte und Chancen zustehen, wie allen anderen auch. Und

dies ganz unabhängig davon, ob sie eine ethnische Selbstdefinition für sich in Anspruch nehmen oder nicht, ob sie sich als Minderheitenangehörige politisch organisieren oder eine solche Form der Repräsentation ablehnen, ob sie an der Fortschreibung kultureller Traditionen interessiert sind oder sich lieber am popkulturellen Mainstream orientieren.

Literatur

- Alte Feuerwache/Jugendbildungsstätte Kaubstr.: Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus. Münster 2012
- Bundesregierung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Jens Petermann, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 2011, 17/6012
- End, Markus: Die Wirkungsweise der antiziganistischen Vorurteilsstruktur. In: Alte Feuerwache/Jugendbildungsstätte Kaubstr. (Hg.): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus. Münster 2012, S. 29-34
- Hamburger, Franz: Pädagogische Überlegungen zur Thematisierung von Sinti und Roma im Unterricht. In: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.): Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit. Bad Kreuznach 1998, S. 7-19
- Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände 10. Frankfurt 2012, S. 15-41

- Koch, Ute: Die Herstellung und Reproduktion sozialer Grenzen: Roma in einer westdeutschen Großstadt, Wiesbaden 2005
- Koch, Ute: Soziale Konstruktion und Diskriminierung von Sinti und Roma. In: U. Hormel/ A. Scherr (Hg.): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden 2010, S. 255-278
- Krüger, Thomas: Eröffnungsrede zum internationalen Symposium ‚Was heißt denn hier Zigeuner?‘, 2011. www.bpb.de/presse/51067
- Luttmer, Michael: Wie die Schule den Antiziganismus ins Stolpern bringen kann. In: W. Scharathow/ R. Leiprecht (Hg.): Rassismuskritik. Band 2. Bad Schwalbach 2009, S. 317-331
- Scherr, Albert: Ethnisierung als Ressource und Praxis. In: Prokla 2000, H. 120, S. 399-414
- Stachwitz, Reinhard: Der nationalsozialistische Völkermord an Sinti und Roma in aktuellen deutschen Geschichtsschulbüchern. In: Internationale Schulbuchforschung, 28. Jg. 2006, H. 2, S. 163-175
- Strauss, Daniel: Zur Bildungssituation von deutschen Sinti und Roma. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2011, B 22-23, S. 48-54

► **Albert Scherr** ist Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg und arbeitet zu den Themen Migration, Rassismus und Rechtsextremismus.

schönen Sätze darüber, wie diskriminiert, vernachlässigt, ausgeschlossen und geliebt die Roma sind, nichts als Heuchelei.

Als Frankreich 2011 die skandalöse Abschiebung von Roma forcierte, kritisierten Sie in einem Kommentar, dass Präsident Sarkozy der rumänischen Regierung mehr oder weniger befahl, diese Menschen aufzunehmen. Lassen sich in Bezug auf Romafragen koloniale Machtverhältnisse innerhalb der EU erkennen?

► Ganz sicher. Können sie sich vorstellen, dass ein EU-Beauftragter für Muslime aus dem Land kommt, das dafür bekannt ist, dass es sich innerhalb Europas am härtesten gegen Muslime positioniert? Luxemburg hat die schärfsten Auflagen gegenüber Roma in Europa. Die Beauftragte für Roma, Viviane Reding, kommt dennoch aus Luxemburg. Sie war zwischen 1979 und 1989 Parlamentsmitglied, zu einer Zeit, als Luxemburg entsetzliche Politik gegenüber Roma machte. Wie kann jemand auf dieser Ebene eine solche Verantwortung tragen, wenn diese Person selbst noch nie einen Fuß in eine Gemeinschaft der Roma gesetzt hat?

Lässt sich über den zunehmenden Rassismus gegenüber Roma sprechen, ohne den wirtschaftlichen Umbruch in Osteuropa seit 1989 zu erwähnen?

► Zweifellos nimmt bei zunehmendem ökonomischem Druck die Fremdenfeindlichkeit zu. Das ist historisch bewiesen. Im Falle der Roma sehen wir es sehr deutlich. Darüber hinaus gibt es das Phänomen der Migration. Immer wenn die Bedingungen schlecht werden, haben Roma die Tendenz auszuwandern. Sie haben schließlich nichts zu verlieren. Wenn

»Roma migrieren, weil sie nichts zu verlieren haben«

man draußen lebt, ist es egal, ob in Frankreich oder Rumänien.

Bis zum Beginn der 1990er Jahre hatten wir einige Generationen von Roma mit einer sehr guten Ausbildung, da das kommunistische System die Roma zum Schulbesuch verpflichtete. Ich selbst bin ein Produkt dieser Generation. Dann begann wegen der Armut in Rumänien eine massive Auswanderung von Roma, in erster Linie nach Deutschland. All diese Kinder wurden von der Schule genommen und gingen mit ihren Familien mit. Jetzt gibt es Generationen von Eltern mit sehr niedrigem Bildungsgrad.

Zwischen 2000 und 2003 begannen die Roma zurückzukehren, die Kinder konnten wieder in Rumänien bleiben. In diesem Zeitraum verbesserte sich die Situation stetig. Aber seit 2008 nimmt die Migration wieder zu und es besteht die Gefahr, dass wir eine weitere Generation verlieren. Wenn du ein halbes Jahr in der Schule bist und dann wieder umziehen musst – das funktioniert nicht. Du

hast keine Ausbildung. Die einzig erreichbaren Jobs sind auf einem äußerst niedrigen Level. Dann hast du die Wahl: Werde ich kriminell, bin da vielleicht sehr erfolgreich, indem ich einbreche, einen Haufen Geld mache und hoffentlich nicht verhaftet werde? Oder: Mühe ich mich mein ganzes Leben ab, weil ich ohne Ausbildung auf niedrigem Level arbeiten muss? Die Zahl derer, die die illegale Alternative wählen, ist groß.

Darin liegt die Gefahr, dass wir eine weitere Generation verlieren, weil wir innerhalb der vergangenen zwanzig Jahre völlig handlungsunfähig waren. Wir haben nur geredet, immer woanders nach Lösungen gesucht, immer von anderen erwartet, dass sie die Dinge tun, die wir selbst hätten tun können. Ich meine damit die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die UN, den Europarat, die Weltbank ebenso wie die Roma-Aktivist:innen.

► **Valeriu Nicolae** ist Präsident des Politikzentrums für Roma und Minderheiten in Bukarest, einer NGO, die mit jungen Roma zusammenarbeitet. Zuvor arbeitete er als Berater in Brüssel. Jüngst veröffentlichte er das Buch »We are the Roma! One Thousand Years of Discrimination« (Seagull Books). Das Interview führte Simon Garnett für www.eurozine.com. Übersetzung aus dem Englischen: Frederik Skorzynski

Die Stille durchbrechen

Ein biografischer Bericht zur Lage der Roma und Sinti in Italien

Die Lage der Sinti und Roma in Italien ist kaum besser als in vielen (süd-)osteuropäischen Staaten. Staatliche Schikanen und gewalttätige Übergriffe sind an der Tagesordnung. Einer der wenigen Linken, die sich dagegen zur Wehr setzen, ist der Historiker Paolo Finzi. Er lebt in Mailand und ist Redakteur der anarchistischen Zeitschrift A/rivista. 2006 produzierte er eine Doppel-DVD über die Vernichtung der Roma und Sinti im Nationalsozialismus mit dem Titel »A forza di essere vento« (nach einem Lied von Fabrizio De André). Zur Darstellung der aktuellen Situation in Italien holt der Autor, der aus einer jüdischen Familie stammt, weit aus.

von **Paolo Finzi**

► »Nimm ruhig die Bücher, die du willst, aber mit dem hier lass' es jetzt gut sein. Ich werde es dir später einmal geben.« Das hatte mir mein Bruder gesagt. Es war unvermeidlich, dass ich mir gerade dieses Buch des Feltrinelli-Verlags mit dem Titel »Pensaci uomo« (»Denk daran, Mensch«) nahm. Was mich zutiefst traf, waren die Fotos, von denen mein Bruder nicht wollte, dass ich sie damals schon sah: Berge von Leichen, Zähnen, Haaren, die Baracken, die Krematorien. Oder die erschütterten und erschütternden Gesichter der so genannten »Muselmänner« (der verrückt gewordenen Menschen in den Konzentrationslagern, die ihre Zeit damit verbrachten, zu klagen und zu schreien).

Ich war schockiert, lange fiel es mir schwer einzuschlafen. Der Aufforderung im Buchtitel entsprechend dachte ich darüber nach. Ich begann einige Bücher über die Shoa zu lesen, die ich in der Familienbibliothek gefunden hatte. »Ist das ein Mensch?« von Primo Levi, »Tu passerai per il camino« (»Du wirst durch den Schornstein gehen«) von Vincenzo Papalè, und andere. Und ich fühlte die moralische Pflicht, etwas zu tun, damit diese Schreie und diese Stille auch durch mich ein Echo und eine Erinnerung haben sollten.

Ein hartnäckiger Revisionismus will auch in Italien glauben machen, dass diese Bilder gefälscht seien. Aber ich habe zu viele direkte Zeugnisse gelesen, nicht nur von Jüdinnen und Juden, sondern auch von KatholikInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen, Homosexu-

ellen und so weiter. Ich habe zu viele Leute kennengelernt, die eine eintätowierte Nummer auf dem Arm trugen. Die jüdische Herkunft meiner Familie hat mich in Kontakt mit vielen Überlebenden der Lager gebracht. Ebenso hatte ich das sozialistische und antifaschistische Engagement meiner Eltern nicht nur vor und während der Resistenza von klein auf aufgesogen. Meine Mutter hatte in der Resistenza gekämpft und war die Cousine von Eugenio Curiel, einem kommunistischen Aktivist, der 1944 in Mailand von den Faschisten ermordet wurde.

Sehr wenig habe ich direkt von den Überlebenden gehört – und erst später, als ich die Werke von Primo Levi las und über sie nachdachte, verstand ich warum. Aber vieles über sie und ihre Erfahrungen hörte ich von Personen, die ihnen nahestanden. Diese Erzählungen trafen sich mit der Lektüre der Zeugnisse derer, die durch den Kamin hätten gehen sollen, aber durch irgendeinen Zufall gerettet worden waren. Und – fast immer mit einem vernichtenden Schuldgefühl – hatten zum Leben zurückkehren können.

Unverborgener Rassismus ...

► In den frühen 1990er Jahren kamen meine Kinder in die staatliche Schule. Dort habe ich die Roma und Sinti als MitschülerInnen meiner Kinder getroffen. Nur durch die Schule als kulturelle Vermittlerin habe ich sie persönlich kennengelernt – und das Lager, in dem sie lebten. Ich gewann Kontakte zu einigen Familien. Nach vielen Monaten der Besuche im Lager bekam ich die Erlaubnis, zusammen mit meinen eigenen Kindern auch ein paar von ihnen auf Unternehmungen mitzunehmen. Ich fand mich im Kino oder im Vergnügungspark mit Scharen von ausgelassenen Jungen und scheuen Mädchen wieder. Und es gelang mir, sie zu Geburtstagsfesten oder Ähnlichem zu mir nach Hause zu bringen.

Meine Lebensgefährtin Aurora und ich müssen heute praktisch täglich mit dem (nicht einmal besonders verborgenen) Rassismus umgehen, der die »Zigeuner« nicht nur vonseiten der üblichen FaschistInnen und IgnorantInnen trifft: Wie viele Vorurteile, wie viel Verschlussenheit gibt es auch in der Linken! Dazu konnte ich durch das Studium der außergewöhnlichen Geschichte der »Zigeuner« mehr über ihre jahrhundertelange Verfolgung lernen und besonders über die Vernichtung, den Porrajmos, der von den Nazis mit verstö-

render Systematik umgesetzt wurde. Auch die italienischen FaschistInnen waren auf diesem Gebiet nicht unschuldig.

Die Geschichte der Verfolgung der Roma und Sinti im Nationalsozialismus wirkt auch auf jemanden wie mich verstörend, der seit einem halben Jahrhundert eine Art Vertrautheit mit dem Thema entwickelt hat. Bei den Jüdinnen und Juden war es in vielen Fällen möglich, die zahlenmäßige Dimension der Deportationen festzustellen (zum Beispiel ausgehend von den Verzeichnissen der jüdischen Gemeinden). Der unnormierte Charakter des Lebens der Sinti und Roma bewirkte jedoch, dass ein Großteil von ihnen von der nazistischen Vernichtungsmaschinerie verschlungen wurde, ohne eine Spur zu hinterlassen. Man schätzt, dass in den NS-Lagern insgesamt 500.000 Sinti und Roma ermordet wurden, die mehrheitlich aus den Ländern Zentraleuropas stammen.

Der mündliche Charakter der Kultur der Roma und Sinti, ihr zeitweise stark ausgeprägter Analphabetismus und die soziale Marginalität führten aber dazu, dass – auch in diesem Fall – nur in den Zeugnissen der Gadje (oder gadsche, wie die »Zigeuner« die »Nicht-Zigeuner« nennen) einige Spuren ihrer Situation in den Lagern erhalten blieben. Ich musste nur zahlreiche Bücher mit Erinnerungen wälzen, um Zitate und Spuren zu finden, kleine seltene Mosaiksteine.

Die Sinti und Roma vermeiden es generell, von den Toten zu sprechen. Dazu kommt, schwerwiegender noch, das Schamgefühl. Es gehört zu ihrem Bewusstsein, ohnehin ausgegrenzt zu sein. Die Lager erschienen so als ein neues Gefängnis, das zu all den anderen hinzukam, in denen sie ohnehin wesentliche Teile ihres Lebens verstreichen lassen mussten. So, wie sie sich für ihre zugeschriebene »Asozialität« schon seit Langem schämten, so schämten sie sich für das Lager und sie sprachen nicht davon. Die wenigen Überlebenden akzeptierten nur mit Mühe, dass darüber gesprochen wurde.

... im Land der Camps

► In Italien leben heute etwa 160.000 Roma und Sinti, mehrheitlich italienische Staatsangehörige. Der Nomadismus, der bis vor einigen Jahrzehnten einen Großteil dieser Bevölkerungsgruppe kennzeichnete, ist auf maximal drei Prozent zurückgegangen. Zahlreiche nationale und lokale Gesetze haben die Mög-



Gabi Jimenez:
Souvenir(s) d'Italie
(2009)

lichkeit, »Nomaden zu sein«, zunehmend eingeschränkt oder unterbunden. Auf internationale Aufmerksamkeit stoßen inzwischen die stationären Wohnwagen- und Barackenlager, in denen viele Roma in italienischen Städten leben.

Der Einfluss des Ortes, an dem man lebt, ist ein entscheidender Faktor, um Zugehörigkeit zu schaffen. Umgekehrt kann der Ort auch dazu dienen, die Bedingungen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Verzweiflung zu benennen. Italien ist in Europa auch als das Land der Nomaden-

camps bekannt. Die mentalen Grenzen gewinnen materielle Form in den urbanen Grenz-zonen, in umkämpften Räumen, wie es die Nomadenlager sind, in den Barackensiedlungen am Rand großer Städte. Der Blick auf die Umzäunungen, die Gitter und manchmal Mauern, die die Lager umgeben, führt das historische Gedächtnis zu den Erinnerungen an jene Lager nahe an der Bahnlinie, von wo aus die Roma während des Krieges zu den italienischen Lagern des Duce oder in die Vernichtungslager auf dem Territorium des Deutschen Reiches gebracht wurden.

Die Lager in ihrer gegenwärtigen Form transformieren sich in moderne Lager, konzipiert nur dafür, unerwünschte Personen ein-

zuschließen und zu verbergen, wie die Roma oder die MigrantInnen in den Abschiebegefängnissen. Viele Roma – Männer, Frauen und Kinder – leben in den reichsten westlichen Städten unter denselben Bedingungen materiellen Elends wie die jüdische Diaspora vor fünfzig Jahren.

In Italiens monopolistischer Medienlandschaft wirkt ein langfristiges Klima kultureller Ausgrenzung mit einer gewaltsamen Sprache der Tagespolitik zusammen. Währenddessen wird der Porrajmos ignoriert. Und was soll man zu der bornierten Weigerung des italienischen Staates sagen, die Sprache Romanes, das älteste Medium des kollektiven Gedächtnisses der Roma, nicht als nationale Minderheitensprache anzuerkennen?¹ Das entspricht der Anmaßung, eine bestimmte Kultur mit einem bestimmten Ort gleichzusetzen, und verurteilt eine ganze Minderheitengruppe zum Leben an den Rändern der Gesellschaft.

Die Sprache Romanes, das älteste Medium des kollektiven Gedächtnisses der Roma, nicht als nationale Minderheitensprache anzuerkennen?¹ Das entspricht der Anmaßung, eine bestimmte Kultur mit einem bestimmten Ort gleichzusetzen, und verurteilt eine ganze Minderheitengruppe zum Leben an den Rändern der Gesellschaft.

Zerstörerische Ungleichheit

► Der Reichtum der Romanes-Kultur wird von der politischen und gesellschaftlichen Diskriminierung eingeschränkt. Die italienische Sozialpolitik hat keine kohärente Richtung,

sondern gibt die Verantwortung auf die regionale und lokale Ebene ab. Mangels eines staatlichen Bezugsrahmens, der Rechte und soziale Teilhabe der Roma-Communities bekräftigen und stabilisieren würde, werden die Konflikte in der Kommunalpolitik ausgetragen.

Probleme werden nur unter Schlagworten wie »Notstand« und »öffentliche Ordnung« bearbeitet, eine Suche nach umfassenderen Strategien wird umgangen. Die Konsequenzen sind schwerwiegend für die Gruppen der Roma, Sinti und Camminanti (wörtlich »die

Wandernden«, eine weitere, vor allem auf Sizilien lebende Minderheit, die in der Vergangenheit teilweise nomadisch lebte). Sie müssen die zerstörerischen Folgen einer großen Ungleichheit tragen.

Ein wichtiger Schritt wäre die Umsetzung von Bürgerrechten: Die Anerkennung der Roma-Gruppen als kulturelle Einheiten der Landesgeschichte, die Anerkennung als sprachliche Minderheit und die Anerkennung des transstaatlichen Charakters der Roma-Bevölkerung auf europäischer Ebene. Doch all das fehlt weiterhin. Zusammen mit mangelndem Vorgehen der Behörden gegen die zunehmenden antiziganistischen Übergriffe fügt sich das zu einem sozialen Stigma. Es hat zur Folge, dass die Roma nicht als MitbürgerInnen anerkannt, sondern einer Sonderbehandlung unterworfen werden.

Anmerkung

¹ Der Außenausschuss des italienischen Parlaments beschloss im Mai 2012 (anlässlich der Ratifizierung der Europäischen Charta der Regionalsprachen) die Anerkennung des Romanes. Die Regierung sprach sich offiziell dagegen aus. Die Zeitung »Libero« titelte im Vorfeld: »(...) Wenn die Anerkennung durchkommt, sind die Sinti bereit zur Invasion in die Medien« (A.d.Ü.).

► Übersetzung aus dem Italienischen:
Johanna Wintermantel



Foto: Glimpse; aus der Serie »Fortune Tellers«

Antiziganismus ist Mainstream

Roma werden von Ungarns Rechtsregierung systematisch diskriminiert

Die Politik der Orbán-Regierung in Ungarn verschärft soziale Unterschiede, duldet die Rechtsextremisten im Parlament und auf den Straßen und heizt das antiziganistische Ressentiment der »Mehrheitsgesellschaft« an. Die politische Repräsentation der Roma ist seit der Wende nicht eingelöst. Immerhin wird auf zivilgesellschaftlicher Ebene am Widerstand gegen Diskriminierung gearbeitet.

von **pusztaranger**

»Nein, er hatte nicht getrunken, weder an diesem Tag oder an anderen, er trank nicht. Er ist einfach gestorben. Ein Gymnasiast, einer meiner Roma-Schüler aus Alsózsolca, hat mir gestern Vormittag erzählt, dass sein Nachbar in der ungeheizten Wohnung bis zum Morgen ausgekühlt war. Jetzt weiß ich nicht, ob etwas passiert ist, oder einfach alles seinen normalen Gang geht. (...) Ich schätze mal, business as usual.« (Lehrer in einer Roma-Gruppe auf Facebook, 20.11.)

Inzwischen spüren viele »Mehrheitsungarn« am eigenen Leib, wie die Roma seit Jahrzehnten leben müssen, stellt der frühere Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende des Vereins »Bürgerrechtsbewegung für die Republik«, Aladár Horváth, anlässlich der geplanten Schließung des Romaparlaments fest. 1,5 Millionen der zehn Millionen UngarInnen gelten nach UN-Maßstäben als arm, weitere 2,5 Millionen als akut armutsgefährdet, 25.000 Kinder in Ungarn hungern regelmäßig, weitere 400.000 werden nicht angemessen ernährt. Der Mindestlohn liegt unter dem Existenzminimum. Das Innenministerium zwingt die Arbeitslosen in kommunale Beschäftigungsprogramme, für die eigens der Mindestlohn aufgehoben wurde. Die Hälfte aller registrierten Arbeitslosen erhält derzeit keinerlei Unterstützung. Während die Gesellschaft durch die Sozialpolitik der Orbán-Regierung immer weiter auseinanderbricht, ist

der Hass auf die »Anderen« ganz unten der ideologische Kitt, der die MehrheitsmagyarInnen zusammenhält.

Politisch entmündigt...

► In einem aktuellen Interview mit der Zeitung Le Monde erklärt Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, Ungarn sei das einzige Land mit einem eigenen Romaparlament, dessen Mitglieder an der Ausarbeitung von Gesetzen, die die Roma betreffen, unmittelbar beteiligt seien. Gemeint ist das System der landesweiten Minderheiten-Selbstverwaltungen. Seit Mai 2011 hat die sogenannte Roma-Nationalitätenselbstverwaltung (ORÖ) tatsächlich ein Vetorecht erhalten. Doch legale Möglichkeiten und Realität klaffen auseinander: Zum einen weiß in Ungarn so gut wie niemand über dieses Vetorecht Bescheid, am allerwenigsten die Roma. Und in der Praxis legt die ORÖ kein Veto ein. Die herrschenden Machtstrukturen führen das Vetorecht in der Praxis ad absurdum.

Das 1992 verabschiedete Minderheitengesetz, so Jenő Zsigó, habe die Selbstorganisation der Roma im Keim erstickt, indem die Roma-Selbstverwaltung als einzige legitime Vertretung an die Parteien gekoppelt wurde. Seither werden die ORÖ-Vorsitzenden nicht von den Roma, sondern von den Parteien

gewählt, die Minderheitenselbstverwaltung über Parteienlisten. Bisher war jede Regierung bestrebt, ihre favorisierte Roma-Organisation – auch mit illegalen Mitteln wie Stimmenkauf – an die »Macht« zu bringen, die dann aufgrund der kontinuierlichen Abhängigkeit nie eine kritische Stimme sein und Interessen nicht unabhängig vertreten konnte.

Diese Verhältnisse hat die Orbán-Regierung gesetzlich zementiert. Wie in allen Bereichen, wo staatliche Fördermittel fließen – Kunst, Kultur, Bildung, Sport, Zivilgesellschaft, Minderheiten – werden die staatlichen Fördermittel seit dem Wahlsieg der »nationalkonservativen«, rechtspopulistischen Fidesz nach politischer Loyalität verteilt oder entzogen. Seit 2010 ist die Fidesz-Organisation Lungo Drom auf kommunaler Ebene installiert und zerschlägt die alternativen oppositionellen zivilen Strukturen, die sich bislang halten konnten. Nur ein Beispiel von vielen: Über 20 Jahre lang organisierte Jenő Zsigó als NGO-Vorsitzender Ferienlager für jährlich bis zu tausend Roma-Kinder und baute ein eigenes Bildungszentrum auf. Seit 2010 ist das Geschichte, die Roma-Selbstverwaltung der Stadt Budapest (FRÖ) strich ersatzlos 660 Stipendien für SchülerInnen und Studierende. Inzwischen hat die FRÖ selbst dieses Schicksal ereilt. Ihr Budget wurde seit 2010 um 80 Prozent gekürzt, ihre Arbeit steht auf dem Spiel.

... durch eingeschränktes Wahlrecht

► Die Orbán-Regierung ändert derzeit das Wahlrecht, um ihre Wiederwahl 2014 zu sichern. Eine Neuerung sind die für die MinderheitenvertreterInnen reservierten dreizehn Parlamentssitze. Die Regelung erzeugt für die Betroffenen einen Identitätskonflikt: Sie müssen sich entscheiden, ob sie als Roma oder als »Mehrheits-StaatsbürgerInnen« wählen wollen. Wobei die Roma-Minderheitenliste von der Fidesz-Organisation Lungo Drom aufge-

stellt wird; wer sie wählt, stärkt automatisch die Orbán-Regierung. Wer oppositionell wählen will, kann seine Stimme nicht als Roma abgeben. Der Roma-Aktivist Jenő Setét bringt die für ihn mit diesem Wahlrecht verbundene Einschränkung in der Tageszeitung Népszabadság so auf den Punkt: *»Ich als ungarischer Staatsbürger behalte mir das Recht vor, sowohl für Direktkandidaten als auch für Parteilisten zu stimmen und mich in gesamtgesellschaftlichen Fragen zu Wort zu melden. Also kann ich mich in dieser Situation nur auf eine Art entscheiden: Ich stimme nicht für die Minderheitenliste, die auch ohne mich schon beschlossene Sache ist.«*

Durch die geplante Wählerregistrierung werden zudem unentschlossene WählerInnen und die armen Bevölkerungsgruppen administrativ ferngehalten: Wer sich zum gegebenen Termin nicht registrieren kann, soll sein Wahlrecht für vier Jahre verlieren, auch für Kommunal- und EU-Wahlen.

Hetze im Parlament

► Nachdem die rechtsextreme Jobbik darauf gedrängt hatte, widmete das Parlament dem Roma-Thema am 20. November einen Diskussionstag. Der wurde in den öffentlichen Medien wenig beachtet, auf Facebook jedoch umso reger kommentiert: *»Ich begrüße die Initiative, aber wer wird dort die ungarischen Roma vertreten (dürfen)?«* – *»Es ist keine Rede davon, dass dort Vertreter von Roma-NGOs zu Wort kommen. Man kann hingehen und sich anhören, was die Vertreter der PARTEIEN von sich geben. Von den Roma spricht Florian Farkas von LUNGO DROM, aber der wird nicht Dich, nicht uns vertreten...«* – *»Wenn niemand dort ist, der uns vertritt, was ist das dann für ein Diskussionstag?«* – *»Der Diskussionstag sollte eher heißen: Diskussionstag über die Roma, OHNE ROMA, WIEDER UND WIEDER!«*

Die Diskussion fand vor einem halbleeren Saal statt. Sie mündete nicht in einem konkreten Beschluss. Aber sie bot der Regierung eine willkommene Gelegenheit, die Romapolitik der Vorgängerregierung für alle Probleme verantwortlich zu machen und die eigene positiv zu präsentieren: Die drei Fidesz-Roma-Abgeordneten vertraten die Linie der Regierung und ließen Jobbiks rassistische Äußerungen unkommentiert durchgehen. Einig waren sich Jobbik und Fidesz in der Verdammung einer »liberalen« Romapolitik: In Ungarn gebe es keinen

Rassismus, sondern eine »linksliberale Meinungsdiktatur«, so Jobbik-Chef Gábor Vona. Integration und Segregation sollten zusammengebracht, die Arbeit der Polizei von überflüssigen Menschen-

rechtsbedenken befreit werden. Liberale Romapolitik sei »latenter Rassismus«, der bei den »Zigeunern« einen »magyarenfeindlichen Nationalismus« produziert habe.

Andere Jobbik-Abgeordnete erklärten, das »Zigeunerproblem« sei kein Armutsproblem, sondern eines unvereinbarer Kulturen; die Roma seien an der gesellschaftlichen Ausgrenzung selbst schuld, weil sie sich nicht an die gesellschaftlichen Normen hielten; »Zigeunerterror« dürfe nicht weiter geduldet werden (*»die verstehen nur Gewalt«*); »ehrliche Zigeuner« würden die Ungarische Garde befürworten, weil nur diese sie vor den Kriminellen in den eigenen Reihen schütze. »Diese Leute muss man segregieren, damit sie die Mehrheit nicht infizieren. Die Geduld der Mehrheit ist erschöpft. Wir wollen Ordnung, keinen Bürgerkrieg.«

Der Fidesz-Abgeordnete László Berényi hatte dazu als Roma nur zu sagen, die Roma wollten keine spezielle Unterstützung, sondern einfach nur so leben wie der ungarische Durchschnittsbürger. Der Fidesz-Abgeordnete und

Ungarns Rechtsregierung und der Antiziganismus

► Im Mai 2010 trat in Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán eine neue Regierung an. Sie hat seither durch zahlreiche Reformen den politischen Autoritarismus verstärkt. So schränkt die neu geschaffene und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete Medienaufsichtsbehörde die Pressefreiheit ein. Orbáns rechtskonservative Partei Fidesz wurde 1988 unter dem Namen »Bund Junger Demokraten« gegründet. Bei den Parlamentswahlen 2010 erhielt sie über die Hälfte aller Wählerstimmen und paktiert seither mit der neo-faschistischen Partei Jobbik als drittstärkste Kraft. Damit schürt auch die Fidesz gezielt die Gewalt rechtsextremer Kräfte. Die Parlamentswahlen 2010 werden in der offiziellen Rhetorik als »revolutionärer Akt« beschrieben,

als eine »Befreiung« vom »Joch« der Linksliberalen, KosmopolitInnen und UniversalistInnen, die im gesamtgesellschaftlichen Diskurs eindeutig als »die Verjudeten« verstanden werden (Jungle World 24/2012). Die eigentliche Wende habe demnach nicht 1990, sondern 2010 durch die »Konservative Revolution« stattgefunden.

Die Jobbik ist zugleich der politische Arm der inzwischen gerichtlich verbotenen paramilitärischen Ungarischen Garde. Der Jobbik-Vorsitzende Gábor Vona ist Chef dieser neofaschistischen Miliz. Sie hat ihr Comeback als »Neue Ungarische Garde« gefeiert, diesen August gab es einen von den Behörden genehmigten Aufmarsch. Die Splittergruppen der Garden sind nicht verboten worden. Die

»Garden« und ihre vielen Ableger, wie die »Räuberschaft«, die »Miliz« sowie diverse »Bürgerwehren« und »Ordnungsdienste« hetzen vorzugsweise in Orten mit einem Romabezirk gegen die »kriminellen Zigeuner«. Zu ihren Forderungen auf Kundgebungen zählen die Einführung der Todesstrafe, der Aufbau einer flächendeckenden Miliz, Geburtenkontrolle für Romamütter und eine staatliche »Aufzucht« der Nachkommen. Hetzjagden nach Aufmärschen endeten in den letzten Jahren mit zahlreichen Morden. Viele Roma sehen aufgrund anhaltender Bedrohungen und gewalttätiger Übergriffe für sich in Ungarn keine Zukunft mehr. Allein in Kanada haben von Januar bis September etwa 1.000 ungarische Roma um politisches Asyl ersucht. mb

Vorsitzende der Roma-Landesselbstverwaltung Florián Farkas schloss die Debatte mit den Worten ab, sie sei »weise und von guten Absichten geleitet gewesen«. In der Roma-Community sei es nach dem Regierungswechsel zu einem »Reinigungsprozess« (sic) gekommen, die Roma-Politik der Regierung sei einzigartig und die Zeiten der »überliberalisierten Skandalpolitik« nun endlich vorbei.

Für Empörung im fast leeren Saal sorgte ein offener Brief des Roma-Aktivisten Béla Radics an das Parlament, verlesen von einer grünen Abgeordneten: »Gehörte Abgeordnete und Minister, wenn Sie sich von dieser Bevölkerungsgruppe unbedingt befreien wollen, wenn Ihr Plan für die Roma das langsame, qualvolle Sterben ist, warum schießen Sie uns dann nicht aus reiner Menschlichkeit in die Donau? Mit ihrer Zweidrittelmehrheit sind Sie dazu ja in der Lage.« Hier kam es zu empörten Buhrufen der Jobbik-Fraktion: »Das ist Hassrede!« 1944 hatten die Pfeilkreuzler Tausende von Jüdinnen und Juden an der Donau erschossen.

mit hohem Romaanteil«. Den Begriff »KZ« benutzt Zsigó absichtlich, um darauf hinzuweisen, dass die von Jobbik geforderten »Deportationen« und »Lager« eben das sind: KZ-Pläne. So sagte Jobbik-Chef Vona im Oktober, »kriminelle« Roma müssten deportiert und in Lagern sicherheitsverwahrt werden. Auch von der Aberkennung der Staatsbürgerschaft ist die Rede. Bei diesen »Lagern« berufen die un-

schaftliche Beschäftigungsrate auch für Roma in der Verfassung festgeschrieben wird. Sie fordern menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auch auf der niedrigsten Ebene der kommunalen Beschäftigungsprogramme.

»80 Euro pro Monat für Zwangsbeschäftigung ist das Äquivalent der täglichen Brotration im KZ«, so Jenő Zsigó. »Der Einzelne kann



Das schwedische Theaterprojekt Glimpse befragte ältere Roma in Serbien nach ihren Traumberufen – wenn sie jung wären und unter anderen Bedingungen leben würden. Die daraus entstandene Fotoserie Fortune Tellers wird im öffentlichen Raum präsentiert. http://terraforming.org/?page_id=1800

»Indirekter Völkermord«

► Eine Hebamme erzählt: Sie ist Roma, die Gebärende ebenfalls. Der Arzt greift zu den nicht-sterilen Instrumenten. Die Hebamme weist ihn darauf hin, dass die sterilen Instrumente sich auf dem anderen Tisch befinden. Der Arzt antwortet: »Für die?« (Plural)

»Wenn es für 400 Dörfer keinen Arzt gibt«, sagt Jenő Zsigó vom Romaparlament auf einer Pressekonferenz im Oktober, »wenn 90 Prozent der Roma täglich hungern müssen und sich keine Medikamente leisten können, was hat das für Konsequenzen? Bei den Nicht-Roma ist die Vorstellung verbreitet, dass die Roma nicht viel zum Leben brauchen. Das mag sein, doch sie leben im Durchschnitt eben auch zwanzig Jahre weniger.« Der Zusammenhang zu ihrer geringeren Lebenserwartung wird im öffentlichen Bewusstsein überhaupt nicht hergestellt. »Das ist keine genetische Disposition, sondern wird durch die Politik entschieden. Romakinder werden 20 Mal häufiger als behindert eingestuft. Seit 2011 wird in den Berufsschulen ab 16 Jahren keine Allgemeinbildung mehr gelehrt. So bleibt man ewig Hilfsarbeiter, muss für den denkbar niedrigsten Lohn die schwersten physischen Arbeiten verrichten und kann sich nicht gesund ernähren. Wie soll ein Mensch unter diesen Umständen 80 Jahre alt werden? Es kommt einfach nicht vor. Das ist indirekter Völkermord.«

»Der direkte Völkermord ist das, was Jobbik und die Ungarische Garde vertreten«, so Zsigó, »mit ihren KZ-Plänen für Roma in den Regionen

garischen Rechtsextremen sich natürlich nicht auf die Nazis (»Wir sind keine Nazis«), sondern auf das »westeuropäische Vorbild« – die diskriminierende Politik gegenüber den rumänischen und bulgarischen Roma in Frankreich. Derzeit hat die Jobbik keine Möglichkeit, solche Lager konkret einzurichten, aber es dürfte ein wichtiges Wahlkampfthema werden. »Der Staat duldet die Existenz dieser Partei«, so Zsigó, »und die Polizei wird angesichts der ständigen Bedrohung der Roma durch die rechtsextremen paramilitärischen Gruppen nicht aktiv.« Jobbik hat große Unterstützung bei den Studierenden. Nicht unbedingt bei der Landbevölkerung, die mit den Roma zusammenlebt, sondern bei Intellektuellen, die kommende Elite Ungarns, die die reale Situation auf dem Land nur als rassistisches Zerrbild kennt und weiter reproduziert.

Grundrechte einfordern

► Die Roma-AktivistInnen vom Romaparlament und der »Bürgerrechtsbewegung für die Republik« erarbeiten derzeit eine Roma-Grundrechte-Charta. »Die Roma und Nicht-Roma wissen nicht, dass die Roma unveräußerliche Rechte haben, die auch dann gültig sind, wenn sie vom Staat und der Gesellschaft missachtet werden«, sagt Horváth. Die AktivistInnen halten die überproportionale Arbeitslosigkeit der Roma für verfassungswidrig und wollen erreichen, dass die gesamtgesell-

in seiner Umgebung für seine Rechte kämpfen, wenn er sich über seine unveräußerlichen Rechte im Klaren ist. Kann die zersplitterte Bevölkerungsgruppe der Roma, immerhin mehrere hunderttausend BürgerInnen, sich auf diese Rechte als kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, bekommen wir eine gesellschaftliche Verhandlungsposition, und zwar nicht den Parteien, sondern dem Staat gegenüber. Wenn die Roma als politische Entität in

Roma leben im
Durchschnitt zwanzig
Jahre weniger

Erscheinung treten, werden die Parteien sich mit ihnen befassen müssen.«

Nach 22 Jahren politischer Entmündigung ist die Zeit für politische Selbstorganisation von unten vielleicht

gekommen. Die Mobilisierung einer politisch apathischen, zersplitterten Opposition durch die Einigung auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner, ein »demokratisches Minimum«, ist auch die Strategie des oppositionellen Wahlbündnisses »Gemeinsam 2014«, um die Orbán-Regierung abzuwählen, laut aktueller Umfragen derzeit zweitstärkste politische Kraft. Der demokratische Charakter dieser Oppositionsbewegung wird sich unter anderem daran zeigen, ob sie die Rechte der Roma als gesamtgesellschaftliche Frage oder wieder nur als Minderheitenproblem betrachtet.

► **pusztaranger** bloggt seit 2009 über die Verhältnisse in Ungarn. <http://pusztaranger.wordpress.com>

Aufgeklärte Vorurteilsforschung

Ein Buch über die Armut der Roma in Südosteuropa

von **Winfried Rust**

► »It's the economy, stupid«. Der berühmt gewordene Satz aus Bill Clintons Wahlkampf könnte das Leitmotiv sein von Norbert Mappes-Niedieks Buch **Arme Roma, böse Zigeuner**. Der Autor und Südosteuropakorrespondent verschiedener Zeitungen legt den Akzent auf die materiellen Grundlagen der Ausgrenzung von Roma. Räumlich bezieht sich sein Buch auf Ost- und Südosteuropa beziehungsweise auf die Migration von Roma aus dieser Region nach Westeuropa. Warum kommen sie aus ihrem Elend nicht heraus? Was suchen sie im Westen? Das sind die aktuellen Fragen, denen sich der Autor zuwendet.

Seit der Nachwendezeit ab 1989 ist der Antiziganismus in Ost- und Südosteuropa wieder massiv angestiegen. Die Umstrukturierung der ex-sozialistischen Volkswirtschaften war dafür ein entscheidender Ausgangspunkt: »1990, nach dem Sturz des Diktators, gab es in Rumänien noch 8,4 Millionen Arbeitsplätze. Heute sind es vier Millionen«. Die Roma »waren die ersten, die entlassen wurden«. Zusammen mit der wirtschaftsliberalen Deregulierung im öffentlichen Nahverkehr, bei der Wohnungsförderung und Schulversorgung hat der Systemwechsel eine fatale Konsequenz: Die Roma, die sich auf einer unteren sozialen Sprosse auf dem Weg in die Integration in die Gesellschaften befanden, fallen kollektiv aus dem System heraus. Mappes-Niediek zitiert den Bukarester Soziologen Catalin Zamfir: »In den Sechziger- und Siebzigerjahren hatten die Roma eine bessere Ausbildung und bessere Jobs als heute.« Inzwischen gebe es eine Generation osteuropäischer Roma, »die in Elendssiedlungen hinein geboren wurden«.

Die EU-Institutionen versuchen, dieses »Roma-Problem« mit »Minderheitenpolitik« zu lösen. Sie fordern die gesellschaftliche Anerkennung der Roma in Osteuropa. Für solche Antidiskriminierungsansätze hat Mappes-Niediek fast nur Spott übrig. Denn jene Roma, die bis nach Westeuropa kommen, bringen die EU dazu, ihren Beitrittskandidaten rigide Grenzkontrollen aufzuzunöten. BürgerInnen unter dem Verdacht, Roma zu sein, werden bereits in mazedonischen Bussen über den Zweck ihrer Reise verhört. »Wie zu kommunistischer Zeit hindern einige von ihnen ihre Bürger bereits wieder selbst an der Ausreise.« Mehr gesellschaftliche Wertschätzung für Roma, wie der Europarat sie für osteuropäische Roma fordert, hätte am Wegfall der Arbeitsplätze für Roma allerdings nichts geändert, kritisiert Mappes-Niediek. Die Probleme der

Roma »heißen Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere oder unterfinanziertes Gesundheitswesen. Sie zu lösen ist teuer und weniger bequem als die Gründung und die Finanzierung eines weiteren Roma-Beirats.«

Mit dem Fokus auf den industriellen Kahl-schlag wird in Mappes-Niedieks Buch der Rassismus gegen Roma jedoch fast schöngeredet: »Bei einer Bevölkerung, der nichts geschenkt wird, kommen Hilfsprogramme für angebliche Arbeits- und Schulverweigerer, Kleinkriminelle, Verschwender und Alkoholiker nicht gut an.« Ohne eine rassismuskritische Perspektive und ohne Betrachtung der antiziganistischen Ideologie muss ein Buch über die Situation der Roma aber eigentlich misslingen.

Dass es nicht so kommt, hat zwei Gründe. Erstens ist die Fragestellung im Untertitel darauf beschränkt, »was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt«. Die Vorurteile werden kenntnisreich mit Lebensrealitäten von Roma in Ost- und Westeuropa abgeglichen. Danach sind die Vorurteile nicht vollständig beseitigt, es ist ein aufgeklärter Blick auf sie erfolgt. Jene Kriminalität, die es wie überall gibt, wird von Mappes-Niediek freimütig benannt. Aber sie wird dann mit Gruppen verglichen, die unter ähnlichen Verhältnissen leben. So erfolgt eine Entwarnung bezüglich der besonderen Neigung zu Straffälligkeit der Roma: »Dank der Roma, könnte man sagen, hat Südosteuropa die wahrscheinlich ungefährlichsten Slums der Welt.«

Der zweite Grund, warum diese Vorurteils-recherche gelingt: Die Distanz zu Antidiskriminierungsansätzen bedeutet nicht, dass die Frage der Kulturalisierung ausgeblendet wird. So schreibt der Autor im Kapitel »Was ist an ihnen so anders?« eine materiell gegründete Kulturgeschichte. Er erinnert daran, dass die »Zigeuner« in den rumänischen Fürstentümern SklavInnen waren. Da Rumänien ein Kernland der Roma war und ist, betrifft das einen relevanten Teil der Roma in Europa, und es betrifft den längsten Zeitraum der 600 Jahre europäischer Romageschichte. Zum kulturellen Erbe westeuropäischer Roma gehört Ausgrenzung und zum kulturellen Erbe osteuropäischer Roma gehört Sklaverei. Mappes-Niediek zieht den Begriff des »posttraumatischen Sklavensyndroms« heran, den die afroamerikanische Forscherin Joy DeGruy Leary verwendet, um generationenübergreifende Folgen der Sklaverei zu untersuchen.

Die meisten rumänischen Roma waren »Lajasch«. Diese »sahen ihren Herrn nur einmal im Jahr zum Fest des Heiligen Dumitru, um ihm ihr Kopfgeld zu bezahlen. Den Rest vom Jahr zogen sie im Land umher und versuchten, sich zu ernähren und den Tribut für den Dumitru-Tag zusammenzubringen.« Das erklärt viel über die »tradierte« Ökonomie, Siedlungsweise und Kultur von Roma. Aus den Restriktionen kristallisierten sich die Bereiche heraus, in denen die Roma wirtschaften konnten: Unterhaltung, Handel und Handwerk. Siebenbürgische Zünfte drängten beispielsweise darauf, dass die handwerklich erfolgreichen »Zigeuner« Kessel nicht mehr herstellen, sondern nur noch flicken durften. Die »Tradition« des Kesselflickens ist eine Diskriminierungsgeschichte.

Solche Kulturfragen werden von Mappes-Niediek nicht entlang ethnologischer Studien über Romastämme oder Kleidungsstile behandelt. Der Ansatz der »Kultur der Armut«, wie sie der Anthropologe Oscar Lewis beschreibt, wird jedoch von ihm aufgegriffen: Materielle Not und Ausgrenzung haben den Familien-

sinn der Roma hervorgebracht, als Überlebensstrategie in einer feindlichen Umwelt.

Man tappt ein Stück weit in eine Falle, wenn man sich mit Vorurteilen auseinandersetzt. Denn man hebt eine essentialistische Frage wie »Sind sie kriminell?« zumindest vorläufig in den Rang einer diskutablen These. Einige Pflichtthemen des Antiziganismus werden in dem Buch nur beiläufig angerissen, wie etwa der organisierte Rassismus gegen Roma heute. Dafür gründiert der Autor seine Vorurteilsrecherche materiell. Die verbreiteten Appelle für eine Aktivierung der Roma und für kulturelle Toleranz hängen daneben ziemlich verloren in der Luft. Mappes-Niediek proklamiert bodenständige Prioritäten: »Wer planvoll leben soll, braucht wenigstens eine elementare Grundversorgung. Wohnungen müssen auf dem Balkan und nördlich der Alpen beheizbar sein. It's the Menschenrechte, stupid.«

► *Norbert Mappes-Niediek: Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt. Chr. Links Verlag, Berlin 2012. 208 Seiten, 16,90 Euro.*

► **Winfried Rust** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Sind Stereotypen über Kriminalität überhaupt diskutabel?

Kampf um Entschädigung

Eine Studie über Sinti und Roma nach dem Nationalsozialismus

von Tobias von Borcke

► Während des Nationalsozialismus wurden Hunderttausende Roma, Sinti und andere als »Zigeuner« kategorisierte Menschen ermordet. Bis dieses rassistisch motivierte Genozid als solches anerkannt wurde, sollten Jahrzehnte vergehen. Einen bedeutenden Schritt hierzu stellten die Auseinandersetzungen um Entschädigungszahlungen an Überlebende und Angehörige der Opfer dar. Mit ihrer Studie **The Roma Struggle for Compensation in Post-War Germany** beansprucht die Historikerin Julia von dem Knesebeck, den Blick auf dieses Thema zu erweitern.

Der nach 1945 weitestgehend ungebrochene Antiziganismus machte sich auch bei der Frage nach Entschädigungszahlungen bemerkbar. So wurde lange davon ausgegangen, dass die von den NS-Behörden ergriffenen Verfolgungsmaßnahmen erst ab dem Frühjahr 1943 rassistisch begründet gewesen seien, als in Folge eines Erlasses von Heinrich Himmler vom Dezember 1942 die massenhaften Deportationen ins »Zigeunerfamilienlager« in Auschwitz-Birkenau begonnen hatten. Zuvor erfolgte Maßnahmen, etwa Zwangssterilisationen oder die Inhaftierung in kommunale »Zigeuner«-Lager und Deportationen ins besetzte Polen, wurden als Elemente einer vielleicht überzogenen, im Kern aber nachvollziehbaren »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« oder der militärisch begründeten »Gefahrenabwehr« interpretiert. Die altbekannte Gleichung also, nach der es sich bei als »Zigeuner« stigmatisierten Personen um Kriminelle und mögliche Spione handele, galt auch im Nachkriegsdeutschland vielfach als plausibel.

Hinsichtlich der Entschädigungszahlungen hatte dies weitreichende Konsequenzen. Zahlungen gemäß der unterschiedlichen Gesetze zur Regelung der Entschädigung sollten nur Menschen erhalten, die von den Nazis aufgrund ihrer politischen oder religiösen Überzeugung oder eben aus rassistischen Motiven verfolgt worden waren. Damit ergab sich nach Einschätzung der deutschen Behörden aus den vor 1943 gegen »Zigeuner« durchgeführten Maßnahmen kein Anspruch auf Entschädigungszahlungen. Zwar änderte sich diese Auffassung im Laufe der 1960er Jahre, in der Zwischenzeit war jedoch ein Teil der Überlebenden verstorben. Andere hatten in Anbe-

tracht ihrer Erfahrungen mit den Behörden resigniert und bemühten sich nicht erneut um Zahlungen. Ohnehin wurden auch in dieser Zeit nicht alle Bestandteile der nationalsozialistischen »Zigeuner«-Politik als »entschädigungswürdig« anerkannt. Dies galt etwa für die von vielen Überlebenden als besonders traumatisch empfundenen Zwangssterilisationen. Ein »Härtefonds«, aus dem die Betroffenen eher symbolische, einmalige Zahlungen beantragen konnten, wurde erst 1981 eingerichtet.

Während sich bisherige Arbeiten zu diesem Thema in erster Linie mit den rechtlichen Rahmenbedingungen der Entschädigung oder mit der Kontinuität des Antiziganismus beschäftigt haben, greift Knesebeck für ihre Studie auf Entschädigungsakten aus Archiven in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zurück. So kann sie den Blick auf den tatsächlichen Ablauf der Verfahren lenken. Ergänzt wird die Analyse durch subjektive Zeugnisse der Betroffenen und ihrer Angehörigen, so dass deren Erfahrungen auch jenseits der bürokratischen Prozesse sichtbar gemacht werden.

Die Studie zeigt, dass die jahrzehntelange Verweigerung von Entschädigung nicht unbedingt das Ergebnis einer stringent verfolgten Strategie war. In den Entscheidungen der Entschädigungsämter und Gerichte wirkten sich vielmehr weiterbestehende Ressentiments verbunden mit Ignoranz und schlichtem Desinteresse aus. Wo sich Überlebende oder die Angehörigen von Ermordeten auf langwierige und kräftezehrende Auseinandersetzungen einließen, gingen den Ämtern auf Dauer die Argumente aus und in einigen Fällen konnten Zahlungen erwirkt werden. Möglich war dies aber in aller Regel nur dort, wo die AntragstellerInnen Unterstützung durch engagierte AnwältInnen oder andere FürsprecherInnen erhielten. Ab den 1980er Jahren erfolgte diese Unterstützung vor allem durch den 1982 gegründeten Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Bisher nicht näher untersucht wurde die Rückerstattung von geraubtem Eigentum. Knesebeck stellt fest, dass es solche Fälle entgegen bisher verbreiteter Annahmen durchaus gegeben hat und dass sie aus der Sicht der Betroffenen sogar recht unproblematisch ver-

laufen seien. Dies sieht sie darin begründet, dass es zu Vermögensentziehungen im größeren Stil erst im Zusammenhang mit den Deportationen nach Auschwitz ab Frühjahr 1943 und damit in einer Zeit gekommen sei, für die der rassistische Charakter der Verfolgung schon früh anerkannt wurde. Damit mussten die AntragstellerInnen die grundsätzliche Legitimität ihrer Ansprüche in der Regel nicht gesondert nachweisen. Die Entschädigungszahlungen hingegen mussten von engagierten JuristInnen sowie von der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma gegen die Mehrheitsmeinung durchgesetzt werden. Für zahlreiche Betroffene kamen die errungenen Erfolge dabei schlicht zu spät.

Die Studie von Knesebeck ist bisher nur auf Englisch veröffentlicht und durch den akademischen Duktus einer Dissertation gekennzeichnet. Wer sich davon nicht abschrecken lässt, erhält viele Informationen über diesen Aspekt der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Befremdlich allerdings wirkt ihr Standpunkt zum Wirken des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Dessen Beharren auf dem rassistischen Charakter der NS-Verfolgung interpretiert sie als »Eingeständnis«, dass Roma und Sinti keine »Deutschen« seien. So hätte der Zentralrat dazu beigetragen, dass Sinti und Roma seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft überhaupt erst als ethnisch klar unterscheidbare Gruppe wahrgenommen würden. Das würde wiederum das von Überlebenden artikulierte Bedürfnis unterlaufen, als »normaler« Teil der deutschen Gesellschaft anerkannt zu werden. Doch der Zentralrat steht gerade dafür ein, dass Sinti und Roma seit Jahrhunderten im Gebiet des heutigen Deutschland leben und als nationale Minderheit zu dieser Gesellschaft gehören. Dass dies dem Verständnis nationaler Identität weiter Teile der deutschen Bevölkerung nicht entspricht und dass Roma und Sinti weiterhin häufig als Fremde wahrgenommen werden, steht auf einem anderen Blatt – und ist auch nicht erst seit der Gründung des Zentralrats so.

► Julia von dem Knesebeck (2011): *The Roma Struggle for Compensation in Post-War Germany*. Hertfordshire, University of Hertfordshire Press. 288 Seiten, 26,99 Euro.

► Tobias von Borcke studiert Geschichte in Berlin und ist Mitherausgeber des Sammelbandes »Antiziganistische Zustände 2«.





Gabi Jimenez:
Les Camps 1 (1999)

»Wir sind mehr als ausgelastet«

Interview mit Walter Schlecht über praktische Solidarität mit Roma

► **Johanna Wintermantel:** *Das »Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung« hilft vor allem Roma-Flüchtlingen. Wie kam es zu diesem Schwerpunkt?*

► **Walter Schlecht:** Die Anfänge des Freiburger Forums liegen im Dezember 2010, als die Sarrazin-Debatte aufkam. Generell wenden wir uns gegen jede Form der Ausgrenzung. Die ursprüngliche Idee war, für Leute aktiv zu werden, die mittels Hartz IV ausgegrenzt werden. Vor allem wollten wir sichtbar machen, dass die Formen der Ausgrenzung, sei es Sozialrassismus, Antiziganismus oder Rassismus im Allgemeinen, nicht voneinander zu trennen sind. Aber so weit sind wir noch nicht gekommen. Das Engagement für Roma hat sich deshalb aufgedrängt, weil in Freiburg viele Roma leben, die von Abschiebung bedroht sind, und damit sind wir bisher mehr als ausgelastet.

Ihr arbeitet auf verschiedenen Ebenen. Ein wichtiger Teil ist die Unterstützung von Personen und Familien, die akut von Abschiebung bedroht sind. Worin liegt die Bedeutung dieser so genannten Einzelfallarbeit?

► Das ist ein ganz konkreter Ansatzpunkt, an dem man Solidarität zeigen kann. Wir haben auf diese Weise direkten Kontakt mit den Betroffenen. Es ist wichtig in der Solidaritätsarbeit, dass wir nicht nur Unterstützung bieten, sondern auch sehr viel voneinander lernen und wir versuchen, ein Verständnis für die politische Situation der Betroffenen, für ihre Fluchtgründe zu entwickeln.

»Wenn wir auch nur eine Abschiebung verhindern, ist das ein großer Erfolg«

Was kann man konkret lernen?

► Da ist zum Beispiel eine Familie, die 1999 aus dem Kosovo vertrieben wurde. Sie haben sämtliche Dokumente ihrer Vertreibung gesammelt. Es ist schon beeindruckend, wenn man ihren Aufenthalt in einem Flüchtlingslager durch Essensmarken dokumentiert sieht und wenn sie dann von der Gewalt berichten, auch gegen Frauen, damals durch UCK-Angehörige. Sie haben mir Bilder gezeigt, wie sie an der Grenze nach Mazedonien nicht durchgelassen wurden. Sie waren dort ohne jede Versorgung. Wenn der UNHCR nicht da gewesen wäre, hätten sie keinerlei Hilfe bekommen. Sie haben sich 2003 an einer Grenzaktion an der mazedonisch-griechischen Grenze beteiligt, um nach EU-Europa ausrei-

sen zu können. Dort galt ein Fotografierverbot und es gibt nur wenige Bilder. Solche Bilder habe ich zum ersten Mal gesehen und bekomme dadurch ein Verständnis von ihren Nöten und den Kämpfen. Es ist wichtig, sie nicht als Opfer zu sehen, denn sie können selber kämpfen und kämpfen auch, auf ihre Art.

Arbeitet ihr mit den Roma oder eher für die Roma?

► Bislang arbeiten wir für sie. Die Menschen wissen inzwischen teilweise, dass es das Freiburger Forum gibt und dass sie dort rechtliche Beratung oder finanzielle Unterstützung für den Rechtsanwalt bekommen und wir ihnen Ärzte vermitteln etc., die sie im Asylverfahren brauchen. Das wird gerne in Anspruch genommen, auch deshalb, weil unser Solifonds ihnen ein kleines Startgeld bietet, um überhaupt ein Rechtsverfahren beginnen zu können. Mit ihnen – diesen Schritt müssen wir noch machen. Einmal haben wir mit ihnen eine Demonstration organisiert.

Warum ist der Schritt zu einer echten Zusammenarbeit noch nicht gelungen?

► Rom ist ja nicht gleich Rom. Es gibt gut ausgebildete Roma und es gibt AnalphabetIn-

nen. Erstere haben schon eigene Erfahrungen darin gesammelt, wie man sich organisiert oder wie man ein Flugblatt schreibt. Das ist im Prinzip bei der Mehrheit hier genauso, es ist nicht jeder fähig, gleich politisch aktiv zu werden. Ein Beispiel für eine Selbstorganisation, in der viele Roma aktiv sind, ist »Alle Bleiben«. Dort sind eher Jüngere beteiligt als Ältere. Generell gibt es aber noch ein Organisationsvakuum bei den Roma in Deutschland.

Wie sieht die Einzelfallarbeit aus?

► Erfahrungsgemäß gibt es verschiedene Wege, wie wir überhaupt von Problemen erfahren. Das geht über Bekannte oder wir werden von anderen Flüchtlingen benachrichtigt. Verstärkt rufen auch Leute auf unser Notruftelefon an. Und wir schauen regelmäßig direkt in den Unterkünften vorbei. Die Leute kommen auf uns zu, wenn sie einen »gelben Brief« bekommen haben. In dem steht, dass sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Bundesrepublik Deutschland verlassen sollen, mit Drohung und so weiter. Wir müssen prüfen, was in dem Bescheid genau steht und was zu machen ist: Können wir Widerspruch einlegen, können wir in ein Asylverfahren gehen? Hat eine Person in der Familie eine Krankheit, die in dem Land nicht behandelbar ist, in das sie abgeschoben werden soll? Ist eine Frau schwanger und bekommt Schwangerschaftsschutz? Das heißt, wir müssen die wenigen Möglichkeiten ausschöpfen, die uns von der Ausländergesetzgebung noch gegeben werden.

Wo liegen die Stärken und die Schwächen dieser Einzelfallarbeit?

► Die Schwäche besteht darin, dass wir vielen Leuten versuchen zu helfen, aber politisch nicht weiterkommen. Es wäre wichtig und für uns eine Erleichterung, wenn die Betroffenen ihre Lebensgeschichte ein Stück weit öffentlich machen würden und sich damit politisch selbst einbringen. Sie haben ja das Land verlassen mit dem Wunsch nach einem besseren Leben, nach ausreichender Nahrung, nach Bildung und Wohnung und einer besseren Zukunft für ihre Kinder. Wenn das von den Roma-Flüchtlingen selbst stärker vertreten würde, dann würde das die politische Arbeit enorm voranbringen. Aber ich muss auch sagen: Wenn wir auch nur eine Person vor der Abschiebung bewahren helfen, ist das schon ein großer Erfolg.

Wo setzt die politische Arbeit an?

► In erster Linie bei der Aufklärung über die politische Situation in den Herkunftsländern: Wie kam es zu dieser Situation? Warum mussten die Menschen das Land verlassen, teilweise sogar regelrecht flüchten? Warum ist es ein

Unding, die Leute wieder dorthin zurückzuschicken? Wenn sie dort kein Haus mehr haben, werden sie nachweislich ins Nichts abgeschoben. Oder die Kinderrechte: Hier in Deutschland werden sie im Allgemeinen hochgehalten, aber die Kinder der Flüchtlinge interessieren nicht. Es gibt einen Abschiebeschutz einige Wochen vor und nach der Geburt, und danach spielen die Rechte des Kindes keine Rolle mehr für die Entscheidung über eine Abschiebung. Es geht auch darum, aufzuzeigen, welche Politik hier gemacht wird. Und all das nutzen wir, um ein solidarisches Netzwerk aufzubauen.

Wie geht ihr damit um, dass ihr euch zur Verhinderung von Abschiebungen vor allem an negativen Tatsachen wie Krankheiten oder Risikoschwangerschaften festhalten müsst – und dazu an der Festschreibung der ethnischen Kategorie der Roma?

► In der Praxis nehmen wir diese Möglichkeiten zunächst einmal wahr. Aber ich bewerte es als unerträglich, dass uns nur diese

minimalen Optionen zur Verfügung stehen. Die Asylgesetzgebung ist so extrem verschärft worden, dass Flüchtlinge nur wenige Chancen haben, zu bleiben.

Euer direktes Wirkungsfeld ist Freiburg. Können wesentliche Entscheidungen über das Bleiberecht überhaupt auf der kommunalen Ebene fallen?

► Die Stadt trägt als ausführendes Organ Verantwortung für die Aufenthaltskontrolle, vor allem als Trägerin der Ausländerbehörden. Aber dieser Verantwortung will sie sich gerade an dem Punkt nicht stellen, wo es um eine positive Einflussnahme zugunsten der Flüchtlinge geht. Ich glaube schon, dass jede einzelne Kommune mitverantwortlich ist gegenüber sämtlichen geltenden regionalen und globalen Menschenrechtskonventionen. Man kann nicht einfach sagen, das interessiert uns nicht: Wenn jemand hier seit sechs Monaten lebt, dann ist hier sein Lebensmittelpunkt, und ihm sollten Rechte zustehen.

Wie ist die Verantwortung von Bund und Ländern bei Abschiebungen und Bleiberecht verteilt?

► Das Asylrecht ist Bundesangelegenheit, und mit dem Kosovo und Serbien gibt es »Rückübernahmeabkommen«, in denen die Abschiebungen geregelt sind. Das Regierungspräsidium in Karlsruhe organisiert die Durchführung der Abschiebungen in den Kosovo für die südlichen Bundesländer. Es sieht sich nur als ausführende Behörde, verantwortlich seien die Landesregierungen. Die Stuttgarter Landesregierung beruft sich darauf, dass sie allein keinen Abschiebestopp mehr verhängen könne, und verweist auf den Bund. Auf Bundesebene wiederum wird für eine dauerhafte

Bleiberechtsregelung eine Initiative aus den Ländern verlangt. Das Bundesamt für Migration hat zudem die Anweisung erteilt, Asylgesuche aus Balkanländern schnellstmöglich abzuweisen – das heißt in fast allen Fällen abzulehnen. So wird die Verantwortung immer weiter geschoben.

Wie lassen sich die bisherigen Entscheidungen der rot-grünen Landesregierung in Baden-Württemberg beurteilen?

► Es ist schon bedenklich, wenn der Petitionsausschuss in den Kosovo reist, zurückkommt und verkündet, es existiere dort keine Diskriminierung, die einen Abschiebestopp rechtfertigen würde. Viele andere Berichte, die die Situation intensiver untersucht haben, kommen zu einem ganz anderen Ergebnis. Auch die Einzelfallprüfung, die als Ersatz für einen generellen Abschiebestopp angekündigt wurde, erweist sich als unzureichendes Instrument. Für den allergrößten Teil der in Freiburg bedrohten Roma-Flüchtlinge verbessert sich damit nichts. Die Landesregierung unterstützt auch nicht die bundesweite Initiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Gibt es Beispiele für erfolgreiche Initiativen des Freiburger Forums?

► Mit dem »Freiburger Appell gegen Abschiebung« haben wir eine breitere Unterstützung bekommen. Es kamen 1.700 Unterschriften zusammen, rund 50 Initiativen haben unterzeichnet. Das bedeutet nicht, dass sie alle auch aktiv sind, aber wir haben eine Rückendeckung. Als zweiten Schritt haben wir alle lokalen Gruppen und Organisationen eingeladen, die mit Flüchtlingen zu tun haben – mit dem Schwerpunkt Roma. Wir haben den »Tag X« ins Leben gerufen, einen Protesttag, der bei einer Abschiebung stattfinden soll, um sie öffentlich sichtbar zu machen und Protest zu zeigen. Hinzu kommen eine erfolgreiche Demonstration, der Solifonds für Rechtskostenhilfen und einige Publikationen.

Die Freiburger Bevölkerung ist also für das Thema sensibilisiert?

► Das würde ich nicht sagen, aber es gibt einen politischen Kreis, auf den wir bauen können. Es gibt Leute, die sich nicht direkt zum Freiburger Forum zählen, aber an dessen Peripherie sehr aktiv mitarbeiten. Es hat sich gezeigt, dass gerade die praktische Arbeit Menschen besonders zum Engagement veranlasst. Wir stoßen also auf Solidarität, aber die wird noch lange nicht ausreichen.

► **Walter Schlecht** ist seit vielen Jahren in der Solidaritätsarbeit für Flüchtlinge aktiv, derzeit beim »Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung« (siehe www.aktionbleiberecht.de). Das Interview führte Johanna Wintermantel, Redakteurin bei Radio Dreyeckland.



Revolutionsexport: Bayonne, französisches Baskenland Foto: Adrar

»Eine Revolution vom Volk für das Volk«

Thomas Sankaras Linksregime in Burkina Faso zwischen Mythos und Wirklichkeit

Vor 25 Jahren putschten sich der links orientierte Hauptmann Thomas Sankara und sein Nationaler Revolutionsrat in Burkina Faso an die Macht. Bis heute ist Sankaras vierjährige Regierungszeit auch über Burkina Faso hinaus ein Bezugspunkt für emanzipatorische Hoffnungen. Aber ein stark ausgeprägter Nationalismus, ein dichotomes Weltbild und Repression gehörten ebenfalls zu dieser Phase.

von **Martin Bodenstein**

► Am 18. September 2012 kam es zu einer kleinen Demonstration in Paris, die den offiziellen Empfang des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré durch seinen französischen Amtskollegen François Hollande scharf kritisierte und späte Gerechtigkeit für den ermordeten Vorgänger Compaorés, Thomas Sankara, forderte. Einen knappen Monat später, am 15. Oktober, dem 25. Todestag des populären Revolutionsführers Sankara, versammelten sich wie jedes Jahr zahlreiche Menschen am Friedhof Dagnoen in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, um ebenfalls eine lückenlose Aufklärung seiner dubiosen

Todesumstände einzufordern. Dessen Traum einer neuen, freien und gerechten Nation war mit einem Staatsstreich gegen ihn und zwölf seiner politischen Weggenossen schlagartig zu Ende gegangen.

Compaoré, sein Nachfolger und mutmaßlicher Drahtzieher des Komplotts vom Oktober 1987, führte das westafrikanische Land auf schnellstem Wege zurück in die neokoloniale Normalität, die Sankara mit seinem Gesellschaftsprojekt in die Annalen der Geschichte verbannen wollte. Auch wenn Compaoré sich sichtbar bemüht(e), das Andenken an seinen ehemaligen Kameraden so gering wie möglich zu halten, zeigen die beiden erwähnten Versammlungen jedoch, dass der Mythos Sankara nach wie vor in der kollektiven Erinnerung und politischen Agitation nicht nur inner-, sondern auch außerhalb der burkinischen Gesellschaft verankert ist.

Sankaras Volksrevolution

► Der Tod des Hauptmanns Sankara war gleichbedeutend mit dem abrupten Ende der »demokratischen Volksrevolution«¹, die Sankara und seine Mitstreiter nach einem Staatsstreich am 4. August 1983 ins Leben gerufen hatten. Sie war ein beispielloser Versuch innerhalb der Geschichte des bitterarmen west-

afrikanischen Landes, mittels verschiedener Maßnahmen und Umbrüche die »Errichtung einer neuen, freien, unabhängigen und erfolgreichen obervoltaischen Gesellschaft« in Angriff zu nehmen (siehe dazu auch iz3w 306). Um dieses Vorhaben zu realisieren, stand für das Führungsorgan des neuen Regimes, den Nationalen Revolutionsrat (Conseil National de la Révolution, CNR) die »Revolutionierung aller Bereiche« der burkinischen Gesellschaft an oberster Stelle der politischen Agenda.

Unter diesem Leitsatz wurden revolutionäre Institutionen wie die Verteidigungskomitees der Revolution (Comités de Défense de la Révolution, CDR) oder die Volkstribunale der Revolution (Tribunaux Populaires de la Révolution, TPR) ins Leben gerufen. Sie sollten die Macht demokratisieren und die neuen revolutionären Tugenden innerhalb der Bevölkerung verbreiten. Auf ökonomischer Ebene entwickelte der CNR einen ambitionierten Entwicklungsplan, der eine »unabhängige, autarke und geplante Volkswirtschaft« errichten sollte. Gleichzeitig wurde eine rigorose Austeritätspolitik verfolgt, welche die Ausgaben des Staates seinem Entwicklungsniveau angleichen sollte. Auf sozialer Ebene bemühte sich das Regime um eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung (siehe Kasten).

Der Sozialist Thomas Sankara

► Thomas Sankara, geboren 1949 im damals Obervolta genannten Burkina Faso, gilt als politischer Führer der burkinischen Revolution von 1983-87. Diese kann der zweiten Welle der afrikanischen Sozialismen zugeordnet werden. In einem Aufsehen erregenden Revolutionsprogramm propagierte Sankara den Bruch mit der neokolonialen Vergangenheit des Landes und den Auftakt zu einer neuen Ära sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Es folgten zum Teil spektakuläre Reformen, Maßnahmen und Kampagnen, die mitunter bahnbrechende Erfolge in der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Umwelt-, Wohn- und Frauenpolitik bedeuteten. Am 1. Jahrestag der Revolution schuf Sankara die koloniale Bezeichnung Obervolta ab und benannte das Land in Burkina Faso (»Land der ehrenwerten Menschen«) um. Gleichzeitig wurden eine neue Nationalflagge und -hymne eingeführt.

Von der Idee einer panafrikanischen Einheit angetrieben, bemühte er sich um Kontakte und Vernetzungen mit ähnlich gesinnten Regierungen auf dem Kontinent und verurteilte das süd-afrikanische Apartheidregime aufs Schärfste. Mit seiner antiimperialistischen, auf nationale Selbstbestimmung ausgerichteten Politik polarisierte er die internationale Staatengemeinschaft: Während vor allem die europäischen Mächte mit Zurückhaltung, Skepsis und Besorgnis reagierten, entwickelten sich Kooperationen und Vernetzungen mit vorwiegend sozialistischen Staaten wie beispielsweise Kuba, die mit dem Gesellschaftsprojekt Sankaras sympathisierten.

Während die burkinische Revolution mit dem Tod Sankaras ein abruptes Ende fand, lebt sein politisches und theoretisches Erbe bis heute sowohl in Burkina Faso als auch im Ausland fort. Gerade soziale und politische Protestbewegungen, wie zum Beispiel jene, die sich aufgrund der Ermordung des Journalisten Norbert Zongo in den Jahren 1998/99 gebildet hat, haben ihre Forderungen oftmals mit dem Verweis auf das sankaristische Revolutionsmodell unterstrichen. Nach wie vor kämpfen mehrere Initiativen für eine lückenlose Aufklärung der Todesumstände Sankaras, wie beispielsweise die »Parti Sankariste«, die sich in der Tradition des Revolutionsführers verortet.

Martin Bodenstein

Angeichts der korrupten und neokolonialen Vorgängerregierungen Burkina Fasos hatte diese neuartige, sozial ausgerichtete Politik Sankaras bereits zu seinen Lebzeiten viele Solidaritäts- und Sympathiebekundungen zur Folge. Sein gewaltsamer Tod sollte seine Popularität nur noch weiter steigern. In der Wahrnehmung vieler Menschen ist Sankara als »Märtyrer des Volks« gestorben, der seinen Versuch, eine bessere burkinische Gesellschaft aufzubauen, mit dem Leben bezahlt hat. Auch außerhalb Burkina Fasos ist Sankara als eine Galionsfigur des Antiimperialismus in die Geschichte eingegangen, den er mit seinem proklamierten Kampf gegen (neo-)koloniale Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung musterhaft verkörperte.

Primat der Nation ...

► In diese Rezeption Sankaras ist aber auch eine tendenzielle Verklärung und Idealisierung des Revolutionshelden eingeschrieben, weshalb sich eine kritische Neulektüre seines theoretischen und politischen Erbes lohnt. Zumeist lehnte Sankara eine einheitliche Klassifikation und Kategorisierung der Revolution ab und verwies auf deren genuin burkinischen Charakter. Aber in einem Interview mit dem Wochenmagazin *Jeune Afrique* ließ er sich doch zu einem Bekenntnis hinreißen: »Wenn Sie wirklich darauf bestehen, uns einordnen zu wollen, können Sie mich als Angehörigen der patriotischen Elemente betrachten.« Diese Selbstpositionierung war nicht einfach eine hohle Phrase, denn der Nationalismus nahm von Anfang an einen dominanten Platz in der Agitation des Revolutionsrates ein. Auch wenn er mit dem Attribut revolutionär kokettierte, war der Nationalismus weniger eine Ideologie, welche die sozialen Verhältnisse radikal umgestalten wollte, als vielmehr ein Instrument, um den Herrschafts- und Dominanzanspruch des CNR zu unterstreichen und den autoritären und repressiven Aufbau des Staates und der Gesellschaft zu legitimieren.

Dies wurde bereits bei der Geburtsstunde der Revolution am 4. August 1983 deutlich. Sankara forderte in der Gründungsdeklaration des Revolutionsrates, dass sich unter dem Vorzeichen eines historischen Kampfes für die neue Nation jede/r Burkinabé in die Einheitsfront unter der Führung des neuen Leitorgans einzureihen habe: »Volk Obervoltas, alle vorwärts mit dem Nationalen Revolutionsrat für den großen patriotischen Kampf, für die strahlende Zukunft unseres Landes. Das Vaterland oder der Tod, wir werden siegen!« Der Revolutionsrat hatte sich mit diesem Mobilisierungsslogan zum einzig legitimen Vertreter der nationalistischen Renaissance des Landes erklärt. Indirekt war damit den anderen politischen Parteien ihre Daseinsberechtigung ab-

gesprochen worden. Deren Auflösung, die noch in der gleichen Deklaration verkündet wurde, war somit die Folge des nationalistisch fundierten, absoluten Macht- und Herrschaftsanspruchs der neuen Avantgardepartei.

Das Führungsmandat des Revolutionsrates, das er sich selbst gegeben hatte, konnte sich aber nicht auf das Versprechen einer »strahlenden Zukunft« beschränken, sondern musste seine Legitimation auch aus der Vergangenheit ableiten. In dem zwei Monate nach seiner Machtergreifung veröffentlichten »Discours d'orientation politique« (DOP) präsentierte sich das revolutionäre Leitorgan nicht als elitärer Zirkel hochrangiger Militärvertreter und einiger weniger Zivilpersonen, sondern als »die Krönung und der konsequente Erfolg der Kämpfe des obervoltaischen Volkes gegen die neokoloniale Beherrschung und Ausbeutung.« Der Revolutionsrat stellte sich in dieser verklärenden Deutung seiner Entstehung nicht nur in einen unmittelbaren und direkten Zusammenhang mit völlig verschiedenen Widerstands- und Protestbewegungen innerhalb der burkinischen Geschichte, er setzte sich ebenfalls mit dem »Volkswillen« gleich, womit sein Herrschaftsmandat als demokratisch par excellence dargestellt wurde.

Die Gleichung »Revolutionsrat = Volk« hatte fatale Folgen für den Stand und die Aktivitäten der Opposition. Deren (vermeintliche) Gegnerschaft zum Revolutionsprogramm wurde als gleichbedeutend mit einer Feindklärung gegen das burkinische Volk gesetzt. Die Dämonisierung und Abgrenzung von den sogenannten »Volksfeinden« nahm einen wichtigen Stellenwert in der CNR-Agitation ein, um die Einheit der neuen Nation zu beschwören und zu verherrlichen. Die »Reaktion« wurde pauschal zu den Urhebern der Misere und der Abhängigkeit des Landes erklärt. Im DOP wurden so die unzweifelhaft stark ausgeprägten sozialen, ökonomischen und politischen Missstände der burkinischen Gesellschaft nicht als Ausdruck eines maroden Systems gewertet, vielmehr sollten sie das Resultat des skrupellosen Handelns einer kleinen, korruptierten Elite sein.

... und Gesinnung

► In dieser Logik blieb die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen auf die Elimination dessen beschränkt, was als das Böse ihres Vorgängermodells identifiziert worden war: Die Entmachtung der Vertreter der neokolonialen Vorgängerregierungen und ihre Verurteilung durch die eigens dafür eingerichteten Volkstribunale der Revolution sollten garantieren, dass Burkina Faso auf seinem Weg zum »Horizont des Glücks« mit der unrühmlichen Vergangenheit abschließen konnte. Auf eine radikale Umgestaltung der ökonomischen

Verhältnisse wartete man hingegen vergebens. Für die CNR-Elite war die Neugestaltung der Gesellschaft eher eine Frage revolutionären Bewusstseins als wirtschaftlicher Veränderungen, dies hinderte sie jedoch nicht daran, ihre Revolution als »Lösung der sozialen Widersprüche« zu präsentieren.

Der Revolutionsrat begnügte sich nicht mit der Kontrolle des Staatsapparats, sondern forderte auch die konsequente und bedingungslose Unterordnung aller Institutionen, Organe und Verbände des politischen und gesellschaftlichen Lebens unter die imperativen Revolutionsziele. In der Gleichschaltung der burkinischen Gesellschaft kam insbesondere den Verteidigungskomitees der Revolution eine wichtige Bedeutung zu. Zunächst galten sie im DOP noch als Einrichtung, durch die das Volk in alle politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollte, um zum »Herrn seines eigenen Schicksals« zu werden. Bald aber stellte sich das Verhältnis zwischen Revolutionsrat und Verteidigungskomitees mit fortschreitender Dauer der Revolution umgekehrt dar. Die CDR hatten sich vom Demokratiegewärtigen zum Herrschaftsmittel des Revolutionsrates gewandelt: Durch ihre breitenwirksame Verankerung in

»Das Vaterland oder der Tod, wir werden siegen!«

der Bevölkerung und ihre Präsenz in allen zentralen Institutionen der Gesellschaft (Schulen, Universitäten, Armee, etc.) sicherten sie die Kontrolle des CNR über das gesellschaftliche Leben und eventuelle »Revolutionsfeinde«.

Wenn dabei die Integration oppositioneller Kräfte fehlgeschlug, setzte die Staatsmacht andere Maßnahmen ein, die bis hin zu Amtsenthebung, Versetzung, Verhaftung oder gar Exekution reichten. Die mitunter harten Repressalien wurden durch die Revolutionsideologie, die jegliche politische Agitation auf eine Freund-Feind-Option reduzierte, gedeckt. So kam es bei einem großen LehrerInnenstreik gegen die repressive Praxis des Revolutionsregimes 1984 zu Massenverhaftungen und zur Entlassung von 1.400 Beamten. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie angeblich im Dienste der »Konterrevolution« standen. Selbst die traurigsten Höhepunkte der Regimerepression gegen unliebsame Gegner wurden mit dem Willen des Volkes legitimiert, wie die Exekution der sieben Anführer eines gescheiterten Staatsstreiches im selben Jahr, die auf äußerst dubiosen Beweisen fußte.

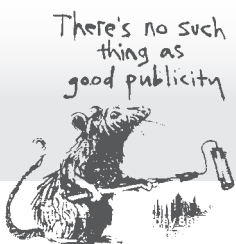
Entgegen der Eigendarstellung des Revolutionsrates, der sich mit dem Volk beziehungs-

weise dem »Volkswillen« gleichsetzte und somit seine uneingeschränkte Herrschaftslegitimität propagierte, basierte seine Machtausübung zu einem nicht unwesentlichen Teil auf direktem Zwang und gewaltsamer Repression. Der Revolutionsnationalismus des CNR war in diesem Zusammenhang nicht nur ein geeignetes Mittel, um die bedingungslose und uneingeschränkte Anhängerschaft des burkinischen Volks zur politischen Elite zu behaupten, er diente auch dazu, den gewaltförmigen Charakter der Staatsmaßnahmen zu verdecken und zu legitimieren, falls diese Integration misslang.

Anmerkung

- ¹ Alle Zitate stammen – sofern nicht anders angegeben – aus zwei zentralen Texten des Revolutionsregimes: Einerseits aus der Proklamation des Revolutionsrates vom 4. August 1983, andererseits aus dem »Discours d'orientation politique« (DOP) vom 2. Oktober 1983, wobei die französischen Passagen vom Autor ins Deutsche übersetzt worden sind.

► **Martin Bodenstein** studiert Internationale Entwicklung in Wien und schreibt seine Diplomarbeit über die sankaristische Revolutionsideologie.



Eine Liste der seit 1970 erschienenen Hefte steht auf www.iz3w.org

Einzelheft: € 5,30

Heft 311 bis 315: € 4,- / ältere Hefte: € 3,-

iz3w-Backlist

- | | |
|---|---|
| ☐ 333: Krise & Kapitalismus | ☐ 323: Islamdebatte |
| ☐ 332: Stadt für alle | ☐ 322: Verteilungskämpfe |
| ☐ 331: Restitution geraubter Gebeine | ☐ 321: FrauenKörper |
| ☐ 330: Arabischer Frühling 2.0 | ☐ 320: Was bewegt Zentralamerika? |
| ☐ 329: Globales Lernen | ☐ 319: Afrika postkolonial |
| ☐ 328: Krieg gegen Drogen | ☐ 318: Alte und neue Grenzregimes |
| ☐ 327: Grüner Kapitalismus | ☐ 317: US-Außenpolitik |
| ☐ 326: LGBTI gegen Homophobie | ☐ 316: Südafrika abseits der WM |
| ☐ 325: Chinas roter Kapitalismus | ☐ 315: Digitale Welten |
| ☐ 324: Revolte in der arabischen Welt | ☐ 314: Zentralasien post-sowjetisch |



direkt bestellen beim iz3w

Postfach 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · Fax -70 98 66

info@iz3w.org · www.iz3w.org

www.iz3w.org

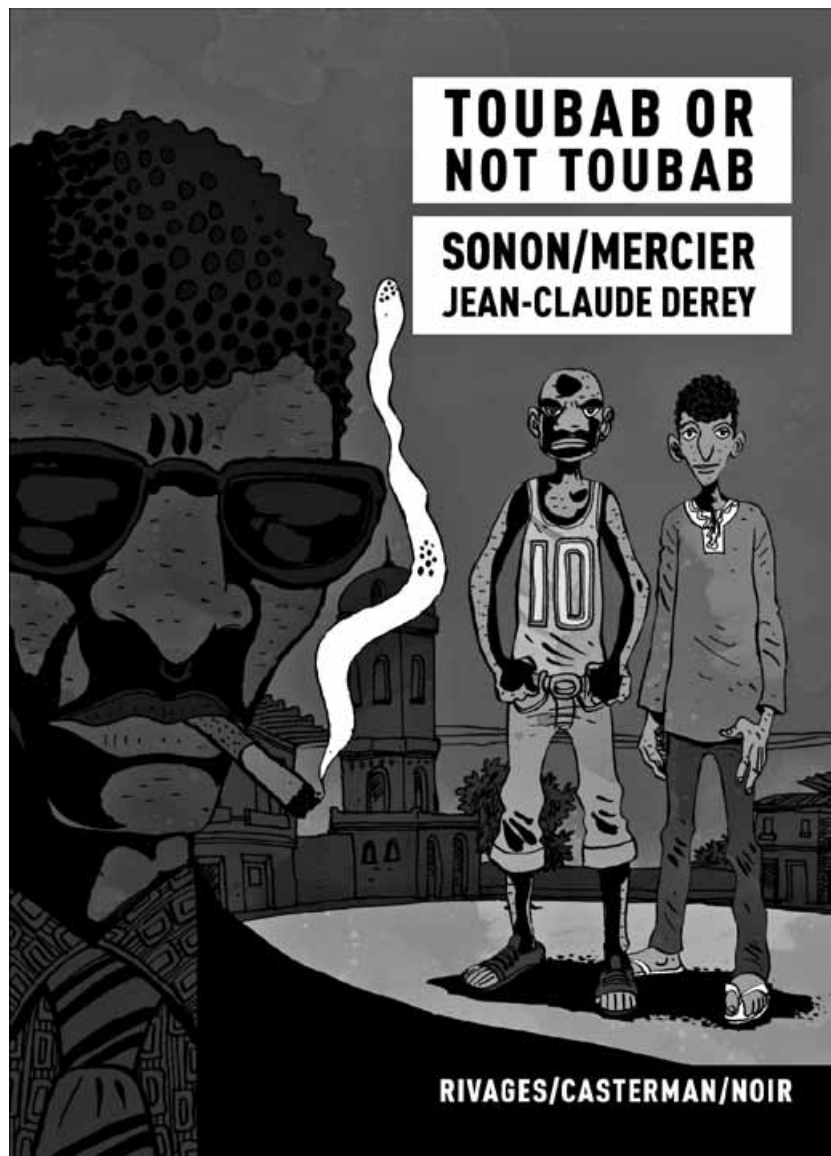
Der Comiczeichner Pti' Luc

► Pti' Luc wurde 1956 im belgischen Mons geboren. Heute lebt er in der Nähe von Montpellier in Südfrankreich. Seit 1983 erscheint seine inzwischen 13-bändige Comicserie Pacush Blues (Verlag Vents d'Ouest). Eine weitere erfolgreiche Reihe sind seine Rats mit aktuell zehn Bänden (Verlag Humanoides Associés/Soleil). 2001-2005 erschienen seine Mémoires d'un motard (Erinnerungen eines Motorradfahrers).

Seine apokalyptisch-schwarzhumorigen Geschichten über eine Gruppe Ratten, die auf einer endzeitlichen Müllkippe über das Ende der Menschheit, die Schönheit verrottender Lebensmittel und den Sinn des Lebens philosophieren, sind auch in deutscher Übersetzung erschienen. Weniger bekannt ist, dass der französische Comic-Zeichner Pti' Luc als passionierter Motorradfahrer – wenn immer es seine Arbeit zulässt – Afrika bereist. Ausnahmsweise darf hier der Kontinentname stehen, denn bis auf Ägypten, Libyen und Somalia hat er mittlerweile alle afrikanischen Länder durchquert, traf afrikanische Comiczeichner, gab Workshops und vermittelt afrikanische Autoren an europäische Verlage.

Eine Zeitlang war Pti' Luc als Mitherausgeber afrikanischer Comics für den französischen Verlag Albin Michel tätig. Dort sind Werke von Gilbert Groud erschienen, einem politisch engagierten Künstler aus der Elfenbeinküste (Magie noire, 2003 und 2008), sowie die Anthologie BD Africa (2005), mit der Zeichner wie Pat Masioni (Kongo, Veröffentlichung: Rwanda 1994) oder Themba Kash (Kongo, Veröffentlichung: Vanity) erstmals im Westen bekannt wurden.

Auf dem Comicfestival Bédéciné im elsässischen Städtchen Illzach sprach Pti' Luc mit der iz3w über die Situation der Comicschaffenden in afrikanischen Ländern. Er freute sich über das Interesse an der afrikanischen Sprechblasenkultur. Denn sie hat bis heute kaum Eingang in den internationalen Comicmarkt gefunden.



»Es hat mir den Kopf geöffnet« Interview mit Pti' Luc über afrikanische Comics

► **iz3w:** Du warst häufig mit dem Motorrad in Afrika unterwegs. Beruflich oder einfach nur, um Urlaub zu machen?

► **Pti' Luc:** Wer in diesem Metier arbeitet, hat keinen Urlaub. Doch ab und an muss man die eigene Vorstellungskraft auffrischen. Ich habe immer davon geträumt, zu reisen und Comics zu machen. Seit Mitte der Neunziger Jahre habe ich praktisch jedes Jahr größere Reisen unternommen, von 1997 an war ich so gut wie jedes Jahr in Afrika. Ein paar Mal auf Einladung von kulturellen Einrichtungen, ansonsten auf eigene Faust mit dem Motorrad.

Hast du immer und überall einen Skizzenblock in der Tasche?

► Ich zeichne, fotografiere und schreibe. Vor allem schreibe ich. Erst nur für mich, doch seit dem Jahr 2000 verschicke ich Rundmails an alle, die mir nahe sind. 2005 habe ich

daraus einen Blog gemacht. Freunde, die bei Motorradzeitschriften arbeiten, stellten ihn auf ihre Webseite.

Kam es eher zufällig zu den Begegnungen mit afrikanischen Künstlern, oder waren die Treffen geplant?

► Erst luden mich Kulturzentren ein, dann stellte ich über französische Kultureinrichtungen zu jedem Land, das ich durchquert habe, vorab Kontakte her. Manchmal stieß ich auf Institutsleiter, die Comics lieben und sich freuten, mich zu empfangen, oder die Workshops und Werkstattgespräche organisierten. Auf so einer Motorradfahrt hat man ja Pannen... Manchmal gab ich auch im Tausch für die Pannenhilfe einen Workshop.

Dem Literatur-Verlag Albin Michel aus Paris schlug ich vor, eine Reihe mit afrikanischen Comics zu veröffentlichen. Ich ging einfach

hin und zeigte den Verlagsleuten alle meine Dossiers mit den afrikanischen Zeichnern. Ein paar von ihnen konnten daraufhin erste Bücher bei dem Verlag veröffentlichen.

Um was ging es in den Workshops?

► Um Seitenaufteilung, Kadrierung, die Gesamtkomposition einer Comicseite, die Verteilung der Sprechblasen, und die Arbeit an der Story. Es gibt außergewöhnliche Zeichner, aber oft fehlt das Gespür für die Erzähltechnik. Viele zeichnen Geschichten, wie sie gerade kommen, ohne einen richtigen Anfang oder Schluss. Oft sind die Zeichnungen sehr schön, mit alltäglichen Szenen, oft mit einer Kombination aus traditionellem afrikanischem und europäischem Zeichenstil. Ich habe vor allem bei den »Scénarios«, beim Storytelling, Hilfestellung angeboten, aber ich will nicht den Zeichenstil der Künstler anrühren oder ändern.

Comics, so hört man oft, spielen in Afrika keine so große Rolle wie etwa in Frankreich oder Belgien. Wo liegen denn eigentlich die Zentren des afrikanischen Comicschaffens?

► Es gibt afrikanische Länder mit einer langen Comic-Tradition. Das hat mit der Kolonialvergangenheit zu tun. Etwa der belgische Kongo, der zu Zaire und dann zur so genannten Demokratischen Republik Kongo wurde. Dort findet man ungeheuer gute Zeichner, die mit den klassischen belgischen Comics aufgewachsen sind. Im westlichen Afrika erschien bis 1998 das Magazin Kouakou [herausgegeben vom französischen Verlag Segedo im Auftrag mehrerer NGOs, mit Geschichten französischer und afrikanischer Künstler, A. d. Red]. Viele junge Leute kamen durch diese Zeitschrift auf die Idee, selbst Comics zu zeichnen. Die Künstler teilen sich durch eigene Comics mit, ohne sich vorstellen zu können, dass ihr Schaffen in Europa ein richtiges Business ist und hier einige Comicautoren ziemlich gut von ihrer Arbeit leben können.

Andererseits glauben manche afrikanische Zeichner, wenn sie vom europäischen Comicmarkt hören, sie könnten da Karriere machen. Allerdings haben viele einen zeichnerischen Stil, der zu ihrem Land passt, auf dem Weltmarkt aber nicht unbedingt funktioniert. Natürlich gibt es ein paar, die es schaffen, wie auch in der Malerei, in der Musik, aber ihre künstlerische Ausdrucksform wird dafür kommerzialisiert. Einige wenige schaffen das, viele hoffen darauf. Das ist die Lotterie des künstlerischen Gewerbes!

Wo in Afrika gibt es denn einen Markt für Comics, Verlage und Vertriebsstrukturen?

► Eigentlich nirgendwo. Die Leute machen ihre eigenen Comics und verkaufen sie auf der Straße, zum Beispiel in Kinshasa. Sie produzieren sozusagen eigene kleine Künstlereditionen,

ganz anders als in Europa. In Algerien zum Beispiel ist die fehlende Vermarktungsstruktur ein großes Problem. Auf dem Comicfestival von Algier gibt es mehr und mehr talentierte Zeichner, aber es gibt in Algerien kaum Buchhandlungen. Es existiert ein intellektuelles Milieu, doch man findet höchstens zwei, drei Buchhandlungen in einer großen Stadt, und es gibt nur zwei, drei wirklich große Städte.

Welche afrikanischen Zeichner werden im Westen wahrgenommen und veröffentlicht?

► Barly Baruti aus dem Kongo war der erste Zeichner, der dank des Institut Français aus Kinshasa in Frankreich publiziert wurde. Er brachte später mehrere Arbeiten beim Verlag Glénat unter, allerdings nach Geschichten des französischen Comicauteurs Frank Giroud. Es gibt hier in Frankreich eigentlich sehr wenige afrikanische Comics, die von Afrika erzählen und von afrikanischen Autoren geschrieben sind. Hector Sonon aus Cotonou [Bénin] hat gerade ein Buch für den Casterman Verlag gezeichnet, aber wieder nach einer Geschichte eines französischen Texters. Dabei hätte der wirklich selbst etwas zu erzählen! Auch das ist eine Art von Kolonialismus. Ähnlich ergeht es Thembo Kash aus Kinshasa. Er hat

bei dem belgischen Comic-Verlag Joker veröffentlicht. Auch »Aya de Yopougon«¹ ist zur Hälfte ein französischer Comic. Es gibt meines Wissens nach keinen Comic, der wirklich zu hundert Prozent afrikanisch ist und bei uns publiziert werden würde, schade... Doch eine Zeit lang gab es eine ganze Generation von Comic-Künstlern aus Madagaskar, wo Comics eine lange Tradition und einen außergewöhnlichen Stil haben. Das alles ist verschwunden. Das einzige, wo wirklich was läuft, was wirklich die Spur hält, das ist Gbich!, eine Satirezeitschrift aus Abidjan. Und das trotz der politischen Situation und trotz des Bürgerkriegs in der Elfenbeinküste. Ein politisches Satireblatt, vielleicht vergleichbar mit Charlie Hebdo in Frankreich, ganz ohne Subventionen, und trotzdem vermutlich das einzige Magazin, bei dem ein ganzes Team von Zeichnern und Autoren von ihrer Arbeit leben kann. Allerdings ist Gbich! eben eher politische Satire als Comic. Das hat Zukunft: Satire-Zeitschriften auf billigem Papier. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dort in naher Zukunft einen Markt für gebundene, farbig gedruckte Comicalben geben wird.

Ich habe hier bei uns ein paar beeindruckende Comics aus der Elfenbeinküste gefunden...

► Es gibt eine Menge Zeichner, die qualitativ sehr gute Sachen machen, aber nur die Leute bei Gbich! können wirklich davon leben. In Kamerun wird versucht, Zeit-

schriften ins Leben zu rufen, doch die sind von Europa subventioniert. In Gabun ist das ähnlich. Der Gabuner Pahé zeichnet Geschichten über sein eigenes Leben, er hat einen Verleger in der Schweiz gefunden [La vie de Pahé und Dipoula, erschienen bei Editions Paquet in Genf, A. d. Red]. Die Zeichnerin Joëlle Ebongue aus Kamerun lebt zur Zeit in Belgien, sie betreibt dort einen Blog. In Kamerun selbst gibt es keinen Verlag für Comics.

Selbst wenn es afrikanische Comicverlage gäbe: Die Vertriebswege fehlen. Gbich! kann sich halten, weil es in Westafrika funktionierende Straßen gibt, Langstrecken-Busverbindungen, Busbahnhöfe, Kioske. So kann man Gbich! überall finden. Doch in Zentralafrika würde der Vertrieb nicht klappen, es gibt keine fortlaufenden Straßen, niemand durchquert mal eben so Kongo-Kinshasa oder Kongo-Brazzaville.

Gibt es Comics für Kinder?

► Die werden meistens vom Ausland finanziert, didaktische Heftchen, die in Dörfern verteilt werden, Aufklärung über Krankheiten, über Aids, solches Zeug. Das ist nicht unbedingt schlecht gemacht, und einige Zeichner leben davon. Sie haben sich von der Vorstellung verabschiedet, Autorencomics zu machen, und arbeiten stattdessen mit NGOs zusammen.

Haben die Begegnungen mit afrikanischen Zeichnern deine eigenen Comics beeinflusst?

► Nein, nicht direkt. Aber es hat mir den Kopf, den Geist geöffnet.

Anmerkung

- ¹ Eine sehr erfolgreiche französische Comicserie über ein Mädchen aus der Elfenbeinküste. Die Reihe hat viele internationale Auszeichnungen gewonnen, eine Verfilmung ist derzeit in Vorbereitung. Die Autorin Marguerite Abouet ist in der Elfenbeinküste geboren, während der Zeichner aus Frankreich stammt.

► Das Interview führte und übersetzte Alexander Sancho-Rauchel.



Koloniale Komplizin

► Der Aufsatzband **Postkoloniale Schweiz** befasst sich mit den »Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien«. Dabei verfolgen die Herausgeberinnen nicht nur die Spuren, Kontinuitäten und Brüche der (post-) kolonialen Verstrickungen der Schweiz in das Weltgeschehen. Sie gehen auch explizit der Frage nach, warum es Sinn macht, sich aus der theoretischen Perspektive des Postkolonialismus an einen Nationalstaat ohne Kolonien anzunähern. Dadurch wird deutlich, dass sich der Begriff »postkolonial« auf ein größeres Feld als die bloße An- oder Abwesenheit einstiger Kolonien bezieht.

»Wir leben in einer postkolonialen Welt«, so Shalini Randeria in ihrem Vorwort. Gerade die Nationalstaaten Europas sind nicht ohne die Verbindungen zur kolonialen Vergangenheit und postkolonialen Gegenwart denkbar. Diesem Vorbild folgend, begibt sich der Band auf Spurensuche und belegt eindringlich »verwobene« Schweizer Geschichten einer »kolonialen Komplizenschaft«. Den AutorInnen geht es dabei weniger um die Darstellung ökonomischer Ausbeutung. Vielmehr verfolgen sie kulturwissenschaftliche Ansätze zur Analyse asymmetrischer Machtverhältnisse: Es geht um subtile Rassismen in Kindergeschichten (Patricia Purtschert) und Entwick-

lungspolitik (Sara Elmer und Konrad J. Kuhn) genauso wie um den zur Schau gestellten Evolutionsmus der Völkerschaufen (Christof Dejung). Analysiert werden die einst zu Fremden gemachten Fahrenden in der Schweiz (Francesca Falk) ebenso wie die zeitgenössische diskursive Verwendung des muslimischen Schleiers (Meral Kaya). Dabei macht die Kritik auch vor etablierten wissenschaftlichen Institutionen nicht halt und legt offen, wie Volkskunde und Anthropologie den kolonialen Blick noch verstärkten (Bernhard C. Schär).

Der Band verdeutlicht, dass das europäisch-koloniale Projekt und die Selbsterfindung Europas über seine Kolonien auch die Neutralitätspolitik der Schweiz betrifft (Speich Chassé), bis in die Gegenwartsliteratur reicht (Alexander Honold), Comedyfiguren hervorbringt (Rohit Jain) und selbst in Alpengedichten lesbar wird (Bernhard C. Schär). Eindrucksvoll belegen die AutorInnen, dass es nicht nur in den angrenzenden Nachbarstaaten, die ihre koloniale Vergangenheit entweder leugnen (wie Deutschland) oder ins Positive verkehren (wie Frankreich), dringend eines kritischen Umgangs mit der kolonialen Vergangenheit und der post-



kolonialen Gegenwart bedarf. Gerade vor dem Hintergrund rassistischer und dabei mehrheitsfähiger Debatten vor allem in der deutschsprachigen Schweiz – erinnert sei an das Minarett-Verbot und an die rassistische Plakatkampagne zur »Ausschaffungsinitiative 2007« der Schweizerischen Volkspartei – scheint es

allerhöchste Zeit, kritisch auf postkoloniale Muster aufmerksam zu machen.

Den Herausgeberinnen ist eine umfangreiche und kritische Grundlage für eine Auseinandersetzung mit einer postkolonialen Schweiz gelungen. Das ist nicht nur ein wichtiger Ausgangspunkt für künftige Theoriebildung, sondern auch relevant für die politische Praxis. Denn »eine postkoloniale Perspektive vermag es, solche zur Selbstverständlichkeit geronnenen Vorstellungen aufzubrechen, durch die der strukturelle Rassismus in der Schweiz gleichzeitig omnipräsent und unsichtbar gemacht wird.«

Marina Ginal

► Patricia Purtschert, Barbara Lüthi, Francesca Falk (Hg.): *Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*. Transcript Verlag, Bielefeld 2012. 422 Seiten, 32,80 Euro.

Türkische Faschisten

► Wenn eine Publikation zu politischen Missständen nach 20 Jahren leicht aktualisiert wieder erscheint, wirft dies kein gutes Licht auf die Wirklichkeit. Im Falle des Buches **Graue Wölfe heulen wieder** geht es um die starke Präsenz des türkischen Rechtsextremismus mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen in Deutschland. Insbesondere die »Grauen Wölfe« haben noch immer Zulauf unter türkischen Jugendlichen, dieser verstärkt sich sogar durch die deutsche Integrationspolitik.

Der vorliegende Band holt historisch weit aus, um das Phänomen des türkischen Rechtsextremismus zu erklären. Er erläutert die Funktion der faschistisch-ultranationalistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) des Ideologen Alparslan Türkeş. Zu deren Grundpfeilern gehört der Panturanismus – die Ideologie der Herstellung eines »Großtürkischen Reiches«. Hinzu kommen Antikommunismus, Rassismus und ein zentralistisches Führerprinzip. Die Grauen Wölfe bilden die Auslandsorganisation der MHP und sind zusammen mit vielen anderen Vereinen Teil des türkischen faschistischen Spektrums in Deutschland.

Der geschichtliche Rückblick bis hin zum Niedergang des Osmanischen Reiches ist wichtig, jedoch gewinnt das Buch seine be-

sondere Relevanz durch die Beschreibungen der Gegenwart. Denn diese ermöglichen AkteurInnen in der Jugendhilfe oder Bildungspolitik ein praxisorientiertes Lesen. Häufig werden die oft offen getragenen Symbole der türkischen Rechtsextremisten nicht sanktioniert, da sie nicht als solche erkannt werden. Und noch immer gibt es PädagogInnen, die pauschal alle MigrantInnen als die per se besseren Menschen ansehen und interkulturell umsorgen, ohne deren politischen Hintergrund zu hinterfragen.

Leider wurden die Beiträge nicht hinreichend aktualisiert, so dass mit teils zwanzig Jahre alten Zahlen gearbeitet wird, obwohl neuere leicht zu haben sind. Beispielsweise wird über islamisch-fundamentalistische türkische Listen bei Wahlen zum Ausländerbeirat 1995 berichtet, anstatt die bestehenden Integrationsräte zu analysieren, in denen sich in vielen Städten ultranationalistische Zusammenschlüsse finden. An anderer Stelle wird mit Zahlen zum erschreckenden Demokratieverständnis türkischer Jugendlicher in Deutschland aus dem Jahr 1997 argumentiert, obwohl es viele aktuellere Studien gibt. Immerhin wurde



eine kurze Passage zur Funktion von Youtube für die Propaganda der Grauen Wölfe aufgenommen.

Moscheen gelten als Brutstätte der Grauen Wölfe, aber auch deren Verankerung in Vereinen und politischen Bündnissen hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Das Buch entwirft eine düstere Prognose:

»Alle Moscheen und Korankurse in der BRD sind unter der festen Kontrolle von rechtsextremistisch motivierten Gruppen.« Die Autoren diskutieren aber auch Strategien gegen türkischen Rechtsextremismus. Sie setzen unter Zuhilfenahme der Dimitrow'schen Faschismustheorie (faschistische Bewegungen dienen den reaktionärsten Kreisen des Kapitals) auf politische Bildung und verbesserte Integration jener Jugendlichen, denen ein Migrationshintergrund von der Mehrheitsgesellschaft andefiniert wird.

Christoph Horst

► Fikret Aslan/ Kemal Bozay (Hg.): *Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland*. 3. aktualisierte Auflage, Münster 2012. 312 Seiten, 18 Euro.

Allgegenwärtige Gewalt

► »Ich will nicht, dass dieses Verbrechen auch so endet, wie fast alle anderen in diesem Land, nämlich ohne einen Schuldigen! Es war doch kein Hund, den man getötet hat, sondern ein Mensch, unsere Mutter! Ich kann und will nicht mehr schweigen, selbst wenn es mich das Leben kosten sollte!« Diese Worte brechen aus Sandra López heraus, als sie im Zeugenstand Aussagen zur Ermordung ihrer Mutter macht. Die junge Guatemaltekin aus der Gemeinde Palencia nordöstlich von Guatemala-Stadt meint es ernst. Denn angeklagt ist ein Mitglied der Mara Salvatrucha, eine jener »Pandillas« (Banden), die in den mittelamerikanischen Staaten Honduras, El Salvador und Guatemala für hunderte Morde verantwortlich sind. Die Maras sind meist tief in Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Schutzgelderpressung und Raub verwickelt.

Der Schweizer Journalist Andreas Böhm, der seit einigen Jahren in Guatemala lebt, zeichnet Sandras Leben basierend auf Interviews nach: Eine Kindheit in ärmlichen Verhältnissen, in der Pubertät der Wunsch nach Ausbrechen, die Geburt ihrer Kinder. Allgegenwärtig und erschreckend sind die patriarchalen Strukturen und die Familienhierarchien. Verbale und physische Gewalt wird nicht

nur durch drogensüchtige Väter ausgeübt, sondern auch zwischen Müttern und ihren Kindern – in Sandras Familie und quer durch die Gesellschaft. Immer stärker sind die Mitglieder der Mara Salvatrucha als Bekannte oder als Freunde in Sandras Leben präsent.



Böhm ist durchgängig nah dran am Alltag des gesellschaftlichen Milieus von Sandra und ihrer Familie. Auch die Bandenmitglieder sind realistisch dargestellt: Es sind junge Männer (und weniger Frauen), die der häuslichen Enge und den väterlichen Schlägen entfliehen wollen. In einer Gesellschaft, die Jugendlichen nur wenig Freiheiten und bezahlte Arbeitsmöglichkeiten bietet, erscheint das Leben in der Bande als einzige Alternative. Doch häufig führt dieser Weg nicht zu Glück und Wohlstand, sondern zerstört Familien und führt in die Alkoholabhängigkeit. Oft ist das Leben finanziert durch Drogendelikte und Erpressungen, gelegentliche Gefängnisaufenthalte inbegriffen.

Die hohe Authentizität des Textes hat jedoch ihren Preis. Die detaillierten Schilderungen sind auf Dauer etwas zäh und langatmig. Unpassend ist der religiös aufgeladene Titel **Teufliche Schatten**: Er suggeriert, dass die

Maras vom Teufel gesandt sind. Dabei beschreibt das gesamte Buch ausführlich die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die Banden agieren, sowie die individuellen Motivationen. Lediglich die Verflechtungen von Justiz und Polizei mit dem organisierten Verbrechen sowie die Unterschiede innerhalb der Maras kommen zu kurz.

Das Buch ist für eine Vor- und Nachbereitung eines Aufenthaltes in Mittelamerika sowie für eine Beschäftigung mit dem Thema jenseits wissenschaftlicher Literatur und Zeitungsartikeln geeignet. Sein Gegenstand ist aktuell: In El Salvador schlossen im März 2012 die beiden großen Maras Salvatrucha und MS 18 mit Unterhändlern der Regierung ein Abkommen. Bandenkonflikte sollen fortan unbewaffnet ausgetragen und Rekrutierungen auf Schulhöfen unterlassen werden. Dafür wurden inhaftierten Bandenchefs Haft erleichterungen gewährt. Auch wenn Drogenhandel und Schutzgelderpressung weitergehen und sozioökonomische Probleme nicht angetastet werden, sank doch die Mordrate seit dem Abkommen von durchschnittlich 14 auf 5,2 pro Mord pro Tag.

Rosa Lehmann/ Sascha Klemz

► **Andreas Böhm: Teufliche Schatten. Zwei Frauen gegen die Mara Salvatrucha.** Horlemann Verlag, Berlin 2011. 298 Seiten, 19,90 Euro.

Diaspora in Deutschland

► Hamburg, 22. August 1980: Ngoc Nguyen und Anh Lân Dô sterben durch einen Brandanschlag der Deutschen Aktionsgruppe um den Rechtsextremisten Manfred Roeder auf ein Hamburger Flüchtlingsheim. Sie gelten heute als die ersten Mordopfer mit einem rassistischen Tathintergrund seit 1945. Sie sind nur zwei der unsichtbaren Opfer einer marginalisierten Geschichte in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund und im Gedenken an das anti-vietnamesische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen vor zwanzig Jahren entfaltet Kien Nghi Ha seine Einleitung zum Sammelband **Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and Beyond**. Ha benennt die rassistische Gewalt in Deutschland, betont aber auch, dass die Gesellschaft »nicht statisch ist und die soziale Entwicklung der Realität voranschreitet«. Deshalb stehen in diesem Buch am Beispiel der vietnamesischen Migration in Deutschland die transnationalen Bewegungen im Vordergrund.

Während die deutsche Migrationsforschung Einwanderungsprozesse vor allem aus der Perspektive des Nationalstaates betrachtet,

rücken Ha und die rund zwanzig weiteren AutorInnen diasporische Ansätze rund um migrantische Subjekte, Communities und Netzwerke ins Zentrum. Das ist gut so, denn es führt zu einem Perspektivwechsel, zu Pluralisierung und De-Nationalisierung. Diasporische Ansätze machen die Vorstellung von Heimat und Fremdsein, von Norm und Abweichung brüchig und verändern somit das Selbstverständnis der Gesellschaft grundlegend – jenseits von Diskussionen um Multikulti oder ideologischen Kampfbegriffen wie »Deutscheneindlichkeit«.

Auch formal ist dieser Sammelband anders. Er spielt mit unterschiedlichen Text- und Bildformaten, empirische Untersuchungen reihen sich an Fotointerviews, Gespräche und Reportagen. Gleich zu Beginn steht Trinh T. Minh-Ha »Akustische Reise« durch die Migrationsgeschichte des 20. Jahrhunderts: »An den Grenzen zu leben heißt, sich dauernd auf einem schmalen Grat zu bewegen, einen Standpunkt entweder einzunehmen oder zu

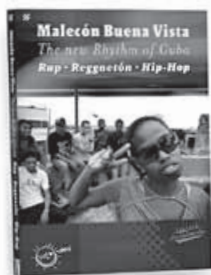


verlassen.« Die Autorin beschreibt dieses Dazwischen meisterlich anhand verschiedener literarischer Zugänge. Identität, Rückkehr, Ankunft und Herkunft werden dabei hinterfragt.

»Asiatische Deutsche« ist ein weit gefasster Begriff, er verweist auf Einschlüsse und Ausschlüsse. Heutzutage ist der Begriff der Diaspora en vogue, denn er beschreibt die Zerstreuung von MigrantInnen fern der Heimat. Aber Diaspora ist mehr, sie lokalisiert Erfahrungen von Ausschluss, Identifikation, Zugehörigkeit und Exklusivität neu. Die AutorInnen dieses Sammelbandes verstehen es, Diasporen im Spannungsfeld zwischen Nationalismus und transnationalen Bezügen zu beschreiben – theoretisch fundiert und praktisch verortet.

Rosaly Magg

► **Kien Nghi Ha (Hg.): Asiatische Deutsche. Vietnamesische Diaspora and Beyond.** Assoziation A, Berlin/Hamburg 2012. 344 Seiten, 18 Euro.



Reggaetón als 'politics of the body'

► »Im Madison Square Garden auftreten. Reisen, Konzerte geben, etwas von der Welt sehen.« Solche Hoffnungen sind es, die junge kubanische Hip-Hop-KünstlerInnen dazu inspirieren, Musik zu machen. Der Sampler **Malecón Buena Vista** gibt ihnen die Chance, über Kuba hinaus bekannt zu werden. Viel mehr als die Titelworte hat diese Kompilation mit dem allbekannten Buena Vista Social Club nicht gemeinsam. Statt lateinamerikanisch-karibischer Folklore bestimmen Rap, Reggaetón und Hip-Hop den Sound. Diese neue Musik steht zugleich für einen gesellschaftlichen Wandel in Kuba. Denn auf den Tanzflächen herrscht keine klare Rollenverteilung mehr, sondern allgemeine Freiheit der Tänzen. Ein Phänomen, das der Musikwissenschaftler Geoffrey Baker in seiner Publikation

über die junge Musikszene Kubas »Buena Vista in the Club« als »politics of the body« bezeichnet.

Die vom Reiseveranstalter aventOURA und dem Grafikbüro MAGENTA produzierte CD weckt beim ersten Anhören nicht direkt Assoziationen zu Kuba. Die Kombination aus Hip-Hop-Beats, muttersprachlichem Rap und wiederholt eingespielten Samples ist in anderen Teilen der Welt ebenfalls verbreitet. Der besondere Charakter erschließt sich erst bei einer intensiveren Auseinandersetzung, etwa mit dem beigegefügtten Booklet. Es erzählt von der Motivation der KünstlerInnen und den schwierigen Umständen, unter denen sie Musik machen. Der Staat duldet die Hip-Hop-Szene, »sofern die Texte jedoch zu provokant ausfallen und ein Offizieller vorbeischaute, kann es durchaus vorkommen, dass dieser die Stromzufuhr kappen lässt und die Party abrupt zu Ende ist«, heißt es. Die Tonstudios sind oft nur behelfsmäßig eingerichtet: »Ein anderthalb Quadratmeter großer Raum mit kleinem Sichtfenster zum Mischpult im Wohnraum, ausgekleidet mit Eierkartons, dicken Teppichen und der kubanischen Flagge.«

In ihren Texten beschreiben die jungen KünstlerInnen meist Situationen ihres täglichen Lebens oder thematisieren, was sie auf Kuba vermissen. Der Kopf dieser kreativen Community, Mario MC, sagt von sich: »Ich mache Musik, um jungen Leuten Ratschläge zu geben. Ich möchte einen radikalen Wandel in den Köpfen, die negative Gedanken haben, erreichen.«

»Malecón Buena Vista« ist ein innovativer, weil in dieser Form einzigartiger Sampler. Die musikalische Qualität der US-amerikanischen Vorbilder wie etwa Busta Rhymes bleibt allerdings unerreichbar. Manche Songs sind zwar eingängig, drohen aber schnell eintönig zu werden, da ihnen die notwendige Vielschichtigkeit abgeht. Dennoch ist der Sampler eine gelungene Abwechslung vom folkloristischen Gleichklang vieler anderer Produktionen aus Kuba.

Frederik Skorzynski

► *Malecón Buena Vista. The New Rhythm of Cuba. Rap, Reggaetón, Hip-Hop*
Bestellung: info@aventoura.de für 20 Euro. Siehe auch www.youtube.com/user/magentasounds

Politik im Schatten

► Seit Ende der 1990er Jahre ist in Politikwissenschaft und internationaler Diplomatie die Rede von den »Neuen Kriegen«, wenn es um bewaffnete Konflikte vor allem auf dem afrikanischen Kontinent geht. Nach Mary Kaldors einflussreichem Buch »New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era« von 1999 gerieten neue Wege der Finanzierung von Kriegen niedriger Intensität, die Guerilla-Taktik der Beteiligten und die zunehmende Bedeutung von Identitäten in den Blickpunkt der Forschung.

Ein zentrales Dilemma der These vom Neuen Krieg bleibt jedoch, dass es ausgesprochen schwierig ist, Strukturen und AkteureInnen angemessen zu beschreiben. Die von Mats Utas herausgegebene Monographie **African Conflicts and Informal Power** knüpft an die innovativen Arbeiten beispielsweise von William Reno oder Carolyn Nordstrom zum Thema an und widmet sich informellen Netzwerken und ihren Knotenpunkten in afrikanischen Konflikten.

In fünf Länderstudien und ebenso vielen thematischen Fallstudien befassen sich ausgewiesene ExpertInnen mit den Charakteristika und Funktionsweisen von Netzwerken, die dort, wo staatliche Institutionen fehlen oder dysfunktional sind, unterschiedliche Aufgaben in Konflikten übernehmen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei Big Men, also Akteure, die es schaffen, durch die Loyalität

einer mehr oder weniger großen Gefolgschaft im Tausch gegen Schutz und materielle Zuwendungen einen herausgehobenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status zu erlangen.

Die interdisziplinären Studien eint eine starke Fokussierung auf das Lokale, ohne globale Verbindungen aus den Augen zu verlieren. In den Beiträgen unter anderem zu Sierra Leone, Liberia, DR Kongo, Guinea-Bissau oder Côte d'Ivoire beschreiben die AutorInnen sehr konkret ausgewählte Netzwerke und das Wirken der »starken Männer« in ihnen. Dabei wird klar, dass scharfe Trennlinien zwischen dem Offiziellen und dem Informellen und zwischen Politik und Kriminalität so nicht existieren, sondern dass diese Bereiche intensiv verflochten sind.

Entsprechend beschreibt Henrik Vigh, Professor für Anthropologie an der Uni Kopenhagen, den Kokainhandel zwischen Südamerika, Guinea-Bissau in Westafrika und Europa. Seine These: Nicht das Narco-Business habe Bissau zu einem bestenfalls nominellen Staat gemacht, sondern die Koka-Kartelle suchten sich das Land vor allem wegen seiner fehlenden Staatlichkeit aus, da dies ihnen alle Freiheiten zur Etablierung ihres Geschäfts bot.

Maya Christensen dokumentiert in ihrem Beitrag den Aufstieg des Putschisten Tom



Nyuma in Sierra Leone vom informellen Big Man eines militärischen Netzwerkes in die offizielle Politik. Nyuma gelang es, in einem entlegenen Distrikt des Landes zum Vorsitzenden des District Councils aufzusteigen und seine Gefolgsleute als Sicherheitsdienst und Steuereintreiber einzusetzen. Nyuma ist nur ein Beispiel, wie Netzwerke aus Kriegszeiten vor allem in Zeiten von Wahlen von ihren ehemaligen Kommandeuren aktiviert werden, um diesem oder jenem Politiker zu Diensten zu sein.

Utas Publikation trägt viel zum Verständnis afrikanischer Konflikte bei. Außerdem erklärt sie, warum internationale Interventionen der UN oder der globalen Hilfsindustrie, die auf den Aufbau eines Staates nach europäischem oder nordamerikanischem Vorbild zielen, zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie die Strukturen und AkteureInnen im Schatten formeller Staatlichkeit nicht zur Kenntnis nehmen. An diesem Buch kommt niemand vorbei, der sich mit den Kriegen in Afrika beschäftigt.

Ruben Eberlein

► *Mats Utas: African Conflicts and Informal Power. Big Men and Networks. Zed Books, London 2012. 255 Seiten, 29 Euro.*

Demokratisches Kurdistan

Die Kampagne TATORT Kurdistan stellt in der Broschüre »Demokratische Autonomie in Nordkurdistan« ein alternatives Gesellschaftsmodell vor. Entwickelt wurde es als Beitrag zu einer friedlichen Lösung in der Türkei/Nordkurdistan. Es will dort eine demokratische, ökologische und geschlechteremanzipierte Lebensweise ermöglichen. Den Kern bildet ein Rätssystem. Eine Recherchedelegation führte im Herbst 2011 etliche Interviews, die nun Aufschluss über die Lage vor Ort und das Potential dieses Gesellschaftsmodells geben. Die Broschüre ist erhältlich für 5 Euro unter demokratischeautonomie@riseup.net

► <http://demokratischeautonomie.blogspot.eu>

Roma im Kosovo

► Im Frühjahr 2012 begleiteten VertreterInnen von Pro Asyl und vom Flüchtlingsrat Niedersachsen eine Delegation des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags. Der Titel: »Unterrichtung über die Lebensumstände und Perspektiven von aus Deutschland zurückgeführten Personen, insbesondere von Volkszugehörigen der Roma, in der Republik Kosovo«. Die Bewertung der psychologischen, wirtschaftlichen und sozialen Hilfsprogramme

zur Reintegration von Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat fällt durchweg negativ aus. Das Fazit: Abschiebungen in den Kosovo enden in der Ausweglosigkeit.

► http://proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2012/Kosovobericht_2012_gesamt_final_4.6.12.pdf

Archiv afrikanischer Filme

► Eine neue Internetseite und Datenbank von FilmInitiativ Köln e.V. bietet detaillierte Informationen über afrikanische Filme und praktische Hilfestellungen für deren Beschaffung und Einsatzmöglichkeiten. Es geht nicht um eine möglichst vollständige Filmographie des afrikanischen Kinos. Vielmehr möchte FilmInitiativ Köln mit der Auswahl der Filme hierzulande Klischeevorstellungen über den Kontinent begegnen. Die nutzerfreundlichen Suchoptionen sind mit Veranstaltungshinweisen und didaktischem Material ergänzt.

► <http://filme-aus-afrika.de> / www.films-from-africa.com / www.films-d-afrique.com

Frauenfilmfestivals im Netz

► Filme von Frauen sind bei den meisten großen internationalen Festivals nach wie vor

unterrepräsentiert. Das International Women's Film Festival Network will die Sichtbarkeit von Filmemacherinnen weltweit erhöhen und so die Verbreitung ihrer Arbeiten fördern. Die neue Webseite informiert über internationale Frauenfilmfestivals, dient dem Austausch von FestivalmacherInnen und Filmschaffenden und ermutigt Verleiher und Filmemacherinnen, ihre Filme auf diesen Festivals zu präsentieren.

► <http://internationalwomensfilmfestivalnetwork.com/>

Tagungen

► **Bildung, Gesundheit, Soziales bin ich** lautet das Motto des Fair Camp 2013 am 19.1. in Berlin. Das Treffen von Initiatoren und Gründern von Projekten strebt einen ethisch korrekten Konsum und ganzheitlichen Lebensstil an. Im Mittelpunkt stehen Workshops (90-120 min.) und Vernetzung. Mehr lokal-faire Themen wählt das Publikum nach dem Bar Camp Prinzip aus. Abends wird der 2. FAIR CAMP Award verliehen. Auf dem Marktplatz lädt neben Ausstellern eine Medien Lounge zu Gesprächen ein. Kinder sind auf der Kreativinsel willkommen.

► <http://goldboerse.net/rubrik/fair-camp/>



B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU:**
Ausgabe 6
für Berlin und alle neuen Bundesländer,
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch in Briefmarken an uns senden.

- | | |
|---|---|
| ☐ Hamburg/Schleswig-Holstein | ☐ Berlin/neue Bundesländer |
| ☐ Nordrhein-Westfalen | ☐ Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

I23W 22.10.12

Ökologisch, fair ...

128 Seiten ISBN 978-3-932309-35-9

► Mit der Konferenz **Agriculture in Transition – Strategien für ökologische und faire Investitionen** in der Landwirtschaft denken die Veranstalter Oxfam Deutschland, Misereor und Globalis über politische Gestaltungsmöglichkeiten nach, um Investitionen in nachhaltige und gerechte Bahnen zu lenken. Im Vorfeld der Grünen Woche wird nach Chancen und Problemen marktbasierter Instrumente zum Schutz der Biodiversität und der Verhinderung von Boden-degradation gefragt. Weitere Themen sind Investitionen für einen inklusiven und global gerechten Wandel im Agrarsektor und eine zukunftsfähige agrarpolitische Forschung.
► <http://boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=12106>

► **FIAN Deutschland** bietet an zwei Wochenenden im Februar und März 2013 ein **Training für MultiplikatorInnen** in Bielefeld und Köln zum Thema Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen an. Diese sind überproportional von Hunger betroffen. Gemeinsam mit der internationalen Kleinbauernorganisation La Via Campesina fordert FIAN daher eine eigene Menschenrechtskonvention für diese Bevölkerungsgruppe. Im Rahmen des Trainings wird anhand von Fallbeispielen die Notwendigkeit einer eigenen Konvention für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen dargestellt und Strategien zur Stärkung ihrer Rechte erarbeitet.
► http://ml.new.fian.de/attachments/aus-schreibung_multiplikatorInnen_2013.pdf

► Menschen mit Behinderung sind global überproportional von Hunger und Unterernährung betroffen. Umgekehrt sind Hunger und Unterernährung die Ursache von vielen Behinderungen weltweit. Das **Seminar Ernährung und Behinderung** global vom 11. bis 13. Januar 2013 im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter richtet sich an Menschen mit und ohne Behinderung, die aktiv werden und sich vernetzen wollen. Als Grundlage für das Seminar dient die Broschüre »Hunger, Unterernährung und Behinderung«, die online bestellt werden kann (Teilnehmende des Seminars erhalten diese kostenlos). Anmeldung bis 22.12.
► <http://bezev.de/anmeldungen/active-for-development-seminare-und-workshops.html>

► Das **Stuttgart Open Fair 2013** zeigt Konzepte und Ideen für das gute Leben auf, neue Perspektiven und Strategien für die Bewegungen in Stuttgart und für das Recht auf Stadt sowie Wege zu demokratischer Mitbestimmung und sozialer Teilhabe. Die Open Fair informiert über das Weltsozialforum in Tunis (26.–30.3.). Zivilgesellschaftliche Initiativen und sozialen Bewegungen,

die sich in der Region Stuttgart für eine menschenwürdige Welt einsetzen, sind eingeladen, die Open Fair mitzugestalten und das gemeinsame Netzwerk auszubauen: Beim Kongress am 1. und 2. Februar im Forum 3 und beim **Open-Air-WeltSTATT-Markt** am 23. März auf dem Schlossplatz.
► www.stuttgartopenfair.de

► **Aktionsradius – Kurs für nachhaltigen Aktivismus** bietet einer festen Gruppe von 14 jungen, politisch aktiven Menschen aus sozialen Bewegungen (selbstorganisierten Gruppen, Initiativen, Verbänden, Nicht-Regierungs-Organisationen) in Baden-Württemberg im Alter von 20 bis 30 Jahren Raum und Netzwerk für Austausch, Reflexion, Unterstützung und Fortbildung. Es geht um emanzipatorische Bildungsarbeit, Aktivismus und Diversity Ansätze. In der Zeit von Januar bis November 2013 finden ein eintägiges Auftakt-Seminar und sechs Wochenend-Seminare statt. Unkostenbeitrag: 250 Euro.
► <https://aktionsradius.mtmedia.org/konzept-des-kurses/>

► Die wirtschaftliche Öffnung Indiens wird begleitet von zunehmender sozialer Ungleichheit, die auch durch eine schleichende Hinduisierung verstärkt wird. Der iak setzt sich mit einer **politischen Reise nach Indien** (Kalkutta und Delhi) vom 15. März bis 7. April 2013 mit der aktuellen Situation, den Protesten und Gegenstrategien auseinander. Inhaltlicher Schwerpunkt ist die gesellschaftliche Polarisierung im Zuge wirtschaftlicher Umstrukturierung. Kosten: Zirkula 1.100 bis 1.500 Euro. Anmeldung bis zum 15.1.
► www.iak-net.de

Vorschau: iz3w 335 Wissenschaftskritik

► Die Produktion von Wissen in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen findet zwischen Süd und Nord nicht egalitär statt. Der Themenschwerpunkt kritisiert Machtverhältnisse, Ungleichheiten und Dominanzen, die zwischen den Weltregionen bestehen. Strukturelle Ungleichheiten wie unterschiedliche Ressourcen kommen ebenso zur Sprache wie inhaltliche Konsequenzen, beispielsweise die ungleiche Beurteilungen von wissenschaftlicher Wissensproduktion als »Theorie« im Norden und »Praxis« im Süden.

Herausgeberin

► Aktion Dritte Welt e.V. informationszentrum
3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a
(Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 740 03, Fax: 0761 / 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
www.iz3w.org

Redaktion

► Wolfgang Albrecht, Martina Backes, Korbinian Böck, Katrin Dietrich, Katja Flockau, Stephan Günther, Sascha Klemz, Friedemann Köngeter, Rosa Lehmann, Reinhart Kößler, Rosaly Magg, Winfried Rust, Frederik Skorzynski, Christian Stock, Heiko Wegmann, Johanna Wintermantel

Copyright

► bei der Redaktion und den AutorInnen

Vertrieb für den Buchhandel

► ProLit Verlagsauslieferung GmbH,
Postfach 9, D-35463 Fernwald (Annerod),
Fax: 0641/943 93-93, service@prolit.de

Satz und Gestaltung

► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung

► schwarz auf weiss, Freiburg.
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Jahresabonnement (6 Ausgaben)

► Inland: € 31,80 (für Geringverdienende € 25,80), Förderabonnement ab € 52,-
► Ausland: Europa € 38,80 oder
Übersee € 51,80
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.
► Aboverwaltung: abo@iz3w.org

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.)

► Bitte beachten Sie unsere neue Bankverbindung:
► GLS Bank (D)
Konto-Nr. 791 338 7600, BLZ 430 609 67
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS
► PostFinance Basel (CH)
Konto-Nr. 40-35 899-4

Spenden

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck: »Spende« auf das Konto 791 338 7600 der Aktion Dritte Welt e.V. bei der GLS-Bank (BLZ 430 609 67).
Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 335

► (Druckfertige Vorlagen) 23.1.2013

www.sozialismus.de



Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Soziale Gerechtigkeit & Schuldenbremse? Profil-Erweiterungen der Grünen | Elisabeth Gautier: Warum die Linke in der Europa-Frage zulegen muss | Joachim Bischoff / Richard Detje: Europa als Dauerbaustelle | Michael Wendl: Von der Target- in die Euro-Falle. Hans-Werner Sinns neue Story | Ingar Solty: Bürgerliche Klassenblindheit – US-Präsidentenschaftswahlen 2012 | Matthias van der Minde: Stellschrauben des Iran-Konflikts. Wie gerieten wir hinein? Und gibt es einen Ausweg?

Otto König: Betriebliche Abwehrkämpfe und arbeitsorientierte Beratung | Heinz Bierbaum: Wirtschaft solidarisch gestalten! Die Aktualität von Genossenschaften | Richard Detje: Gewerkschaftsstrategie in Strukturkrisen (zu Otto König »Band der Solidarität«)

Christoph Lieber: Schuldenimperialismus + unfreie Arbeit = Kapitalismus? Zu David Graeber | Bernd Röttger: Antipasti. Zu Elmar Altvaters »hellblauem Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie« | Udo Achten: Erinnerung an die Antifaschisten und KünstlerInnen Wolfgang Langhoff und Hanns & Lya Kralik

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



express

Diskussionsforum für

- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

○ Probelesen?!

4 akt. Ausgaben z. Preis von 10 Euro (gg. VK)

Ausgabe 10-11/12 u.a.:

- Gisela Notz: »Her mit der Hälfte«, Konjunkturen und Grenzen der Gleichstellungspolitik
- Astrid Willer/Johanna Boettcher: »Wer nützt, kann bleiben«, Arbeitsverbot für Flüchtlinge und Anwerbung ausländischer Fachkräfte
- Christian Frings: »Ford-Genk – das nächste Industriedenkmal oder Auftakt der Kämpfe in der Krise?«
- Marc Kappler/Fabian Rehm: »Fortschrittsmaschine Privatisierung?«, zu Wendls wenig innovativer Verteidigung der Rhön AG
- Health professionals melden sich zu Wort »Europäisches Manifest gegen Kommerzialisierung des Gesundheitswesens«
- Theodoros Paraskevopoulos: »Merkelistes und Menetekel«, zur aktuellen Situation in Griechenland
- Dijana Curkovic: »Solidarisch gegen Kriminelle«, zur Verteidigung Jadrakamens

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“
(Frankfurter Rundschau)

Zeitschrift mit Informationen und Kritik zu Gentechnik und Biopolitik

GID 214 • Titelthema:

LEBEWESEN ALS OBJEKT

Aus dem Inhalt:

- Freisetzung gentechnisch veränderter Moskitos
- Patent auf Schimpansen
- Vergrößerung des Tierversuchslabors am MDC
- GloFish und Umweltschwein ...



Jetzt bestellen! • GID 214 • 50 Seiten • 8,50 €

www.gen-ethisches-netzwerk.de
030/685 70 73 • gen@gen-ethisches-netzwerk.de

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER • 62/2012 • ISSN: 2192-6719 • EUR 5,00

THEMA

20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

[SOLIDARITÄT]**SOLIDARITÄTSFONDS
DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG**

**FINANZIELLE
UNTERSTÜTZUNG
FÜR EMANZIPATORISCHE
UND SOLIDARISCHE
PROJEKTE IM
IN- UND AUSLAND.**

Gefördert werden Projekte mit einem emanzipatorischen Charakter sowohl im In- wie im Ausland. Wir unterstützen Material- und Sachkosten, können jedoch keine Personal- und Reisekosten fördern. Anträge können das ganze Jahr über eingereicht werden.

Mehrsprachige Broschüre im Internet:

www.boeckler.de/98.htm

Wir freuen uns über eure Projektanträge!

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++
BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++
FÜR ++ RADIKAL ++
GLOBAL ++ DENKEN ++
HANDELN ++ !!!



WWW.BUKO.INFO

Konto: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit, Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

**PWS****Peace Watch Switzerland**

Ausbildung für internationale
Menschenrechtsbegleitung

Trainingsdaten:

Lateinamerika

23. – 26. Mai und
6. – 9. Juni 2013

Palästina/Israel

17. – 23. März 2013

www.peacewatch.ch

Telefon: 044/272 27 88

Antifaschistisches Blatt

info

Nr. 96 | Herbst 2012



Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,50 Euro
Abo 17,50 Euro (fünf Ausgaben)

exit!**KRISE UND KRITIK DER WARENGESELLSCHAFT****ROBERT KURZ KRISE UND KRITIK**

Die innere Schranke des Kapitals und
die Schwundstufen des Marxismus

ELMAR FLATSCHART**EIN APOSTELBRIEF ZWISCHEN
SZIENTISMUS UND HISTORISMUS**

Zur kritischen Aufarbeitung
der „Marxismus-Mystizismus“-
Debatte zwischen Ingo Elbe und den
„marxistischen Theologen“

GEORG GANGL IM Dschungel

Eine Kritik der theoretischen
Grundlagen linker Biopolitik

ROSWITHA SCHOLZ**DIE BEDEUTUNG ADORNS
FÜR DEN FEMINISMUS HEUTE**

Rückblick und Ausblick auf eine
widersprüchliche Rezeption

DANIEL SPÄTH**DAS ELEND
DER AUFKLÄRUNG**

Antisemitismus/Antizionismus,
Rassismus und Antiziganismus bei
Immanuel Kant

DEZEMBER 2012

13€

HORLEMANN
VERLAG
BERLIN

www.exit-online.org

10